23. Jahrgang

4/96

Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte Stadtsoziologie und Denkmalpflege



Karl-Wilhelm Welwei

Die griechische Polis

Manfred Sack

Bauen in der alten Stadt

Katharina Steib

Bauen als Dialogaufgabe

Hans Schultheiß

Mit Geschichtsbildern leben

Ulrich Schröder

Raumgewinn und Zeitersparnis

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt und in Verbindung mit Hans Paul Bahrdt†, Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Hauptschriftleiter) – Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 70190 Stuttgart (Schriftleitung) – Frauke Schwesig, Robertstraße 26, 30161 Hannover (Redaktionslektorat). Professor Dr. Harald Bodenschatz, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Dovestraße 1–5, 10587 Berlin – Professor em. Dr. Burkhard Hofmeister, Institut für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 10787 Berlin – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringer Straße 200, 73525 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Universität Hamburg, Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung, Allendeplatz 1, 20146 Hamburg – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat a. D., Nadistraße 20, 80809 München.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 269, Tel. (0711) 3512-3242.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist eine Mitgliederzeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 155,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 118,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 42,60 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 0711 / 78630. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

23. Jahrgang Die alte Stadt Heft 4/1996

INHALT

ABHANDLUNGEN

KARL-WILHELM WELWEI, Die griechische Polis. Entstehung, politische Organisationsformen, historische Bedeutung
MANFRED SACK, Bauen in der alten Stadt
KATHARINA STEIB, Bauen in der alten Stadt als Dialogaufgabe
HANS SCHULTHEISS, Mit Geschichtsbildern leben. Begegnungen mit der historischen Identität einer Stadt
ULRICH SCHRÖDER, Zeit-Räume. Über Raumgewinn und Zeitersparnis
DIE AUTOREN
BESPRECHUNGEN
JULIUS POSENER, Berlin auf dem Wege zu einer neuen Architektur. Das Zeitalter Wilhelms II. (Robert Kaltenbrunner) 384
KLAUS VON BEYME, Hauptstadtsuche. Hauptstadtfunktionen im Interessenkonflikt zwischen Bonn und Berlin (Robert Kaltenbrunner)
DITTMAR MACHULE / OLAF MISCHER / ARNOLD SYWOTTEK, Macht Stadt krank? Vom Umgang mit Gesundheit und Krankheit (Johann Paul)
Gerhard Fehl / Dieter Kaspari / Marlene Krapols (Hrsg.), Umbau statt Abriß; Charles Parrot / Gretchen Sandes Joy, Lowell Then And Now. Restoring the Legacy of an Mill City (Renate Kastorff-Viehmann)

Karl-Wilhelm Welwei

Die griechische Polis

Entstehung, politische Organisationsform, historische Bedeutung

Um die Mitte des 6. Jahrhunderts v. Chr. war der griechische Dichter Phokylides von Milet überzeugt, daß in einer geordneten kleinen Polis auf hohem Berg eine größere Lebensqualität zu finden sei als einst in dem riesigen, von ihm als »unsinnig« bezeichneten Stadtkomplex von Ninive, der 612 v. Chr. zerstörten Hauptstadt des Assyrerreiches.¹ Hier wird exemplarisch deutlich, daß die überschaubare Polis für die Griechen der Inbegriff ihrer spezifischen Siedlungsweisen und politischen Organisationsformen war.

Ursprünglich wurde als Polis eine Art Burg mit zugehöriger Höhensiedlung bezeichnet.² Im klassischen Sinne galt als Polis eine zumeist befestigte urbane oder quasiurbane Siedlung mit Versammlungsplatz (Agora), Amtsgebäuden, Tempeln und Gymnasien und einem gewissen Umland (Chora). Sie war in aller Regel zugleich politisches Zentrum eines Staates oder Kleinstaates, der als Personenverband verstanden und mit der Polis geradezu identifiziert wurde³ und nach dem Glauben seiner Bürger unter dem Schutz der Götter stand. Mit dieser generalisierenden Definition ist zunächst ein weiter Rahmen abgesteckt, den es im einzelnen auszufüllen gilt. Im Mittelpunkt soll die autonome Polis als Staatsform stehen. Dies ist insofern problematisch, als es weit über tausend Poleis mit jeweils eigenem Gepräge gab. Selbstverständlich sind aber viele Gemeinsamkeiten festzustellen. Dies gilt nicht zuletzt in bezug auf die historischen Voraussetzungen, die im ersten Teil des Referates erörtert werden. Im zweiten Teil soll der Akzent aufgrund der Quellenlage auf dem klassischen Athen liegen, dessen Demokratie unter allen Polisverfassungen noch immer das größte Interesse ver-

¹ Phokylides, Frgm. 4 (Gentili/Prato, Poetarum Elegiacorum Testimonia et Fragmenta, Vol. I, Leipzig 1988.

² Homer, Ilias 6, 88; 20, 52. Vgl. Thukydides 2, 15, 3.

³ Aristoteles, Politika 1252 b 27 – 1253 a 4; 1274 b 41; 1276 b 1 – 2. Zur Forschungsdiskussion über den Begriff des »Stadtstaates « vgl. jetzt M. H. Hansen, Polis, Civitas, Stadtstaat and City-State, in: D. Whitehead (ed.), From Political Architecture to Stephanus Byzantius. Sources for the Ancient Greek Polis, Historia Einzelschriften 87, Stuttgart 1994, S. 19 – 33; A. Mehl, Die Antike griechische Stadt als Lebenswelt, Archiv für Kulturgeschichte 78 (1996), S. 4ff. – Differenziert zu beurteilen ist das Problem, ob Mauern ein konstitutives Element der Polis waren. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Stellungnahme des Aristoteles, der die Stadtmauer in seiner Polisdefinition an den genannten Stellen nicht erwähnt, aber Politika 1330 b 32 ff. betont, daß Befestigungen zum Schutz der Polis erforderlich seien. Vgl. dazu P. Ducrey, La muraille est-elle un élément constitutif d'une cité?, in: M. H. Hansen (ed.), Sources for the Ancient Greek City State, Acts of the Copenhagen Polis Centre Vol. 2, Kopenhagen 1995, S. 245 – 256.

dient. Des weiteren ist die Frage zu stellen, ob und inwieweit der Bürgerstaat der Polis als historisch-politisches Paradigma gelten kann.

Zunächst aber ist daran zu erinnern, daß die urbane Siedlung keine Erfindung der Griechen ist. Sie gewinnt für uns erstmals vor etwa 5000 Jahren im Dämmerlicht der Geschichte in Mesopotamien, im Lande Sumer, einige Konturen, und dort wurde sie auch frühzeitig eine Basis für stadtstaatliche Organisationsformen, die sich aber erst sehr viel später seit dem frühen ersten Jahrtausend v. Chr. über weite Teile der mediterranen Welt des Altertums in einem langen Prozeß ausbreiteten.⁴ Daher ist auch die Frage nach dem orientalischen Einfluß auf den Werdegang der Polis zu stellen, die ja historisch jünger als die orientalische Stadt ist. Dieses Problem hat seit einiger Zeit in der altertumswissenschaftlichen Forschung großes Interesse gefunden. Allerdings wurden in diesem Zusammenhang allzu optimistisch neue Erklärungsmodelle zur Entstehung der Polis vorgetragen, indem man aus einer ostmediterranen kulturellen Koine⁵ die stadtstaatlichen Ordnungen der Griechen ableitete und die Formel von den phönikischen Ursprüngen der Polis prägte.⁶ So einfach liegen die Dinge allerdings nicht.

Es kann zwar kein Zweifel bestehen, daß die Kontakte zwischen Griechenland und dem Orient nach dem Ende der mykenischen Palastsysteme um 1200 v. Chr. nie abgerissen sind. Sie wurden etwa seit der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts v. Chr. wieder stärker.⁷ Hierdurch wurden nicht nur Produkte der materiellen Kultur, sondern auch Ideen und neue Kenntnisse nach Hellas vermittelt. Wie aber soll man sich die Übertragung stadtstaatlicher Ordnungsprinzipien von Phönikien nach Griechenland und den damaligen kleinasiatischen Siedlungsgebieten der Griechen vorstellen? Das Kriterium für die Staatswerdung der Polis kann nur die Entstehung eines Gefüges von kontinuierlich funktionsfähigen politischen Institutionen zur Erfüllung von Aufgaben für die Gemeinschaft sein. Dieser Prozeß begann erst etwa im späten 8. Jahrhundert v. Chr. und erstreckte sich über einen langen Zeitraum. Er vollzog sich zudem in den verschiedenen Regionen des griechischen Siedlungsraumes phasenverschoben und in einem unterschiedlichen Tempo, so daß von einer einfachen Übernahme eines bestimmten Staats- oder Verfassungstyps aus dem Orient kaum die Rede sein kann,

ganz davon abgesehen, daß wir von der institutionellen Entwicklung in phönikischen Stadtstaaten wenig wissen.8

Ferner ist zu beachten, daß die Polisbildung nicht von einer starken Monarchie initiiert und getragen wurde. Als die Kontakte zwischen griechischen Siedlungen und der Levante sich seit dem späten 10. Jahrhundert v. Chr. verstärkten, befanden sich griechische Wehr- und Siedlungsgemeinschaften noch auf einer Stufe, die in der Sozialanthropologie als »Gesellschaft ohne Staat« bezeichnet wird, in der es noch keine eigenen Institutionen gibt.9 Rückschlüsse auf vorstaatliche Verhältnisse erlauben die homerischen Epen des späten 8. Jahrhunderts v. Chr. Die Hauptakteure sind hier keine mächtigen Monarchen, 10 während andererseits Rats- und Volksversammlungen jener Zeit noch nicht als reguläre, d. h. regelmäßig einberufene und mit bestimmten Befugnissen ausgestattete Institutionen gelten können. Demgegenüber sind um 600 v. Chr. bereits mehrfach Satzungen belegt, die Regeln und Normen zur Bewältigung von Gemeinschaftsaufgaben auf der Basis von Institutionen fixierten. ¹¹ In dieser Welt einer Vielzahl von Poleis waren zwar das Sozialgefüge sowie der institutionelle Rahmen mit Bürgerversammlung, Rat und magistratischen Funktionsträgern strukturell ähnlich, doch wurden unterschiedliche Wege im Zuge der Konstituierung und Konsolidierung der Institutionen beschritten. Daher ist das Erklärungsmodell einer einfachen Orientierung an nahöstlichen Vorbildern auszuschließen. Ein ganz anderes Beispiel mag dies verdeutlichen. Die Palastsysteme, die mehr als ein Jahrtausend früher auf Kreta entstanden, waren keine bloße Imitation der Herrschersitze des Orients. Sicherlich ist aufgrund der Nähe Kretas zu den östlich gelegenen Herrschaftsräumen ein Informationsfluß anzunehmen, der mit dazu beitrug, daß an kretischen Siedlungszentren Herrschaften neuer Form entstanden. Bedeutsamer aber war, daß mannig-

⁹ Vgl. P. Kramer / Chr. Sigrist (Hrsg.), Gesellschaften ohne Staat, I-II, Frankfurt a. M., 1978; St. Breuer, Die Entstehung des Staates als Problem der politischen Anthropologie, Neue Politische

Literatur 27, 1982, S. 5ff.

⁴ Vgl. F. Gschnitzer, Die Stellung der Polis in der politischen Entwicklung des Altertums, Oriens Antiquus 27, 1988, S. 330 f.

⁵ Dazu K. Seybold / J. von Ungern-Sternberg, Amos und Hesiod, Aspekte eines Vergleichs, in: K. Raaflaub (Hrsg.), Anfänge politischen Denkens in der Antike. Die nahöstlichen Kulturen und die Griechen, Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 24, München 1993, S. 233 ff.

⁶ M. Bernal, Phoenician Politics and Egyptian Justice in Ancient Greece, in: K. Raaflaub (s. A 5), S. 243 ff.

⁷ Vgl. Chr. Ulf, in: Chr. Ulf (Hrsg.), Wege zur Genese griechischer Identität. Die Bedeutung der früharchaischen Zeit, Berlin 1996, Einleitung S. 12.

⁸ Vgl. dazu den Diskussionsbeitrag von W. Röllig, in: K. Raaflaub (s. A 5), S. 399: »Es sollte bedacht werden, daß Originalquellen zur phönikischen Stadtstruktur- und -organisation praktisch fehlen«.

¹⁰ Vgl. M. Stahl, Aristokraten und Tyrannen im archaischen Athen. Untersuchungen zur Überlieferung, zur Sozialstruktur und zur Entstehung des Staates, Stuttgart 1987, S. 151 ff.; W. Donlan, The Pre-State Community in Greece, Symbolae Osloenses 64, 1989, S. 5-29; E. Stein-Hölkeskamp, Adelskultur und Polisgesellschaft. Studien zum griechischen Adel in archaischer und klassischer Zeit, Stuttgart 1989, S. 34ff.; Chr. Ulf, Die homerische Gesellschaft. Materialien zur analytischen Beschreibung und historischen Lokalisierung, Vestigia 23, München 1990, S. 85 ff.

¹¹ Zu nennen sind hier vor allem ein inschriftlich erhaltener Beschluß der ostkretischen Polis Dreros zur Beamtenkontrolle um 600 v. Chr. (R. Koerner, Inschriftliche Gesetzestexte der frühen griechischen Polis, Köln / Weimar / Wien 1993, Nr. 90), eine neue Inschrift aus Tiryns mit Belegen für Beschlußrechte der dortigen Bürgerschaft aus dem ausgehenden 6. Jahrhundert (R. Koerner, ebda., Nr. 31) sowie ein um 570/550 v. Chr. zu datierendes »Gesetz« von Chios (R. Koerner, Nr. 61). Nach der bei Plutarch, Lykourgos 6, überlieferten sog. Großen Rhetra hatte der Damos (= Demos) der Spartaner schon wesentlich früher Beschlußrechte.

fache Wechselbeziehungen zwischen den minoischen Zentralorten diesen Prozeß beschleunigten und intensivierten.¹²

Auch die im späten 8. Jahrhundert beginnende Polisbildung hatte eine Art »Wegenetz« der Kommunikation im griechischen Siedlungsraum zur Voraussetzung. Die Rahmenbedingungen der Interaktion zwischen den griechischen Gemeinschaften auf dem Wege zur Staatlichkeit waren freilich ganz anderer Art als in den Zeiten der Palastsysteme auf Kreta und in der mykenischen Welt. Das Ende der meisten mykenischen Palastresidenzen um 1200 v. Chr. hatte tiefgreifende Auswirkungen. Die Folgen der großen Zerstörungen waren eine allgemeine Dekomposition der Rangverhältnisse in den zerfallenden Herrschaftssystemen sowie ein Bevölkerungsrückgang in einer Reihe von Gebieten. Auch dort, wo die mykenischen Dynastien nicht vertrieben oder beseitigt worden waren, entwickelte sich - wie z. B. in Athen - die Stellung des Palastherrn zurück zur Position eines Siedlungsführers in einer Gesellschaft mit einer geringen sozialen Stratifikation auf einem recht bescheidenen Niveau der materiellen Kultur. 13 So entstanden im Verlauf dieses Transformationsprozesses an späteren Zentren der Poliskultur in Griechenland Kleingesellschaften. Sie fielen zwar nicht auf den Stand primitiver Gentilordnungen zurück, doch gab es nach dem Untergang der mykenischen Palastverwaltungen praktisch keine Zwischeninstanz zwischen den Siedlungsführern und der übrigen freien Bevölkerung. Die Siedlungsführer mußten sich mit anderen ranghohen Mitgliedern dieser Gemeinschaften beraten und sich zudem auch an die Gesamtheit der Wehrfähigen und Freien wenden, um Akzeptanz zu finden. Aus Verhältnissen dieser Art entwickelten sich Rats- sowie Heeres- und Volksversammlungen, die zwar noch nicht regelmäßig tagten und noch keine klar umrissenen Kompetenzen hatten, aber schon Vorstufen späterer Polisinstitutionen waren. Auch die Position der Siedlungsführer stellte noch keine Zentralinstanz mit fixierten Befugnissen dar. Ihr Einfluß und ihre Autorität waren primär personengebunden. Die Funktionsfähigkeit jener Gemeinschaften basierte auf Regulierung durch Absprache und Übereinkunft. In der Rechtspflege dominierte noch die Selbsthilfe, was aber nicht bedeutet, daß zwischen dem Ende der mykenischen Palastsysteme und dem Beginn des Formierungsprozesses der Polis durchweg Anarchie und Faustrecht herrschten. In den Epen Homers gelten allgemein verpflichtende Verhaltensnormen schon als Zeichen einer

guten Gemeinschaftsordnung. 14 Diese Vorstellungen stehen in einer längeren Tradition, denn das Rechtsempfinden, dem die epischen Dichter so beredt Ausdruck verliehen haben, kann nur das Ergebnis einer Entwicklung sein, in der die Leitungsfunktionen der sogenannten Ersten bereits als Leistungen für die Gemeinschaft empfunden wurden. Ranghohe Einzelne, die als Anführer fungierten, konnten sich nicht einfach alles erlauben. Die Meinung des »Volkes«, des Demos, mußte berücksichtigt werden. 15 Sie konnte freilich auch bei politischen Entscheidungen manipuliert werden. 16

Insgesamt waren die personengebundenen Führungsinstanzen in jenen Kleingesellschaften relativ schwach ausgeprägt. Aber bei der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten vollzog sich immer wieder eine Integration einer schon »politisch« handelnden Gemeinschaft, die allerdings erst noch ihren institutionellen Rahmen finden und festigen mußte. So wurden gerade Entscheidungsfindungen und die hierdurch bedingten Kommunikationsprozesse wichtige Faktoren im Übergang zur Staatlichkeit griechischer Poleis, als im 8. Jahrhundert v. Chr. infolge stärkerer Bevölkerungszunahme neue Regelungen für ein geordnetes Gemeinschaftsleben erforderlich wurden.

Von Bedeutung war hierbei auch, daß jede einzelne jener zahlreichen Kleingesellschaften, aus denen eine Vielzahl von Poleis hervorgegangen ist, eine Art open-airsociety bildete. Der öffentlichte Platz, die Agora, wurde hier der zentrale Ort des Politischen. Wichtige Angelegenheiten wurden zwar im Kreise von Vertrauten bzw. Gefährten eines Anführers der betreffenden Kleingesellschaft vorberaten, doch handelte es sich bei diesen Gruppen nicht um Geheimzirkel. Der Erste in einer Siedlungs- oder Wehrgemeinschaft mußte letztlich mit seinen Gefolgsleuten vor die Versammlung der Gesamtheit treten und Für und Wider bestimmter Pläne oder Entscheidungen öffentlich erläutern. Bereits in den homerischen Epen wird die Bedeutung der öffentlichen Rede als Instrument der Einflußnahme auf die Willensbildung manifest. Wer auf der Agora vor der versammelten Menge durch seine Darlegungen zu glänzen vermag, erscheint den Leuten wie ein Gott, wenn er durch die Siedlung geht.¹⁷

Über die Position solcher Autoritäten führte der Weg zur Einrichtung von regelrechten Ämtern, die alternierend besetzt wurden, als Institutionen aber auf Dauer angelegt waren und gegenüber allen anderen Kräften in der betreffenden Gesellschaft durchsetzungsfähig sein sollten. 18 Die Entstehung der Polismagistraturen war ein wichtiger Aspekt der allmählichen Herausbildung und Konsolidierung eines institutionellen Gefüges. Hierher gehört des weiteren auch die Entwicklung des Rates, der zu einer

¹² Vgl. I. F. Cherry, Polities and Palaces: Some Problems in Minoan State Formation, in: C. Renfrew / J. P. Cherry (ed.), Peer Polity Interaction and Socio-Political Change, Cambridge etc. 1986, S. 19-45.

¹³ K.-W. Welwei, Athen. Vom neolithischen Siedlungsplatz zur archaischen Großpolis, Darmstadt 1992, S. 57ff. - Zu den Anfängen griechischer Staatlichkeit vgl. jetzt auch P. Funke, Stamm und Polis. Überlegungen zur Entstehung der griechischen Staatenwelt in den »Dunklen Jahrhunderten«, in: I. Bleicken (Hrsg.), Colloquium aus Anlaß des 80, Geburtstages von Alfred Heuß, Kallmünz 1993, S. 29-48.

¹⁴ Homer, Odyssee 9, 112 und 215; 19, 109 ff.; Ilias 18, 497 ff.

¹⁵ Homer, Odyssee 14, 239; 15, 466-468.

¹⁶ Homer, Ilias 2, 50 ff.

¹⁷ Homer, Odyssee 8, 167 ff; vgl. Ilias 3, 209 ff.

¹⁸ Der boiotische Dichter Hesiod exemplifiziert um 700 v. Chr. in seiner »Theogonie« v. 80 ff. die Macht der Rede an der Fähigkeit einer Statusperson, Streit zu schlichten. Dies deutet auf Vorstufen zur Einrichtung von Ämtern hin. Zur Frage der Bewältigung sozialer Probleme durch Schaffung

dauerhaften Institution wurde. Aus den sporadischen Zusammenkünften einer Gruppe von ranghohen Statuspersonen entstand ein mehr oder weniger regelmäßig tagendes Gremium.

In diesen Prozeß der Versachlichung von Macht, die anerkannt wurde und die Zustimmung der Gemeinschaft fand, wurde aber auch der Demos - die breite Masse der an den allgemeinen Versammlungen teilnehmenden Männer – einbezogen. Bei der Einsetzung von öffentlichen Funktionsträgern wurde in der Regel eine akklamatorische Zustimmung der Demos eingeholt, die eventuell auch für die Wahl neuer Mitglieder des Rates erforderlich wurde, sofern dieses Gremium nicht aus ehemaligen Magistraten bestand. Akklamationen waren wiederum Vorstufen zu regelrechten Abstimmungen. ¹⁹ So entwickelte sich eine formalisierte Beteiligung des Demos an der Delegierung von befristeten Kompetenzen und letztlich auch an Entscheidungen, die für die gesamte Gemeinschaft bindend waren.

Wichtige Stationen in diesem Prozeß der Staatswerdung griechischer Poleis waren des weiteren die Rechtskodifikationen.²⁰ Allgemein bekannt sind die athenischen Gesetzgeber Drakon und Solon. Drakons Gesetz zur Ahndung von Tötungsdelikten (mit einer klaren Differenzierung von vorsätzlicher und unvorsätzlicher Tötung) um 620 v. Chr. galt in gleicher Weise für die Oberschicht und die breite Masse des Demos, d. h. der soziale Rang des Täters spielte keine Rolle. 21 In dieser Kodifikation kommt aber auch ein Wissen um die Fähigkeit des Menschen zum Ausdruck, durch allgemein verbindliche Normen und Satzungen gezielt bestimmte Mißstände zu beseitigen. Dies weist schon voraus auf die umfassendere Gesetzgebung Solons, der durch seine

von Institutionen im Zuge der Entwicklung von staatlichen Strukturen vgl. generell M. Stahl (s, A 10), S. 140 ff., sowie Chr. Ulf. Tendenzen zur Etablierung von zentraler Macht im archaischen Griechenland, in: Bericht über den 19. österreichischen Historikertag in Graz (18.-23. 5. 1992), Veröffentlichungen des Verbandes Österreichischer Historiker und Geschichtsvereine 28, 1993, S. 83-91.

¹⁹ In Sparta wurde die ursprüngliche Form der Akklamation in der Volksversammlung dauerhaft beibehalten. Wenn brisante Entscheidungen zu treffen waren, konnte allerdings der die Tagung leitende Ephor die Versammlung (Apella) auseinandertreten lassen, um die zustimmenden Teilnehmer gewissermaßen sichtbar von den mit »nein« stimmenden zu trennen und auf diese Weise ein klares Meinungsbild zu gewinnen. Dies war 432 v. Chr. der Fall, als die spartanische Apella darüber befinden sollte, ob die Polis Athen den Vertrag des Jahres 446 v. Chr. (den sog. Dreißigjährigen Frieden) gebrochen habe (Thukydides 1, 67-87).

Dazu allgemein K.-J. Hölkeskamp, Arbitrators, Lawgivers and the »Codification of Law« in Archaic Greece. Problems and Perspectives, in: Metis, Revue d'anthropologie du monde grec ancien 7, 1992 (1995), S. 49-81; ders., Tempel, Agora und Alphabet. Die Entstehungsbedingungen von Gesetzgebung in der archaischen Polis, in: H.-J. Gebrke (Hrsg.), Rechtskodifizierung und soziale Normen im interkulturellen Vergleich, Tübingen 1994, S. 135-164, Vgl. auch H.-I. Gehrke, Gesetz und Konflikt. Überlegungen zur frühen Polis, in: J. Bleicken (s. A 13), S. 49-67.

²¹ Inscriptiones Graecae I³, Berlin 1981, Nr. 104. Vgl. die Übersetzung von M. Stahl, Die griechische Polis. Quellen zur griechischen Geschichte von 800-400 v. Chr., Zeiten und Menschen, Ausgabe O. Paderborn 1989, 82f.

Gesetze das institutionelle Gefüge der Polis Athen weiter festigte und überzeugt war, gleiches Recht für alle Athener geschaffen zu haben.²²

Die frühen Kodifikationen erwiesen sich durch das Gleichheitsprinzip in der Rechtspflege als wichtige Schrittmacher auf dem noch langen Weg zur bürgerlichen Gleichheit in einer Reihe von Poleis. Solche Kodifikationen wurden möglich, als es bereits Organe gab, die garantierten oder zumindest gewährleisten sollten, daß die neuen Normen auch zum Nutzen der Gemeinschaft realisiert werden konnten. Von den Kodifikationen gingen dann wiederum weitere Impulse zur Konsolidierung der Institutionen aus, da die Gesetze z. B. bestimmte Verfahrensregeln in der Prozesordnung vorsahen und die zuständigen Organe an die betreffenden Vorschriften gebunden waren, so daß das Ordnungsgefüge immer dichter wurde.

Der Prozeß der Institutionalisierung der Entscheidungsabläufe und der Führungsrollen führte bis etwa 500 v. Chr. dazu, daß in zahlreichen Gemeinwesen eine breitere Basis für die Zugehörigkeit zum Bürgerstaat der Polis und damit auch für die Übernahme und Ausübung von Ordnungsaufgaben durch die Mitglieder der einzelnen Polisverbände gegeben war. Die Staatswerdung der Polis war aber zugleich auch ein Phänomen der gegenseitigen Abgrenzung der Gemeinwesen. Dies steht nicht im Widerspruch zu der schon genannten Interaktion zwischen den Polisverbänden und den hieraus sich ergebenden Impulsen für die Konsolidierung staatlicher Ordnungen. Interaktion und Abgrenzung waren komplementäre Faktoren im Formierungsprozeß der Polis. Die einzelnen Personenverbände waren eingebunden in weitgespannte Kommunikationsnetze.

Zahlreiche Siedlungen, die von den Griechen als Poleis bezeichnet wurden, entsprachen freilich in keiner Weise unseren heutigen Vorstellungen von einem urbanen Gebilde. Viele Poleis waren bevölkerungsmäßig kaum mehr als große Dörfer im heutigen Sinne. Die Spartaner siedelten nach den Worten des griechischen Historikers Thukydides sogar auf dem Höhepunkt ihrer Macht im 5. Jahrhundert v. Chr. noch in alter Weise in einem Komplex von mehreren Dörfern. ²³ Thukydides will hiermit sagen, daß der Zentralort Sparta mit einer Fläche von etwa 3 km² nicht dem üblichen Bild einer Polis mit relativ enger Bauweise entsprach. Selbstverständlich wäre aber kein Grieche auf den Gedanken gekommen, Sparta wegen seiner besonderen Siedlungsstruktur den Charakter einer Polis abzusprechen, denn das Wesensmerkmal der Polis ist nicht das urbane Erscheinungsbild, sondern der Verband ihrer Bürger. Aristoteles definiert dementsprechend die Polis als Gemeinschaft der Freien bzw. der Gleichen.²⁴ Die Zahl der Bürger muß nach Aristoteles ausreichen, um einen bíos politikós, ein »politisches Leben«, zu ermöglichen, d. h. die Bürger müssen zahlenmäßig in der Lage sein, alle

²² Solon, Frgm. 30, 18 (Gentili / Prato, s. oben A 1).

²³ Thukydides 1, 10, 2.

²⁴ Aristoteles, Politika 1279 a 21; 1328 a 36.

wesentlichen Aufgaben zur Gewährleistung der ökonomischen und politischen Funktionsfähigkeit und zur Wahrung der Unabhängigkeit ihres Gemeinwesens zu erfüllen, indem sie im Wechsel alle wichtigen magistratischen, beratenden und richterlichen Funktionen in den Polisorganen ausüben und äußere Feinde gegebenenfalls abwehren. 25 Eine politische Trennungslinie zwischen Bürgern in der Stadt und auf dem Land (Chora) gab es in der Regel nicht. Das Bürgerrecht war nicht an einen Wohnsitz in der Stadt gebunden.

Die demographischen und territorialen Unterschiede zwischen den zahlreichen Poleis waren indes erheblich. Der Polisverband der Athener dürfte vor Ausbruch des Peloponnesischen Krieges 431 v. Chr. etwa 40 000 bis 50 000 Bürger auf einem Gebiet von ca. 2650 Quadratkilometern (mit Salamis und Oropos) umfaßt haben. 26 Sparta hatte im frühen 5. Jahrhundert etwa 8000 Vollbürger und besaß ein Territorium von etwa 8400 Ouadratkilometern.²⁷ Beide Poleis waren in jeder Hinsicht Ausnahmen. Sie übertrafen im 5. Jahrhundert v. Chr. alle anderen Poleis an Machtpotential. Das Territorium vieler Poleis umfaßte demgegenüber kaum mehr als 100 Quadratkilometer. Hierauf lebten dann nur einige tausend Menschen, zu denen nicht nur die Bürger mit ihren Frauen und Kindern, sondern auch die ansässigen Fremden und die Sklaven beiderlei Geschlechts zählten. Die Zahl der für den Militärdienst zur Verfügung stehenden Bürger betrug dementsprechend oft nur einige Hundert. Hierdurch waren selbstverständlich die Handlungsmöglichkeiten zahlreicher Poleis erheblich eingeschränkt. Kleine Poleis waren vielfach trotz rechtlicher Selbständigkeit außenpolitisch faktisch abhängig. Da in diesen Fällen von Autonomie kaum die Rede sein kann, wurde in der neueren Forschung vorgeschlagen, die Autonomie nicht als Charakteristikum der Polis zu werten, sondern zwischen abhängigen und unabhängigen Poleis zu differenzieren und beide Typen unter den Oberbegriff der sich selbst verwaltenden Gemeinwesen zu subsumieren.²⁸ In diesem Fall könnten freilich mit dem Polisbegriff

²⁵ Aristoteles, Politika 1275 b 20f; 1317 b 2ff.; 1326 b 2ff.; 1328 b 3ff.

moderne Vorstellungen verbunden werden, die eher unserem Verständnis von einer Gemeinde (im Sinne von Kommune) entsprechen würden. Gerade dies ist aber eine Polis im klassischen Sinne in aller Regel nicht. Es gab allerdings Sonderformen, wie die sog, Perioikenpoleis auf dem Territorium Spartas. Auch in diesem Fall ist indes bei einer Übertragung des modernen Begriffs der Kommune auf antike Verhältnisse Vorsicht geboten. Die sogenannten Perioiken galten zwar im Unterschied zu den unfreien Heloten ebenso wie die Spartiaten als Lakedaimonier, d. h. als Mitglieder des Gesamtstaates Sparta. Aber es gab keine gemeinsamen politischen Institutionen der Spartiaten und der Perioiken, obwohl ein Teil der Perioiken in den Eliteeinheiten des spartanischen Heeres diente. Die Verfassung Spartas war die politische Ordnung der Vollbürger, eben der Spartiaten. Die spartanische Perioikensiedlungen waren somit abhängige lokale Gemeinschaften minderen Rechtes.

Staatliche Eigenständigkeit war aus der Sicht der Griechen auch in den von Tyrannen beherrschten Poleis nicht gegeben, weil hier keine Voraussetzungen für ein politisches Leben in der Bürgergemeinschaft bestanden.²⁹ Als Herrschaftsform war freilich die griechische Tyrannis an die Poleis gebunden. Sie stellte aber ein monarchisches Element dar und ließ sich daher nicht in eine Polisordnung verfassungsmäßig einbauen. Der Tyrann konnte zwar die Polisinstitutionen beherrschen und seinen Willen durchsetzen, doch konnte er nicht integraler Bestandteil der Polisverfassung werden. Im politischen Bewußtsein der Griechen wurde die Tyrannis das Gegenbild zur Polisordnung, der Gemeinschaft der Freien und Gleichen. Gemeint ist mit dieser Gemeinschaft natürlich nur die Großgruppe der männlichen Bürger. Nur sie galten als Träger des Gemeinwesens, während Frauen, ansässige Fremde und Sklaven politisch ausgegrenzt blieben. Trotz dieser Einschränkung kommt aber in der genannten Polisdefinition des Aristoteles prägnant zum Ausdruck, daß ein Personenverband das eigentliche Charakteristikum der Polis ist, wenn auch hiermit noch nichts über die Verfassungswirklichkeit und den Einfluß der gesellschaftlichen Kräfte auf die Institutionen ausgesagt ist.

Der gemeingriechische Prozeß der Polisbildung und die Ergebnisse der Entwicklungsabläufe in den einzelnen Poleis sind in der Verfassungstypologie der griechischen Staatstheorie stark vereinfacht worden. Die Kriterien waren die Zahl der Herrschenden und die Form der Herrschaftsausübung. Als Grundformen galten die Herrschaft der Wenigen und die Herrschaft der Vielen sowie die Alleinherrschaft, die aber - wie gesagt - einer Polisordnung nach griechischer Auffassung nicht adäquat sein konnte. Die einzelnen Verfassungen wurden wiederum jeweils in eine gute und in eine schlechte Form eingeteilt. Die griechische Staatstheorie hat somit die Vielfalt der Polisverfassungen systematisierend auf einige wenige Typen reduziert und im übrigen die

²⁶ Die Zahl der damaligen athenischen Bürger kann natürlich nur mit großem Vorbehalt genannt werden. Die Grundlage für entsprechende Schätzungen bilden antike Angaben über Heeres- und Flottenstärken der Athener, insonderheit Thukydides 2, 13, 6-9 über die Macht Athens zu Beginn des Pelopponnesischen Krieges 431 v. Chr.; vgl. dazu generell A. W. Gomme, The Population of Athens in the Fifth and Fourth Centuries B.C., Oxford 1933. Eine relativ hohe Bürgerzahl (60000) vermutet jetzt M. H. Hansen, Three Studies in Athenian Demography, Kopenhagen 1988, 14-28.

²⁷ Schätzungen der Zahl der spartanischen Vollbürger um 480 v. Chr. stützen sich auf die Nachrichten Herodots 9, 10, 1 und 9, 28-29, wonach in der Schlacht bei Plataiai 479 v. Chr. rund 5000 Spartiaten kämpften, die aber zweifellos nur einen Teil der Vollbürger bildeten. An anderer Stelle bezeichnet Herodot (7, 234) Sparta als Polis von 8000 Männern. Wir wissen indes nicht, woher Herodot diese Zahl übernommen hat.

²⁸ Vgl. M. H. Hansen, The »Autonomous City-State«. Ancient Fact or Modern Fiction?, in: M. H. Hansen / K. Raaflaub (ed.), Studies in the Ancient Greek Polis, Historia Einzelschriften 95, Stuttgart 1995, S. 43: »I suggest ... that we speak of self-governing city-states poleis of which some were independent (autonomoi) but some dependencis (hypekooi).

²⁹ Vgl. etwa Xenophon, Memorabilia 4, 6, 12; Aristoteles, Politika 1295 a 16-24. - Zur griechischen Tyrannentopik vgl. die reiche Materialsammlung von H. Berve, Die Tyrannis bei den Griechen, I, München 1967, S. 343ff., 352ff., 476ff.; II, S. 695ff., 698ff., 737ff.

Demokratie zumeist negativ beurteilt. Dies gilt auch für eines der bedeutendsten Werke der antiken Literatur, für Platons Entwurf einer sublimen Utopie in seiner berühmten Schrift über den »Staat«. 30 Hier erscheint die Demokratie als unkontrollierte Herrschaft einer von verantwortungslosen Demagogen aufgehetzten und von maßlosem Anspruchsdenken erfüllten Masse. Eine Reihe von griechischen Intellektuellen und Teile der Oberschicht stimmten mit Platons geradezu diffamierender Beurteilung der Demokratie überein, und zwar auch in Athen, wo welthistorisch gesehen die erste Demokratie entstanden ist, die diesen Namen verdient.

Insgesamt gesehen haben aber die meisten Angehörigen der athenischen Oberschicht die politischen Regeln des Systems ihrer Polis respektiert. Perikles soll nach der Darstellung des Thukydides nach Ausbruch des Peloponnesischen Krieges 431 v. Chr. Athen als Vorbild für andere Gemeinwesen bezeichnet haben.³¹ Die athenischen Zeitgenossen des Perikles betrachteten Entscheidungen durch Mehrheitsbeschlüsse sowie das Prinzip der Auslosung und Rechenschaftspflicht der Beamten als Eckpfeiler ihrer Verfassung. Der wohl erst um die Mitte des 5. Jahrhunderts v. Chr. entstandene Begriff »Demokratie« ist sicherlich nicht von Feinden Athens bzw. von Gegnern des damaligen politischen Systems der Athener geprägt worden. Die neue Wortbildung orientierte sich offenbar an einer von führenden politischen Kreisen Athens propagierten Hochschätzung des eigenen Systems. Wir können noch mögliche Vorformen des Demokratiebegriffes erkennen. 32 In dem Drama »Die Bittflehenden« (Hiketiden) des Aischylos, das wohl 463 v. Chr. in Athen aufgeführt worden ist, wird von der »herrschenden Hand des Volkes« gesprochen (demou kratousa cheir). Diese Wendung bezieht sich auf das Verfahren der Abstimmung durch Handzeichen in der Volksversammlung und läßt einen deutlichen Anklang an den griechischen Begriff »Demokratia« erkennen. Aischylos weist hiermit auf die Entscheidungsgewalt der Volksversammlung hin und spricht insofern im Theater die Erfahrungswelt auch der einfachen Athener an, deren politisch aktiver Teil in der Zeit der Aufführung des genannten Dramas schon fast seit einem halben Jahrhundert immer wieder erleben konnte, daß die Bürger aller sozialen Schichten gleichberechtigt über alle politischen Fragen zu entscheiden hatten. Dies war wenige Jahre nach dem Sturz der Tyrannis, die nur eine Art Zwischenspiel in der athenischen Verfassungsentwicklung war, durch die Reformen des Kleisthenes (508/07 v. Chr.) ermöglicht worden.³³ Seit Kleisthenes war die Volksversammlung das zentrale politische Organ Athens. Das gesellschaftliche Gefälle innerhalb der Bürgerschaft blieb bestehen, doch wurden fortan die Mehrheitsbeschlüsse der Volksversammlung politisch relevant. In der Volksversammlung mußte jeder, der z. B. bestimmte Neuerungen anstrebte oder bestimmte politische Maßnahmen initiieren wollte, eine Mehrheit zu finden suchen. Auch die Repräsentanten der prominentesten Familien Athens mußten sich in der Volksversammlung durchsetzen, wenn sie erreichen wollten, daß die von ihnen für notwendig erachteten Beschlüsse gefaßt wurden. Die Ordnung des Kleisthenes wurde freilich von den Zeitgenossen um und nach 500 v. Chr. noch nicht als Demokratie verstanden. Wohl aber hatte Kleisthenes neue Rahmenbedingungen für weitere Reformen und damit die Voraussetzungen für die Entstehung der klassischen athenischen Demokratie geschaffen. Die Entwicklung von den Reformen des Kleisthenes bis zur Prägung des Demokratiebegriffs in Athen etwa Mitte des 5. Jahrhunderts v. Chr. war aber kein gelenkter Prozeß in dem Sinne, daß die Demokratie den politisch aktiven Bürgern und ihren Meinungsführern im Verlauf der ersten Hälfte des 5. Jahrhunderts als Ziel aller öffentlichen Aktivitäten vorgeschwebt hätte und als solches propagiert worden wäre. 34 Alle Reformen und Verbesserungen in jener Zeit dienten primär der Optimierung der Polisordnung und ihrer Funktionsfähigkeit. Dabei darf nicht übersehen werden, daß der Sieg der Griechen in ihrem Abwehrkampf gegen die Perser diesem Prozeß große Schubkraft verlieh, denn Athen stieg ja nach dem Rückzug der Perser (479 v. Chr.) zur ägäischen Großmacht und zur führenden Polis eines Bündnissystems auf, das dem persischen Weltreich Paroli bieten konnte. Diese neuen Machtverhältnisse führten wiederum dazu, daß praktisch alle für den gesamten Ägäisraum bedeutenden politischen Beschlüsse in der athenischen Volksversammlung gefaßt wurden und diese Polisinstitution hierdurch eine weitere Aufwertung erfuhr.³⁵ Die athenische Verfassungsentwicklung hätte ohne die äußeren Rahmenbedingungen der Machtstellung Athens sicher einen anderen Verlauf genommen. Mit anderen Worten: Die erste Demokratie der Weltgeschichte wurde unter anderem auch durch die Großmachtpolitik Athens ermöglicht.

Die Funktionsfähigkeit dieses Systems war im Gegensatz zu ihrer vielfach negativen

³⁰ Dazu jetzt die kritische Wertung von E. Flaig, Weisheit und Befehl. Platons »Politeia« und das Ende der Politik, Saeculum 45, 1994, S. 34-70. Vgl. auch K. Trampedach, Platon, die Akademie und die zeitgenössische Politik, Hermes Einzelschriften 66, Stuttgart 1994, und dens., Platons »Politeia «: die Alternative zum Bürgerstaat?, Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 47, 1996, 427-433, sowie M. G. Schmidt, Demokratietheorien. Eine Einführung, Opladen 1955, 28f.

³¹ Thukydides 2, 37, 1.

³² Dazu ausführlich D. Lotze, Zum Begriff der Demokratie in Aischylos' »Hiketiden«, in: E. G. Schmidt (Hrsg.), Aischylos und Pindar, Berlin 1981, S. 207-216.

³³ Einen Überblick über das komplexe Problem der kleisthenischen Reformen bietet M. Ostwald, The Reform of the Athenian State by Cleisthenes, in: The Cambridge Ancient History, IV, 2, Aufl. Cambridge 1988, S. 303-346.

³⁴ Dazu bereits *J. Martin*, Von Kleisthenes zu Ephialtes, Chiron 4, 1974, S. 5-42.

³⁵ Hervorgehoben hat diesen wichtigen Aspekt mit Recht W. Schuller, Die Herrschaft der Athener im Ersten Attischen Seebund, Berlin / New York 1974, S. 179 ff.; vgl. dens., Wirkungen des Ersten Attischen Seebundes auf die Herausbildung der athenischen Demokratie, in: J. M. Balcer / H.-J. Gehrke / K. A. Raaflaub / W. Schuller (Hrsg.), Studien zum Attischen Seebund, Konstanzer Althistorische Vorträge und Forschungen 8, Konstanz 1984, S. 87-101. Kritische Einwände äußert J. Bleicken, Wann begann die athenische Demokratie?, Historische Zeitschrift 260, 1995, S. 356, A 32.

Bewertung in der griechischen Staatstheorie erstaunlich. Gleichsam als Motto einer Kurzdarstellung der klassischen Demokratie mag ein Ausspruch dienen, den Thukydides in seiner Stilisierung der berühmten Rede des Perikles auf die athenischen Gefallenen des Kriegsjahres 431 v. Chr. folgendermaßen formuliert hat: »Frei leben wir miteinander in der Regelung der Angelegenheiten unseres Gemeinwesens und in gegenseitiger Duldung bei der Verrichtung der alltäglichen Aufgaben im privaten Bereich.«³⁶ Die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten basierte - wie gesagt - auf dem Prinzip der Gleichheit der Bürger. Dies hatte für den Ablauf der Willensbildung und Entscheidungsfindung erhebliche Konsequenzen, denn es stellte sich ja kontinuierlich die Aufgabe, das zuständige zentrale Entscheidungsorgan, eine Massenversammlung von mehreren Tausend abstimmungsberechtigten Bürgern, zu organisieren. Zumindest seit Mitte des 4. Jahrhunderts v. Chr. fanden regelmäßig 40 Tagungen der Volksversammlung jährlich statt. Auf dem Höhepunkt der Macht Athens im 5. Jahrhundert v. Chr. wird die Zahl der Versammlungstage zwar geringer gewesen sein. Eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit dieser Massenversammlung war aber stets die vorausgehende Vorarbeit des Rates der 500, der aus Repräsentanten der zehn Unterabteilungen der gesamten Bürgerschaft, der sogenannten Phylen bestand.³⁷ Jede Phyle stellte 50 Ratsmitglieder, die jeweils einen Ratsausschuß bildeten und alternierend je ein Zehntel des Jahres die Geschäfte führten und in dieser Zeit die Sitzungen und Beschlüsse der Volksversammlungen stattfinden mußten, hatte der geschäftsführende Ratsausschuß auch die entsprechenden Tagesordnungspunkte festzusetzen und dafür zu sorgen, daß im Plenum des Rates hierzu Vorbeschlüsse für die Volksversammlung gefaßt wurden. Durch die bereits von Kleisthenes vorgenommene Gliederung des athenischen Polisgebietes in »Gemeinden« (sog. Demen) stellte der Rat, der täglich (außer an Festtagen) zusammentreten mußte, eine Repräsentation aller Teile Attikas dar. Da der gesamte Rat nach Ablauf eines Amtsjahres ausgewechselt wurde und ein Bürger nur zweimal in seinem Leben jeweils für ein Jahr Ratsmitglied sein durfte, hatte schätzungsweise etwa ein Drittel der regelmäßig an Volksversammlungen teilnehmenden Bürger durch Tätigkeit im Rat einige Erfahrung in der Erledigung der kontinuierlich anfallenden Aufgaben der Polisverwaltung sowie auch gewisse Kenntnisse der Verhältnisse im athenischen Einflußbereich gewonnen. Durch die jährliche Auswechslung aller Ratsmitglieder wurde wiederum verhindert, daß sich eine Funktionärselite mit einem Monopol an Herrschaftswissen bilden konnte. Da zudem der Vor-

³⁶ Thukydides 2, 37, 2.

sitz im Rat täglich wechselte und jeweils durch Auslosung neu bestimmt wurde, konnte im Rat auch keine institutionell abgesicherte Führungsrolle entstehen. Dies schloß nicht aus, daß einzelne Ratsmitglieder sich gleich sam informell als Meinungsführer zu profilieren vermochten. Der Rat, der sozusagen die Geschäfte des gesamten Demos führte, stellte aber keine Regierung dar. Die Volksversammlung war zwar auf die vorbereitende Tätigkeit des Rates angewiesen. Die Vorbeschlüsse des Rates brauchten indes keine beschlußfähigen Vorlagen zu enthalten. Sie konnten zudem von der Volksversammlung gegebenenfalls abgelehnt oder durch Zusatzanträge aus der Mitte der Teilnehmer erweitert oder auch abgeändert werden. So wirkte der Rat zwar wie ein Filter gegen eine potentielle Flut von Anträgen an die Volksversammlung, stellte aber hierdurch die Entscheidungsgewalt der Gesamtbürgerschaft nicht in Frage. Als Filter oder – wenn man so will – als Einrichtung zur Kanalisierung des Prozesses der politischen Willensbildung wirkte der Rat auch deshalb, weil der Leiter der Volksversammlung, der mit dem jeweils am Tagungstermin amtierenden Ratsvorsitzenden identisch war, sich strikt an die Tagesordnung halten mußte. Dies war nicht nur eine Barriere gegen übereilte Beschlüsse. Hierdurch wurde zugleich ein relativ zügiger Ablauf der Tagungen ermöglicht, 38 was auf jeden Fall unabdingbar war, denn die weitaus meisten Versammlungsteilnehmer mußten ihrer Arbeit nachgehen und konnten es sich nicht leisten, tagelang Debattenrednern zuzuhören. So wurden in der Regel auch umfangreiche Tagesordnungen in wenigen Stunden erledigt, und mit dieser Verfahrensweise haben die Athener immerhin jahrzehntelang das politische Geschehen im gesamten Ägäisraum bestimmt.

Die athenische Demokratie garantierte aber trotz ihrer Großmachtstellung ihren Bürgern keineswegs ein Rentnerdasein durch die Abgaben der abhängigen Poleis oder durch die Arbeit der Sklaven. Um so erstaunlicher ist es, daß die Volksversammlungen im Schnitt von mehreren tausend Athenern besucht wurden (bei der schon genannten Gesamtzahl von etwa 40 000 bis 50 000 Bürgern, die überwiegend außerhalb des eigentlichen Stadtbereichs wohnten, d. h. auf einem Gebiet, das flächenmäßig etwa dem heutigen Luxemburg entspricht). Natürlich war die Volksversammlung darauf angewiesen, daß ihr politische Pläne und Konzepte unterbreitet wurden. Diese konnten jedoch auch aus der Mitte der Versammlung von Bürgern initiiert werden, die als Meinungsführer agierten und in der Lage waren, in Auseinandersetzungen mit konkurrierenden Debattenrednern eine Mehrheit von Versammlungsteilnehmern für bestimmte Entscheidungen zu gewinnen.³⁹ Die Ausstrahlungskraft eines Versamm-

Articles 1976-1983, Kopenhagen 1983; The Athenian Ecclesia II. A Collection of Articles 1983-1989, Kopenhagen 1989.

³⁷ Über die Details der Funktionen und Kompetenzen des Rates der Fünfhundert informiert umfassend das Standardwerk von P. J. Rhodes, The Athenian Boule, Oxford 1972. Zur athenischen Volksversammlung vgl. M. H. Hansen, Die athenische Volksversammlung im Zeitalter des Demosthenes, Konstanzer Althistorische Vorträge und Forschungen 13, Konstanz 1984. Zahlreiche Detailfragen erörtert Hansen in einer großen Reihe von Aufsätzen, die er in folgenden Sammelbänden zusammengefaßt und durch Addenda ergänzt hat: The Athenian Ecclesia. A Collection of

³⁸ Vgl.W. Schuller, Neue Prinzipien der athenischen Demokratie, in: Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte 26, 1987, S. 530f.

³⁹ Vgl. M. H. Hansen, The Athenian »Politicians«, 403–322 B.C., Greek, Roman and Byzantine Studies 24, 1983, S. 33-55 = M, H. Hansen, Ecclesia II (s. A 37), S. 1-24.

Die griechische Polis 325

lungsredners setzte Erfahrung und Vertrautheit mit den politischen Geschäften voraus. Inkompetente Redner wurden verspottet und ausgelacht. Zum Verständnis dieses Systems sei noch einmal daran erinnert, daß es keine institutionalisierte dauerhafte Leitung durch Einzelpersonen oder bestimmte Gruppen gab. Wer vollen Erfolg in der Versammlung hatte, konnte auf der nächsten Tagung in einer anderen Debatte scheitern, ohne hierdurch politisch ausgeschaltet oder in die Opposition verbannt zu sein, die es als Institution auch gar nicht gab.

Die Masse der Versammlungsteilnehmer war selbstverständlich vor allem bei weitreichenden außenpolitischen Entscheidungen auf Informationen durch Debattenredner angewiesen, die aber keine eigentlichen Berufspolitiker waren, sondern eher als »halbprofessionelle« politische Akteure zu bezeichnen sind, die sich wiederum zumeist mit einem Kreis von »Freunden« und Anhängern auf die Diskussionen in der Volksversammlung vorzubereiten suchten. Einer suggestiven Beeinflussung der Masse waren zweifellos Grenzen gesetzt, denn jeder Redner mußte mit der Kritik rivalisierender Sprecher rechnen, so daß durchweg ein Spektrum möglicher Optionen deutlich wurde. Im übrigen kannten viele Athener nicht nur durch ihre Tätigkeit im Rat die politischen Konstellationen in der Ägäiswelt und die Probleme und Routineaufgaben, mit denen die Hegemonialmacht Athen immer wieder konfrontiert war. Zahlreiche athenische Bürger hatten schon als turnusmäßig wechselnde sogenannte Außenbeamte Aufsichtsfunktionen im athenischen Machtbereich erfüllt. 40

Auch die Konstituierung der Gerichtshöfe aus Laienrichtern bedeutete nicht, daß die Urteile durchweg mehr oder weniger willkürlich gefällt wurden. Grundlage der Rechtsprechung waren die Gesetze, die von Gerichtsrednern den Richtergremien erläutert wurden. Dies schloß emotionsbedingte Entscheidungen gewiß nicht aus, zumal auch die Redner keine ausgebildeten Juristen waren. Dem steht aber gegenüber, daß die athenische Demokratie bestrebt war, in den Gerichtshöfen die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz zu garantieren. Zudem sollten die Gerichtshöfe dazu beitragen, Amtsmißbrauch zu verhindern.⁴¹

Im Zuge der Intensivierung der Interorgankontrolle wurden die Kompetenzen der

Beamten präzisiert, aber auch die Zahl der Beamtenstellen erhöht. Die Einführung neuer Magistraturen war durch den Ausbau der demokratischen Institutionen Athens und durch die Erfordernisse der athenischen Seeherrschaft bedingt. Griechische Polisbeamte sind freilich nicht mit modernen Beamten zu vergleichen. Die üblicherweise als Beamte bezeichneten Funktionsträger in griechischen Poleis waren Laien, die nach einem Jahr von anderen Laien abgelöst wurden. Aristoteles bezeichnet den Wechsel von »Beherrschtwerden und Herrschen« als Charakteristikum der Polisorganisation. 42 Er bezieht sich primär auf den jährlichen Wechsel der Beamten. Insofern gibt unsere Übersetzung »Beherrschtwerden und Herrschen« den Sinn des griechischen Textes archesthai kai archein unzureichend wieder, denn archein bezeichnet hier kein »Herrschen« im engeren Sinne, sondern die Ausübung von Funktionen für die Polisgemeinschaft. Die Polisbeamten waren keine eigentlichen Herrschaftsträger, sondern ausführende Organe des Verbandes der Bürger. Oberstes Prinzip der athenischen Demokratie war eben die unbestrittene und umfassende Entscheidungsgewalt des Demos. 43 Mit der Ausweitung des Ämterwesens im Zuge wachsender Aufgaben der Polis war in Athen andererseits teilweise eine Verminderung der Kompetenzen derienigen Magistraturen verbunden, die im wesentlichen Routineaufgaben zu erfüllen hatten. Anders wäre das Prinzip der Besetzung der Ämter durch Laien und durch Auslosung kaum durchzuhalten gewesen. Die zehn athenischen Strategen wurden hingegen im Unterschied zu den meisten anderen Magistraten jährlich neu gewählt. Sie konnten ihr Amt auch immer wieder bekleiden und stiegen zu Repräsentanten Athens in den Beziehungen zu anderen Gemeinwesen auf. Die Institution der Strategen wurde übrigens nicht zu einer Gefahr für die Polisordnung, weil die Strategen jederzeit vom Demos zur Verantwortung gezogen werden konnten und durch die Identität von Bürgern und Soldaten die Truppe kein eigener politischer Faktor neben der Polis war, sondern einen Teil der Polisgemeinschaft bildete.⁴⁴

Die athenische Bürgerschaft wurde nicht zuletzt infolge der Großmachtstellung ihrer Polis von einer heute nur schwer vorstellbaren Intensivierung des politischen Lebens in Anspruch genommen. Alljährlich waren neben Hunderten von Polisämtern und zahlreichen Magistraturen zur Beaufsichtigung der Bundesgenossen noch viele

⁴⁰ Übertrieben ist freilich die bei Aristoteles. Athenaion Politeia 24, 3 genannte Zahl von 700 athenischen »Außenbeamten«. Die dort gleichfalls genannte Zahl von 700 Funktionsträgern in der Polis Athen dürfte hingegen in etwa zutreffen. Dazu M. H. Hansen, Seven Hundred Archai in Classical Athens, Greek, Roman and Byzantine Studies 21, 1980, S. 151-173; vgl. auch P. J. Rhodes, A Commentary on the Aristotelian Athenaion Politeia, Oxford 1981, S. 304 f.; M. Chambers, Aristoteles, Staat der Athener, Darmstadt 1990, S. 254 f.

⁴¹ Vgl. aber die kritische Wertung der athenischen Gerichtsorganisation durch G. Thür, Die athenischen Geschworenengerichte - eine Sackgasse?, in: W. Eder (Hrsg.), Die athenische Demokratie im 4. Jahrhundert v. Chr., Vollendung oder Verfall einer Verfassungsform?, Stuttgart 1995, S. 321-331, der darauf hinweist, daß in Athen Probleme wie Richterbestechung und Cliquenbildung unter den Geschworenen optimal gelöst wurden, die »rechtlichen Instrumente, die das Gericht zur Wahrheitsfindung hätte einsetzen können«, in den Reformen aber zu kurz kamen (Zitat S. 321).

⁴² Aristoteles, Politika 1277 b 14-15.

⁴³ Allerdings ist hier eine Differenzierung von »Initiative und Entscheidung« zu beachten, auf die M. H. Hansen, Initiative und Entscheidung. Überlegungen über die Gewaltenteilung im Athen des 4. Jahrhunderts, Konstanzer Althistorische Vorträge und Forschungen 6, Konstanz 1983, aufmerksam gemacht hat. Hiernach hatten Organe, die entschieden, kein Initiativrecht, während Personen und Ämter mit Initiativrecht keine Entscheidungen treffen konnten, Vgl. auch W. Schuller (s. A 38), S. 537.

⁴⁴ Andererseits sahen sich Strategen unter Umständen in ihrem militärischen Handlungsspielraum durch Furcht vor Prozessen im Fall von Mißerfolgen eingeschränkt. Vgl. die diesbezügliche Auflistung von R. A. Knox, »So Mischievious a Beast«? The Athenian Demos and its Treatment of its Politicians, Greece and Rome 32, 1985, S. 141 f.

weitere Jahresämter in den etwa 139 Demen (»Gemeinden«) in Athen und Attika zu besetzen.

Das Bürgerideal der aktiven Teilnahme an der Politik konnte nicht zuletzt dadurch weitgehend realisiert werden, daß die Athener bei der Entscheidungsfindung in der Volksversammlung sowie auch in der Erfüllung zahlreicher Aufgaben und Funktionen im Dienste der Polis nicht als Interessenvertreter bestimmter Gruppen, Stände oder Parteien agierten, sondern sich als Glieder der Gesamtheit der Bürgergemeinschaft empfanden, so daß schichtenspezifische Ziele von bestimmten Besitz- oder Berufsgruppen eigentlich nicht politisch thematisiert wurden. 45 Jedenfalls wäre es verfehlt, die Polis Athen der klassischen Zeit als »radikale Demokratie« zu bezeichnen. Im Sozialgefüge der athenischen Polis entstanden durch Besitzunterschiede während der Herrschaft Athens im Seebund keine scharfen sozialen Spannungen. 46 Bei allen Diskussionen über Für und Wider bestimmter politischer Maßnahmen bestand ein breiter Konsens im gemeinsamen Interesse aller Bürger an der Erhaltung der Macht Athens. In der Innenpolitik wirkte sich dies dahingehend aus, daß Neuerungen unterschiedlicher Art zwar auf eine Optimierung des demokratischen Systems abzielten, nicht aber radikale Veränderungen oder eine soziale Nivellierung intendierten, während nicht einmal die innerathenischen Gegner des Perikles in den vierziger Jahren des 5. Jahrhunderts v. Chr., die von einer Tyrannis der Polis Athen im Seebund sprachen, einen Machtverzicht der Athener oder eine neue Polisordnung forderten. 47 Nur in der militärischen Krise Athens 411 sowie nach der Niederlage 404 v. Chr. konnte die Demokratie durch oligarchische Putschisten beseitigt werden, die sich aber nicht lange zu behaupten vermochten.⁴⁸

Die Machtentfaltung Athens war im 5. Jh. langfristig überhaupt nur auf der Basis des demokratischen Systems möglich. Angesichts der Dimensionen des athenischen Einflußbereichs konnte die Hegemonie dieser Polis nur durch ein Engagement breiter Schichten getragen werden. Ob die Athener wollten oder nicht: sie mußten versuchen, Zeit für den Besuch der Volksversammlungen zu finden, um an Routineabstimmungen und an den großen politischen Entscheidungen teilzunehmen. Und nicht nur dies: sie mußten sich irgendwann für Auslosungen für Jahresämter oder für eine einjährige Mitgliedschaft im Rat zur Verfügung stellen, wenn das System funktionsfähig bleiben sollte. Es garantierte nicht nur bis dahin unbekannte Kontrollmöglichkeiten zur Ver-

⁴⁵ Chr. Meier, Die Entstehung des Politischen bei den Griechen, Frankfurt a. M. 1980, S. 247-272.

hinderung von Machtkonzentration in den Händen einzelner Mitbürger, sondern sicherte auch die Hegemonie Athens im Seebund und eine hieraus resultierende relative wirtschaftliche Prosperität.

Demokratie dieser Art konnte nur in Athen mit seiner für griechische Verhältnisse ungewöhnlich großen Bürgerzahl, nicht aber in den zahlreichen kleinen Poleis praktiziert werden. Hierfür stand in kleinen Gemeinwesen keine adäquate Zahl von Bürgern zur Verfügung. Andererseits existierten aber in griechischen Poleis generell gewisse Kontrollmechanismen zur Stabilisierung der Systeme. Auch in nichtdemokratischen Verfassungen bestanden Interorgankontrollen.

Im übrigen hat die athenische Demokratie erst im 4. Jahrhundert v. Chr. ihre eigentliche Vollendung erfahren. 49 Erwähnt seien hier die Einführung neuer Gesetzgebungsverfahren und die hiermit verbundene routinemäßige Überprüfung der bestehenden Gesetze sowie neue Regelungen zur Leitung der Volksversammlung und zur Verhinderung von Korruption bei der Besetzung der Gerichtshöfe. 50 Erreicht werden sollte eine möglichst breite Lagerung der Verantwortung und eine Perfektionierung der Kontrollmechanismen. Insgesamt gesehen war die athenische Demokratie somit im 4. Jahrhundert v. Chr. keineswegs in eine Sackgasse geraten oder institutionell erstarrt, 51 sondern um eine effektive Organisation ihrer inneren Ordnung bemüht, nachdem im vorausgehenden 5. Jahrhundert ihre an imperialer Größe orientierte Außenpolitik 404 v. Chr. in die Katastrophe geführt hatte. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß Athens Machtstellung nach der Abwehr der Perser auch lange Zeit ein stabilisierender Faktor in der Poliswelt gewesen war. Athen hatte damals gleichsam die Funktion eines Schildes, der den Ägäisraum gegen die persische Großmacht abschirmte. Andererseits hat die athenische Machtentfaltung im 5. Jahrhundert dazu geführt, daß im Einflußbereich Athens der Widerspruch zwischen dem allgemein anerkannten Prinzip der Autonomie der einzelnen Poleis und der athenischen Herrschaftsorganisation, die der Stabi-

⁴⁶ Dazu im einzelnen *W. Schmitz*, Wirtschaftliche Prosperität, soziale Integration und die Seebundpolitik Athens. Die Wirkung der Erfahrungen aus dem Ersten Attischen Seebund auf die athenische Außenpolitik in der ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts v. Chr., München 1988.

⁴⁷ Vgl. E. Stein-Hölkeskamp (s. A 10), S. 226f.

⁴⁸ Eine gute Analyse der Vorgänge, die zur Errichtung oligarchischer Regimes in Athen 411 und 404 v. Chr. führten, bietet W. Nittel, Mischverfassungstheorie und Verfassungsrealität in Antike und früher Neuzeit, Stuttgart 1980, S. 75-84.

⁴⁹ Zu dieser Thematik vgl. jetzt im einzelnen die zahlreichen Beiträge in dem genannten Sammelband von W. Eder (s. A 41).

⁵⁰ Vgl. zu den genannten Maßnahmen P. J. Rhodes, Athenian Democracy after 403 B.C., Classical Journal 75, 1979/80, S. 305 ff.; M. H. Hansen, Athenian Nomothesia, Greek, Roman and Byzantine Studies 26, 1985, S. 345-371; ders., The Athenian Democracy in the Age of Demosthenes. Structure, Principles and Ideology, Oxford 1991, S. 140f., 161ff.; in der deutschen Übersetzung von W. Schuller, Berlin 1995, S. 145f., 167ff.

⁵¹ Entschieden zu pointiert ist eine diesbezügliche negative Beurteilung der Polis als Staatsform durch W. G. Runciman, Doomed to Exstinction: The Polis as an Evolutionary Dead-End, in: O. Murray / S. Brice (ed.), The Greek City from Homer to Alexander, Oxford 1990, S. 347-367, der die These vertritt, daß die politischen und sozialen Strukturen der Polis im 4. Jahrhundert v. Chr. obsolet geworden seien. Die seiner Ansicht nach »populistische« Polisideologie habe eine Konzentration von Macht in den Händen einzelner Personen, Familien oder Gruppen verhindert. Infolgedessen sei kein griechischer Stadtstaat ähnlich wie Rom oder Venedig Kristallisationspunkt weiträumiger Machtbildung geworden. Runciman verkennt, daß der Aufstieg Makedoniens keineswegs eine unausweichliche Folge angeblicher Fehlentwicklungen im griechischen Mutterland war.

lisierung des Attischen Seebundes diente, erhebliche Spannungen erzeugte, die Athen nicht zu überwinden vermochte, weil es als Polis letztlich doch nicht in der Lage war, die föderativen Strukturen seines Bündnissystems durch ein dichtes athenisches Verwaltungsnetz zu ersetzen. Insofern waren auch einer Großpolis Grenzen gesetzt, denn Athen konnte aufgrund der vorgegebenen Strukturen, die letztlich auf die Entstehung seiner Bürgergemeinde aus einer face-to-face-society zurückzuführen sind, 52 sich nicht zu einem großflächigen Territorialstaat oder zu einem »Reich« im Sinne eines politisch großräumig organisierten staatlichen Gebildes mit Bürgern gleichen Rechtes entwickeln, da es sonst den Charakter einer Polis verloren hätte. Die Athener fühlten sich als Bürger einer Stadt, nicht aber als Reichsbürger, als sie die Ägäis beherrschten.

Vor dem gleichen Dilemma stand auch Sparta, die zweite Großpolis im griechischen Mutterland, die freilich von vornherein ganz andere Wege als Athen beschritten hatte. Auch Sparta stieß auf der Höhe seiner Macht an Grenzen der politischen Möglichkeiten eines Polisstaates. Durch das System der Helotie, d. h. durch die permanente Unterdrückung unterworfener Landbevölkerungen schien zwar - so absurd dies klingen mag – die Gemeinschaft der Vollbürger in geradezu idealer Weise verwirklicht worden zu sein, weil alle Spartiaten praktisch der Erwerbstätigkeit enthoben waren und infolgedessen jederzeit ihre politischen Rechte und Pflichten ausüben konnten, doch verhinderte dies andererseits, daß die Bürger Spartas und die Bewohner der Landgebiete zu einer politischen Einheit zusammenwuchsen. Durchgreifende Reformen waren in Sparta gar nicht möglich. Um eine Integration der unfreien Landbevölkerung zu erreichen, hätte man die Helotie beseitigen müssen, aber dies kam den Spartiaten nicht einmal als Gedankenspiel in den Sinn.⁵³ Die verkrustete spartanische Gesellschaftsordnung entsprach nach den Perserkriegen und vor allem nach dem Ende der athenischen Großmachtstellung 404 v. Chr. nicht mehr den historischen Herausforderungen, so

daß Sparta den Aufgaben einer hellenischen Führungsmacht nicht genügen konnte.⁵⁴ Aus der Sicht der Spartaner war aber gerade ihr traditionelles System der Garant des Sieges über Athen gewesen. Diese Einstellung verhinderte Reformen, und Sparta konnte infolgedessen über die Peloponnes hinaus auf Dauer kein stabilisierender Machtfaktor werden. Dies hatte tiefgreifende Folgen für die gesamte griechische Staatenwelt. Die spartanische Hegemonie endete schon 371 v. Chr. im Kampf gegen Theben; in den fünfziger Jahren des 4. Jahrhunderts begann bereits der Aufstieg Makedoniens, der zur Dominanz des monarchischen Prinzips im östlichen Teil der Alten Welt führte. Vielfache Bemühungen um einen allgemeinen Landfrieden hatten in dem polyzentrischen System der griechischen Polisstaaten keinen dauerhaften Erfolg gehabt.⁵⁵ Dennoch waren weder die Entstehung des fast dreißigjährigen Peloponnesischen Krieges noch die Errichtung der makedonischen Hegemonie in Griechenland Ergebnisse zwangsläufiger Entwicklungen. Der Weg in die Niederlage der Athener und der Thebaner gegen Philipp II. von Makedonien bei Chaironeia 338 v. Chr. war keine unausweichliche Folge struktureller Defizite der Polis als Staatsform. 56 Die Poliswelt, die 480/79 v. Chr. immerhin den Großangriff einer Weltmacht zurückgeschlagen hatte, unterlag ja nicht in einem Wettkampf der Systeme der makedonischen Dynastie. Eine Analyse der Ursachen des makedonischen Sieges bei Chaironeia hätte jedenfalls eine Reihe von kontingenten Faktoren zu berücksichtigen.

Im übrigen bedeutete die damals beginnende makedonische Suprematie noch nicht das unwiderrufliche Ende der Polisautonomie.⁵⁷ Zu einem kommunalen Gebilde wurde die Polis endgültig erst im Römischen Reich. Gleichwohl besaßen die griechischen Städte auch im Imperium Romanum ihr eigenes Gepräge. Sie erfüllten als Teile einer politischen Großorganisation wichtige Funktionen im lokalen Bereich und konnten so ein gewisses Eigenleben entfalten. Das Ende der Polis, die seit alters eine politische und kultische Gemeinschaft gewesen war, kam erst im 4. Jahrhundert n. Chr. mit dem Ende der alten Religion,⁵⁸ doch blieb das Griechentum im Osten des Imperium

⁵² Mit dem Begriff »face-to-face-society « hat P. Laslett, in: P. Laslett (ed.), Philosophy, Politics and Society, Oxford 1956, S. 157ff. dörfliche Verhältnisse im vorindustriellen England bezeichnet. M. I. Finley, Democracy Ancient and Modern, London 1973, S. 17, hat diesen Terminus auf griechische Polisgemeinschaften übertragen. Zu beachten ist freilich, daß eine Großpolis wie Athen im 5. Jahrhundert v. Chr. nicht mehr eine Kleingesellschaft darstellte, in der sich die Mitglieder noch persönlich kannten. Wohl aber kann »face-to-face-society« gleichsam als Chiffre für die Verhältnisse in der Entstehungszeit der einzelnen Poleis dienen.

⁵³ Eine Helotenbefreiung in größerem Umfang zur Auffüllung der Bürgerschaft wurde erst um 200 v. Chr. in der letzten Phase der selbständigen Geschichte Spartas von dem »Tyrannen« Nabis vorgenommen, doch wurde hierdurch nicht die Helotie beseitigt. Von der Maßnahme des Nabis zu unterscheiden sind die Rekrutierungen von Heloten zum Waffendienst zwischen 424 und etwa 370 v. Chr. durch die Polis Sparta sowie 322 v. Chr. durch den »Reformkönig« Kleomenes III. im Kampf gegen den militärisch überlegenen makedonischen Herrscher Antigonos Doson. Die Heloten wurden in diesen Fällen zwar emanzipiert, aber nicht in die Bürgerschaft aufgenommen. Es handelte sich um militärische Notmaßnahmen ohne dauerhafte Auswirkung auf die Staats- und Gesellschaftsordnung Spartas. Zum Problem der Helotie generell vgl. den Überblick von I. Ducat, Les Hilotes, Athen 1990.

⁵⁴ Eine informative Analyse der demographischen und gesellschaftlichen Probleme Spartas bieten P. Cartledge, Sparta und Lakonia. A Regional History 1300-362 B.C., London etc. 1979, S 307ff. Vgl. auch dens., Agesilaos and the Crisis of Sparta, London 1987, zur Rolle des Agesilaos in entscheidenden Phasen spartanischer Machtpolitik im frühen 4. Jahrhundert.

⁵⁵ Dazu ausführlich M. Jehne, Koine Eirene. Untersuchungen zu den Befriedungs- und Stabilisierungsbemühungen in der griechischen Poliswelt des 4. Jahrhunderts v. Chr., Hermes Einzelschriften 63, Stuttgart 1994.

⁵⁶ Andererseits ist freilich zu beachten, daß in der athenischen Außenpolitik des 4. Jahrhunderts die Erinnerung an Glanz und Größe Athens im 5. Jahrhundert zu einer Überschätzung der eigenen Ressourcen und Möglichkeiten führte. Vgl. dazu jetzt E. Badian, The Ghost of Empire. Reflections on Athenian Foreign Policy in the Fourth Century B.C., in: W. Eder (s. A 41), S. 79-106.

⁵⁷ Zur Bedeutung der Polis in hellenistischer Zeit vgl. jetzt die konzise Analyse von E. S. Gruen, The Polis in the Hellenistic World, in: R. M. Rosen / J. Farell (ed.), Nomodeiktes. Greek Studies in Honor of Martin Ostwald, Ann Arbor 1993, S. 339-354.

⁵⁸ H. Bengtson, Kleine Schriften zur Alten Geschichte, München 1974, S. 236.

Romanum wesentlicher Bestandteil der geistig-kulturellen Grundlagen des byzantinischen Reiches und wirkte auch von dort aus wieder zurück auf den Westen, während die Vermittlung durch arabische und jüdische Gelehrsamkeit andere Wege gegangen ist.

Zum Verständnis der großen historischen Fernwirkung des auf dem Boden der Polis entstandenen politischen Denkens der Griechen ist freilich vor allem zu beachten, daß die griechische Polis und die urbs Roma dem gleichen Typus des mediterranen Stadtstaates zuzuordnen sind. Selbstverständlich sind hier auch erhebliche Unterschiede zu konstatieren, und zwar nicht nur in den politischen und gesellschaftlichen Strukturen, sondern auch in der Konzeption politischer Partizipation. 59 Während in der Polis vor allem in der demokratischen Polis - im Zentrum des politischen Freiheitsdenkens die Teilhabe an der Entscheidungsfindung stand, war für den einfachen Römer ein wesentlicher Aspekt der Freiheit die Rechtssicherheit. Sowohl in Griechenland als auch in Rom gewannen aber die Bürger ihre politische Identität durch ihre Zugehörigkeit zu dem politisch-rechtlichen Verband ihres Staates. Politische Theorien der Griechen und römisches Staatsdenken konnten auf dieser Basis eine fruchtbare Verbindung eingehen. In der griechischen Polis sind erstmals Systeme und Theorien der politischen Selbstbestimmung freier Gemeinwesen entwickelt worden. Dies sichert der Polis ihren unverlierbaren Rang in der Universalgeschichte. Andererseits hat aber die Polis ihre Fernwirkung nicht zuletzt dem Römertum zu verdanken, das es verstanden hat, unter seiner Herrschaft einen kulturellen Kosmos reifen zu lassen. Die Entwicklung einer mediterranen Weltkultur, die bereits im Hellenismus begann, kam erst durch die Zusammenfassung der Mittelmeerwelt unter römischer Führung zum Abschluß. Auch im Weltreich der Caesaren geriet das Bildungsgut der Klassiker der politischen Theorie der Griechen nicht völlig in Vergessenheit. So konnten Denkmodelle griechischen Ursprungs nach einem langen Transformationsprozeß wieder neue Aktualität im politischen Denken der Neuzeit gewinnen. Es mag genügen, in diesem Zusammenhang auf die Lehre von der Gewaltenteilung zu verweisen, die heute als unverzichtbare Bedingung für die Sicherung der Freiheit des Individuums gilt, in der Antike indes noch nicht konzipiert wurde. Ferner Bezugspunkt dieser Lehre ist jedoch das Konzept der sog. Mischverfassung, die der griechische Historiker Polybios im 2. Jahrhundert v. Chr. in Rom realisiert sah. 60 Er deutete diese Verfassungsform als eine Art System von checks-and-balances, dessen Ziel u. a. die Garantie der libertas, d. h. der Freiheit des Bürgers war. 61

Kann aber angesichts einer großen historischen Distanz dem Bürger einer modernen Demokratie die griechische Polis überhaupt noch etwas bedeuten, ganz davon abgesehen, daß es in jener wichtigsten Staatsform der Griechen Phänomene gab, die für uns Heutige kaum noch verständlich sind? Zu nennen sind hier noch einmal die Dichotomie der Gesellschaft in Freie und Sklaven und die Ausgrenzung der Frauen aus dem politischen Leben. In diesen Punkten stieß aber in der antiken Welt nicht nur die Polis an ihre Grenzen, und wir können vom antiken Menschen nicht etwas verlangen, was seine Vorstellungsmöglichkeiten sozusagen transzendiert hätte. Politische Modelle für die Gegenwart kann die Antike ohnehin kaum bieten. Sicher, Athen besaß zwar nahezu zwei Jahrhunderte eine im ganzen funktionierende Polisordnung, doch kopieren ließe sich dieses System unter den heutigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen natürlich nicht. Moderne Staaten und Städte können schwerlich durch Voten aller Bürger prinzipiell alle öffentlichen Angelegenheiten entscheiden lassen und von ihnen ein entsprechendes politisches Dauerengagement erwarten. 62 Beachtenswert ist aber, daß Demokratie in Athen möglich war, weil die Bürger im öffentlichen Leben sich nicht als Repräsentanten von Segmenten der Gesellschaft betrachteten, sondern sich als Teile des größeren Ganzen ihrer staatlichen Gemeinschaft empfanden. Die Voraussetzung hierfür war Verantwortungsbewußtsein für den politisch-rechtlichen Gesamtverband des Gemeinwesens. Eben dies ist auch für moderne Demokratien unverzichtbar. 63

⁵⁹ Vgl. K. Raaflaub, Freiheit in Athen und Rom: Ein Beispiel divergierender politischer Begriffsentwicklung in der Antike, Historische Zeitschrift 238, 1984, S. 529-567; W. Nippel, Bürgerideal und Oligarchie. »Klassischer Republikanismus« aus althistorischer Sicht, in: H. Königsberger (Hrsg.), Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit, Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 11, München 1988, S. 3 f., sowie W. Nippel, Ancient and Modern Republicanism: » Mixed Constitution « and » Ephors «, in: B. Fontana (ed.), The Invention of the Modern Republic, Cambridge 1994, S. 11ff.

⁶⁰ Polybios 6, 11, 11ff.

⁶¹ Vgl. W. Nippel, Politische Theorien der griechisch-römischen Antike, in: H.- J. Lieber (Hrsg.), Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn 1991, S. 39 ff.

⁶² Vgl. M. I. Finley (s. A 52), S. 36. - Zur Problematik des Vergleichs griechischer und moderner Demokratien vgl. I. Bleicken, Die athenische Demokratie, 2. Auflage, Paderborn etc. 1994, S. 423 – 434, 581-584, sowie M. G. Schmidt (s. A 30), S. 28 ff.

⁶³ Daß die Alte Geschichte durchaus Paradigmen zur Intensivierung demokratischer Partizipation liefern kann, betont mit Recht M. Stahl, Auf der Suche nach dem Fundament: Der athenische Bürgerstaat und die Demokratie in der Gegenwart, Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 47, 1996, S. 420-426.

Manfred Sack

Bauen in der alten Stadt*

Alle, sagen wir: nahezu alle alten Städte, vor allem diejenigen, die das gnädige Schicksal vor den Bomben des Krieges bewahrt hatte, wollen sich doch am liebsten so erhalten, wie sie sind. Möglichst unverändert, also möglichst so alt wie jetzt, schon weil das dem Ruf und auch dem Tourismus so erstaunlich dienlich ist. Und wenn es nach ihnen ginge - und erst recht nach dem Votum ihrer Einwohner -, müßte man sie einmotten, in Klarsichthüllen füllen und ein Schild davor postieren: »Achtung! Jede Veränderung bei Lebensgefahr und Rufmord untersagt!«

Natürlich, so ein Ort wie Rothenburg ob der Tauber – um das womöglich allerplakativste Beispiel zu nennen -, solch ein Ort lebt von seinem alten Bild. Seinetwegen kommen Besucher aus aller Herren Länder herbeigereist. Keinen will man mit etwas Neuem, womöglich Modernem erschrecken oder gar abschrecken, keinem die Illusion rauben: von einer wenigstens hier scheinbar stille stehenden Zeit. Eigentlich wundert einen dabei, daß die Einwohner es dann nur an einigen Heimatfest-Tagen über sich bringen, sich auch so zu kleiden wie ihre Häuser, und es bei Trachtenumzügen, Volkstänzen und historischen Reiterspielen und Märkten belassen, statt sich ständig so zu zeigen, wie sie ihre alten Städte zu zeigen so beflissen sind.

Damit wir uns nicht mißverstehen: Ich liebe diese alten Städte auch, die herausgeputzten wie die verwitterten, und ich bekomme darin auch Anwandlungen von Rührung und Staunen. Manchmal wünsche ich mir sogar, alle unsere lernenden und gelehrten Stadtplaner, die man ja, wenn man es gut mit ihnen meint, Städtebauer nennt, daß sie alle sich in die Grundrisse solcher alten Städte vertiefen, um daraus Anregungen für das zu saugen, was ihnen jahrzehntelang so danebengegangen ist: das Schaffen, das Bilden von Stadt-Räumen, von Plätzen, die Führung von Straßen. Gewiß sind die meisten dieser alten Stadtpläne auf keinem Reißbrett entstanden und eher vulgären Vorkommnissen zu verdanken: Grundbesitz und Spekulation, Neid und Angeberei, und sich alles dann irgendwie arrangiert hat. Aber es gibt auch Städte, in denen die Grundstücke streng parzelliert waren und gerade deswegen ihre geheimnisvolle zeitlose Ordnung bekommen haben; zum Beispiel Lübeck, wo diese Parzellierung in der Straße mit dem Namen Große Petersgrube dazu geführt hat, daß sich nebeneinander

die ganze Baugeschichte darstellen konnte, ohne sich zu stören. Und so stehen neben gotischen Häusern klassizistische, neben barocken moderne der Zwanziger und etwas modische aus den achtziger Jahren, und dank dem alles bindenden Maß gehören sie visuell zueinander.

Und wahrscheinlich kommt manch einem dann und wann das Wörtchen »schade« über die Lippen: Schade, daß wir die Herren Benz und Diesel, Daimler und Ford hatten, weil wir unsere alten Städte für ihre Erfindungen zurechtmachen mußten. Nicht so schlimm war es mit der Erfindung der Herren Watt und Stephenson, weil ihre Eisenbahn einen Bogen um die Altstädte zu machen pflegte und dahinter, also draußen erst, die neuen, die Neustädte entstehen ließ.

Nein, wir sind sehr inkonsequent mit dem Bewahren und dem Leben im und mit dem Bewahrten oder dem zu Bewahrenden. Ich muß immer an Otto Borst denken: »Das Prinzip, alles für immer zu konservieren, ist ein Traum«, so schrieb er, »und nicht einmal ein schöner.« In Wirklichkeit verändere sich doch alles. »Nichts, was geschaffen wurde, hat dem Gang der Geschichte je standhalten können. Auch das Kunstprodukt Stadt hat sich verändert. «1 Aber oft wollten wir das nicht wahrhaben, dann spielten wir die Historie nach. Wie komisch fand er, wenn es dann, wie einmal in Spanien, fünf Tote bei einem »Historienspiel« gegeben hat und der Todesvermerk geheißen hat: »Gestorben bei einem Ritterspiel« - zum Ausgang des 20. Jahrhunderts!² Und unser Konzertleben? Reine Denkmalpflege!

Es ist ja Merkwürdiges mit uns geschehen. Seit sich im vorigen Jahrhundert die Geschichtswissenschaft etabliert und gleich ganz unheimlich in allen Wissensgebieten entfaltet hat, seit wir die Akten und das Alte, die Historie wie alles Historische so gut kennen wie niemals zuvor, seit wir also merken, wieviele Kulturen versunken, wieviel Fertigkeiten wir verlernt haben und zur Zeit vermutlich schneller verlernen als je zuvor, seit uns aber auch bewußt ist, wie gut die Alten waren, haben wir an Selbstvertrauen verloren. Was wir auch machen, bauen, erstreben: alles schon einmal dagewesen, und in welcher Qualität! Warum wohl all die Neu-Stile, die Neuromanik, -gotik, die Neurenaissance und das Neubarock? Ich erinnere mich an die Rechtfertigung, die der Luxemburger Baukünstler Léon Krier zu seinem extrem klassizistischen Entwurf für den Neubau eines Stadtviertels in Berlin-Tegel beigegeben hat. Es hätte alles schon gegeben, wir könnten nichts besser, nur meist schlechter machen; also sei es tunlich, sich bei den Alten in die Lehre zu begeben und ihnen und ihrer Formenwelt nachzueifern, genauer: sie nachzumachen. Kapitulation vor der Gegenwart – was auch heißt, daß uns nichts bliebe, als uns selber aufzugeben.

Wer sich nun »bei den Leuten« umhört, wird darauf ein erstaunlich zustimmendes

^{*} Schriftliche Fassung des Vortrags, gehalten von Manfred Sack im Rahmen der Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt zum Thema »Bauen in der alten Stadt« vom 13.–15. September 1996 in Lüneburg.

¹ Vgl. O. Borst, Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben, in: Die alte Stadt 15 (1988), S. 1-22.

² Ebda., S. 6.

Echo vernehmen. Alle Rekonstruktionen im Lande, die so viel Aufsehen erregt haben, sind nicht zuletzt entstanden, weil sie den Beifall des städtischen Publikums erhalten, wo auch immer: Ob am Römerberg zu Frankfurt am Main, wo die Rekonstruktion der alten Fachwerkzeile übrigens auch entstanden ist, weil die Architekten, obwohl auch zu modernen Alternativen aufgerufen, von vornherein resigniert und ihre erfinderische Aufgabe nicht ernst genommen hatten - eine Niederlage der zeitgenössischen Architektur. Oder ob in Hildesheim, wo die Stadtverwaltung schließlich vor einer nicht nachgebenden Bürgerbewegung kapitulierte und Alt-Hildesheim wieder aufrichten ließ, mit dem Knochenhauer- und dem Bäckeramtshaus; es hat sie kein bißchen bekümmert, daß die anderen, den Markt in seinen alten Konturen begrenzenden Häuser nur historisierende Fassaden haben, dahinter nichts als Stahlbeton und Plastik. Aber man wollte ja auch gar nichts anderes haben als das Bild, das alte Bild, nicht Architektur. Es war egal, was hinter dem, was dem Auge zugänglich ist, geschieht.

Und so ist es überall, auch in Braunschweig, auch in Weimar, und in vielen anderen Städten: reine Camouflage, reine Irreführung, ein Täuschung, eine Art von Geschichtsheuchelei, im Prinzip so haarsträubend wie der Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche, der ja zugleich die Vernichtung eines der malerischsten, erschütterndsten Mahnmale unseres Landes verlangte. Die Frauenkirche soll ja nicht deshalb wieder entstehen, weil die Kirchengemeinde ihr Gotteshaus dringend wieder brauchte, sondern weil man die Kuppel für das Stadtbild zu brauchen glaubt. Natürlich, diese wunderbare, weltberühmt gewesene Vedoute! Am Ende nichts weiter als ein Hilfsmittel zur ästhetischen Korrektur der Stadtsilhouette, zur Korrektur der ehemaligen mörderischen Kriegstreiberei, die ja immerhin unser Land angezettelt hatte. Und das Treiben geht fröhlich weiter, etwa in Berlin, wo sogar die Architekten ihrem Heiligen zu Füßen liegen und Schinkels Bauakademie wiederholen lassen wollen – dabei beflissen übersehend, daß Schinkel niemals so gehandelt hätte.

Und nun erst in Ostdeutschland! Gar keine Frage: die rekonstruierte Historie ist in Mode. Lauter Fluchtbewegungen. Und mit historischen Gebäuden, vor allem in ihrer Neuauflage, läßt sich doch oft auch mehr Rendite erwirtschaften als mit neuen, die so schnell in die Kategorie der Kisten oder Kästen oder Betonklötze fiele. Es geschieht ja, daß Leute ein Backsteinhaus, das ihnen zu modern erscheint, als einen Betonklotz verfluchen. Wer begreift schon, daß die Stadt, welchen Alters und welchen Zustandes auch, keinen Zustand darstellt, sondern einen Prozeß, ein geschichtliches, unaufhörlich wieder Geschichte erzeugendes Kontinuum, das man nicht anhalten kann, aber das man regulieren muß. Wir müssen uns freilich auch von dem Irrtum frei machen, die gebaute Vergangenheit sei unantastbar. Auch Gebäude haben ein Leben, das eines Tages zu Ende geht, auch Gebäude müssen ein Recht haben, zu sterben - so wie es unser Recht ist, neue Häuser in neuer, nach unserer Art zu errichten. Es sind nicht alle Gebäude allesamt und a priori heilig, aber wir müssen uns klar darüber sein, daß sie unersetzlich sind.

Zugleich sollte es selbstverständlich sein, daß wir uns mit der Architektur unserer Gegenwart nicht in die Geschichte hinwegflüchten, sondern bauen, wie die Gegenwart es verlangt, auch in der alten Stadt. Und wie? Damit sind wir bei der unaufhörlichen Frage, die in der Formulierung versammelt ist: »Neues Bauen in alter Umgebung«. Aber, hatte da einmal der Münchner Architekt Werner Wirsing zu bedenken gegeben: Immer bauen wir in einer Umgebung, ob in der Stadt, ob auf dem Lande, ob in der Landschaft, immer ist dort schon etwas, das wir Umgebung nennen und auf die uns zu beziehen wir selbstverständlich verpflichtet sind: Ieder gute Architekt reflektiert die Umgebung, reagiert mit seinem Entwurf darauf, wie auch immer. Also, sagte Werner Wirsing, könnten wir den Slogan eigentlich so formulieren: »Neues Bauen«, wenn »in alter Umgebung« doch bloß tautologisch ist. Und weiter: Ist aber nicht alles Bauen »neues« Bauen? Also ließe sich die Formulierung »neues Bauen in alter Umgebung« auf ein Wort reduzieren: »Bauen«.

Aber wie! Soll man sich dem, was drum herum schon gebaut steht, unterwerfen? Ihm sich fügen, also, wenn man ganz brav wäre, es irgendwie nachahmen, wenigstens nachempfinden, vielleicht das eine oder andere Detail zitieren? Oder aber sollen wir selbstbewußt sagen: es sei prinzipiell nur in der architektonischen Ausdrucksweise von heute tunlich, also: »modern«?

Von meiner Ansicht jedenfalls möchte ich kein Geheimnis machen: Wir sind, so glaube ich, vor der Geschichte verpflichtet, uns darin zu behaupten, uns darin mitzuteilen. Das ist nicht einfach, man muß es lernen. Und tatsächlich gelingt es nur den Könnern so, wie wir es uns wünschen sollten. Es gibt kein Rezept dafür, es gibt nur allgemeine Verhaltensempfehlungen wie etwa die, die mir am angenehmsten und am überzeugendsten ist. Was ich meine, lasse ich am liebsten durch den amerikanischen Architekten Charles Moore sagen, der, bevor er ein schwer zu ertragender Postmoderner geworden war, ein kluger, ein feinfühliger und geschmackssicherer Moderner gewesen ist und das einmal bei einer ganz frühen Bemühung um die Erneuerung eines Stadtquartiers in Berlin-Kreuzberg bewiesen hatte, lange bevor sich die IBA, die Internationale Bauausstellung Berlin sich des Stadtteils tatkräftig und vorbildlich angenommen hatte. Damals hatte er, was ich meine, auf den Punkt gebracht. Er sagte: »Lediglich dem Neuen Einhalt zu gebieten und das Alte zusammenzuhalten, kann keineswegs als eine attraktive Strategie für die Zukunft angesehen werden, ebensowenig wie es die vergangenen Zeitströmungen waren.« Und nun folgt sein Credo: »Architekten müssen glauben, daß Imagination, nicht Restriktion die Städte der Zukunft bewohnbar machen wird. Wir brauchen immer noch eine neue Architektur, aber jetzt eine mit einer Erinnerungs, ganz so wie ihre Bewohner ein Erinnerungsvermögen haben.« Diese Architektur müsse folgende Züge aufweisen:

Erstens: »Rücksichtnahme auf umliegende Gebäude und « – ganz besonders in alten Städten wie Lüneburg, Lübeck, Bamberg, Regensburg wichtig - »auf die Stadtstruktur und auf menschliche Erfahrungen.«

Zweitens: »Vertrauen auf ihren eigenen Wert, so daß sie nicht die Sünde begeht, sich selbst zu verlieren (und somit das Selbst der Bewohner herabzusetzen).«

Drittens: »Verknüpfung, so daß diese Architektur nicht den Fehler macht, sich zu isolieren und stumm zu werden.«

Gemeint ist bei all dem die Integration des Neuen in das Alte. Nein, keine leichte Sache, zumal da das Verlangen nach Rücksicht und Erinnerung in der neuen Architektur leicht zu verwaschenen Äußerungen führt. Oft sind sie durch Gestaltsatzungen verursacht worden, die ja nicht dafür formuliert worden sind, das Beste herauszufordern, sondern nur um das Schlimmste zu verhindern. Und so steckt in jeder Altstadtsatzung auch latent die Gefahr zu Selbstverleugnung und Mittelmäßigkeit. Was alles hat das schon in vielen unserer alten Städte verdorben, diese scheinbar niedliche, in Wirklichkeit unerträgliche Geschichtsfolklore, die nichts ist, nicht alt und nicht von heute, ein Mischmasch, ein Nichts, eine Architektur, die die Herausforderung der Umgebung nicht wirklich begriffen – und keinen Stolz hat. Es hat bei diesen Entwerfern, salopp gesagt, »nicht gefunkt«. Erstaunlich! Denn Charles Moore hatte ja noch eine andere Erfahrung mitgeteilt, nämlich »daß Bindungen zu Innovationen anregen«.

Was er damit meint, zeigt zum Beispiel ein Blick auf das Chilehaus in Hamburg. Es hätte niemals seinen immer wieder voreilig als maritimen Symbolismus mißdeutenden Bug, seine wirklich scharfe spitzwinklige Ecke erhalten, wenn nicht das Grundstück so beschaffen gewesen wäre (und wenn der Architekt Fritz Höger dem nicht mit feiner Hinterlist ein bißchen nachgeholfen hätte). Oder: Der Architekt Harald Deilmann hätte nie die halsbrecherische Anpassungsarchitektur an der Korngasse in Münster in Westfalen gewagt, in Sichtbeton, wenn die giebelige Umgebung sie ihm nicht geradezu oktroviert hätte – und vermutlich hätte er dieses Glanzstück einer Anpassungs-Architektur sonst auch gar nicht zustande gekriegt, wie prinzipiell umstritten das Ergebnis unter couragierteren Architekten auch ist. Und weiter: Ohne die Satteldachumgebung am Milchmarkt zu Schwäbisch Hall wäre auch niemals das wunderbar proportionierte, unglaublich poetische, feingliedrige, rundum in Glas gehüllte Modehaus zu seiner Gestalt gekommen: einem Quader mit einem Satteldach, ein Gebäude also, das sich, wie Moore es sich gewünscht hatte, »erinnert«, aber die Vergangenheitsformen ringsum nicht als Aufruf zur Imitation verstand, »sondern als ein Erfüllung versprechendes Sprungbrett in eine Architektur, die man bewußt erleben kann und in der (und mit der) man voll Freude lebt«. Alles, was dieses Gebäude schmückt, dient ihm auch, so wie der geradezu malerische Sonnenlamellenvorhang an der einen Seite. So etwas setzt, selbstverständlich, so erstklassige Architekten wie das Büro Mahler, Gumpp und Schuster aus Stuttgart voraus, denen dieses Haus zu danken ist, solche mit Selbstbewußtsein, Können und Courage.

Manche Architekten sind durch derlei Baukunststücke sogar berühmt geworden. Einer der ersten, die das »neue Bauen in alter Umgebung« oder viel direkter sogar »neue Architektur an und in alten Bauwerken« praktiziert haben, war der Kölner

Gottfried Böhm. Sein erstes Glanzstück: das Rathaus von Bensberg, gekrönt von einem expressionistisch gekanteten Stahlbetonturm. Welch ein Geschrei hatte es damals darüber noch gegeben! Er hatte noch etliche solcher Aufgaben erfüllt: auf der Kauzenburg, der Godesburg, am glanzvollsten aber wohl beim Schloß in Saarbrücken, wo die Landesregierung ursprünglich vorgehabt hatte, den renovierungsbedürftigen, von den Zeitläufen ziemlich ramponierten Komplex originalgetreu zu restaurieren, nein: zu rekonstruieren. Tatsächlich: das barocke Schloß des Baumeisters Stengel vom Ende des 18. Jahrhunderts für die Verwaltung von sechs Städten, und auf den Tischen lauter Computer, Böden und Decken voller Kabel! Böhm hatte damals einen Alternativvorschlag zum Wettbewerb eingereicht - und der hatte wunderbarerweise auch den Beifall der gescheiteren Denkmalpfleger erhalten, und so ist er tatsächlich gebaut worden: das Schloß weniger als ein Bau- denn ein Geschichtsdenkmal mit all den Zeichen der Entstellung, die ihm von Napoleon an zugefügt worden sind. Es wurde, wo es sich empfahl, auch tatsächlich restauriert, vor allem wurde ihm ein neuer Mittelrisalit eingefügt, nach dem Entwurf von Gottfried Böhm aus Beton, Stahl, Glas, gewissermaßen ein Leuchtturm der Gegenwart.

Der andere hochgepriesene Meister dieses Metiers ist Karljosef Schattner in Eichstätt. Nicht, daß sein Bauherr, der Bischof, ein Architekturliebhaber gewesen wäre, das beileibe nicht; aber Schattner hat ihn sich vor allem in Gestalt des für das Finanzressort zuständigen geistlichen Herrn gleichsam peu-à-peu erzogen, ihn mit zeitgenössischer Architektur bekanntgemacht, ihm beispielsweise Bauwerke vor Augen geführt und auf diese Weise etwas ganz Einzigartiges zustandegebracht. Er hat seinen Bauherrn für eine strikte Gegenwartsarchitektur gewonnen und in der alten Bischofsstadt so modern wie nur möglich gebaut. Und damit doch gar nicht anders gehandelt als seine Vorgänger, als die Architekten Engel, Gabrieli und Pedetti im 17. und 18. Jahrhundert beim Wiederaufbau der vom Feuer verwüsteten Stadt. Wichtig war: Sie errichteten eine damals knallmoderne barocke Stadt - aber auf dem mittelalterlichen Grundriß. Sie bauten, wie ihre Zeit es wollte. Sie unterwarfen sich nicht der Geschichte, aber sie respektierten die Erinnerung an sie. Und nicht anders ist Schattner zu Werke gegangen. Als immer mehr kundige Besucher in die kleine Stadt strömten, begriffen auch der Bischof und sein Nachfolger, daß Beispielhaftes mit ihrer kleinen Diözesan-Metropole vonstatten gegangen sein mußte.

Hier kann man nun auch den in Dresden geborenen, jahrelang in Köln, nun aber auch wieder an der Elbe ansässigen Architekten Peter Kulka nennen und das Gebäude, das er für den sächsischen Landtag entworfen hat: ein Musterbauwerk, klar, in Maßen transparent, unübersehbar ein radikal moderner Bau mit poetischen Zügen, der dem Nachbargebäude vom Ende der zwanziger Jahre, dem er angefügt ist, gerade mit seiner Eigenwilligkeit die Würde erweist. Letztlich könnte man sagen, es sei nicht irgendein trefflicher »Stil«, sondern eher die richtige »Haltung«, mit der sich neue Gebäude wie dieses in die Umgebung alter Gebäude einfügen.

Wie aber macht man das, »richtig« zu bauen, zum Beispiel in Baulücken? Das ist wenn nicht gerade Kunst, so doch stets ein Kunststück, das der Architekt zu vollbringen hat. Abgesehen vom Wissen, das er sich aus der Geschichte zu holen aufgerufen ist, das Wissen von Stilprinzipien, Stilpraktiken, von handwerklichen Fertigkeiten, Materialien, konstruktiven Usancen und dergleichen mehr – abgesehen davon begibt sich jeder Architekt beim Lückenfüllen auf die Rutschbahn seines eigenen Geschmacks, seiner Phantasie. Kein Fachmann von nebenan, kein Kunsthistoriker, kein Konservator kann ihm dabei wirklich entscheidend helfen - oder helfen, sich zu entscheiden. Kaum eine Richtlinie weit und breit (sofern es nicht das mehr oder weniger strenge oder liberale Regelwerk einer Gestaltungssatzung ist, die zu überschreiten ihm meist zu empfehlen wäre), keine Analyse von, sagen wir: zwanzig Jahren kritischer Beobachtung von derlei Anstrengungen. Es gibt keine auch nur halbwegs gründliche oder brauchbare Lücken-Architektur-Theorie, nur immer wieder sehr allgemeine, unverbindliche, flüchtige, oft sehr subjektive Erörterungen, die Praktikern eigentlich nichts geben. Wer dazu ausersehen oder verdammt ist, eine Lücke zu füllen, ist im wesentlichen auf sich selber angewiesen. Und wie erst, wenn die Aufgabe lautet, ein altes Gebäude zu erneuern.

Welche Widerstände, welche hektischen Proteste, wenn die Bürger meinen, der Architekt vergriffe sich an einem mittelalterlichen Heiligtum wie dem Tübinger Kornhaus. Der Architekt, erfahren in diesem Metier wie kaum wer und von nachtwandlerischer Sicherheit bei der Auswahl der Mittel, wurde als Schänder dargestellt. Stahlsprossen in den alten Fenstern? Pfui Teufel, Holz muß her! Tatsächlich sind es solche Kleinigkeiten, an denen sich die Altstadt-Freaks ereifern, ohne das Ganze zu sehen, zum Beispiel sich darüber klar zu sein, daß dieses Kornhaus in den Jahrhunderten seiner Existenz doch oft und oft umgebaut worden ist, viel rücksichtsloser als es jetzt der Architekt Manderscheid zu tun vorhatte. Wieso also, da es keinen Originalzustand mehr zu erkennen und zu bewahren gab, nicht auch in Materialien kenntlich machen, daß die neuerlichen Veränderungen beim Umbau in ein Stadtmuseum aus unserer Zeit stammen?

Aber so ist das ja oft: die Radikalsten als die Restaurativsten, die Konservierer als die Progressiven. Schon wahr, es ließe sich wunderbar spotten über diese Paradoxie der Haltungen - wenn nicht klar wäre, daß die architektonische Gegenwart, namentlich die der sechziger bis achtziger Jahre bei ihrem Einzug in die alten Städte fast immer entgleist ist, unter gewaltigem Getöse. Bau-Unglücke der allergröbsten Art! Wie könnte man übergehen, daß das Vertrauen in die Hervorbringungen unserer Architekten so gebrochen ist wie wohl zu keiner früheren Zeit. Diese Scheußlichkeiten einer mißverstandenen, ursprünglich aller Ehren werten Architekturlehre des Funktionalismus nämlich, treffend einmal als »Bauwirtschafts-Funktionalismus« demaskiert, und dieser Horror vor seinen Vollstreckern ließen die Ressentiments gegen die Moderne sich zusammenballen. Und auf dem Höhepunkt dieser Aversion trat auf einmal der Denkmalschutz auf. Erinnern Sie sich? An das erst belächelte, dann ungläubig bestaunte Denkmalschutzjahr 1975? Haben Sie nicht erst neulich vom umwerfenden Erfolg des offenen Denkmalschutztages allüberall gelesen? Natürlich: der Lobpreis des Althergebrachten, der nun die Blicke der Verstörten vorwärts in die Vergangenheit lenkte.

Das europäische Denkmalschutzjahr 1975, von dem man anfangs vermutete, es werde genauso schnell langweilig werden wie alle angeordneten Aufmerksamkeitsfeste, wie der Tag der Milch und der des Nichtrauchers und der Tag des Baumes, ignoriert, verspottet - es wirkt bis heute, und manchmal deucht mich, es werde immer attraktiver. Und ie attraktiver der Denkmalschutz wird, desto schwerer regt sich das Vertrauen in alles »neue Bauen«. Namentlich die berühmten alten, zum Teil wie Lübeck sogar als ganzes geschützten, inzwischen sogar dem Weltkulturerbe zugerechneten Städte tun sich mit zeitgenössischer Architektur unendlich schwer. Die Bürger können sich nicht vorstellen, daß zwischen lauter Fachwerk- und verputzten Mauerwerksbauten eines aus Stahl und Glas stehen könnte. Undenkbar für sie! Eine geradezu frevelhafte Erwägung! Merkwürdig nur: wenn Gotik und Empire, Barock und 20er-Jahre-Moderne aufeinanderprallen, akzeptieren sie es. Das macht wohl der feine Vergangenheitsschleier, der sich mildernd über all dies ausgebreitet hat und sogar Bauten der klassischen Moderne einen Anschein von Patina gibt, entschärft und geadelt von den Zeitläuften oder verwandelt in Geschichte. Und Geschichte ist schön, Gegenwart ist anstrengend, wenn nicht unerträglich in Gestalt ihrer Architektur.

Das haben nicht zuletzt die drei Städte Bamberg, Lübeck und Regensburg erfahren müssen, als sie 1990 ziemlich verwegen ein »neues Bauen in alter Umgebung« mit einem gemeinsamen Architektenwettbewerb erstrebten. Kurz zuvor schon hatten sie »Grundsätzliches zur Altstadtsanierung« zusammengetragen, darin auch diese Passagen zu lesen waren: Bauen, heißt es da, dürfe »nicht zur unverstandenen Kopie verkommen«. Denn »auch in den zurückliegenden Jahrhunderten, in denen die Altstädte entstanden, gab es bei Neubauten kaum eine Kopie der überkommenen Umgebung... Somit existieren heute Altstädte, die eine Summe höchst verschiedener Einzelarchitekturen aus vielen Stilepochen darstellen«. Das aber sei leider heute anders. Und woran liegt es? Am Lobpreis des Alten - und an der schrecklich schnellen Akzeptanz von Kopien. Trotzdem probierten es die drei Städte, die seit 1973 eine Arbeitsgemeinschaft pflegen, mit drei sogenannten »Alltagsaufgaben«, nämlich in jeder der drei Städte eine Baulücke zu füllen, und zwar mit einer Architektur, die »im Kontext« Bestand zu haben verspräche, ohne sich zu verstellen. Drei interessante, in Maßen eigenwillige, aller Beachtung werte Entwürfe für drei interessante, sehr verschiedene, ungemein reizvolle Grundstücke. Ich erinnere mich noch an die Begeisterung der zwei Oberbürgermeister und der Regensburger Oberbürgermeisterin, der es gar nicht modern genug sein konnte: endlich eine ausgeprägte neue, keine tümelnde Architektur; mitten in Regensburg endlich ein frischer Luftzug, der durch das alte Gemäuer

fegen würde. Aber ach, bis heute, fünf Jahre danach, ist auch nicht eines der mutigen drei Projekte verwirklicht worden, gescheitert an der Zaghaftigkeit der Grundstückseigentümer, am Unmut traditionsbesessener Bürger, wohl auch an der Leidenschaftslosigkeit der lokalen Zeitungen. Nur der Lübecker Bauherr macht endlich Anstalten, den Entwurf der Kölner Architektenfamilie Schürmann zu bauen. Richtig, darunter ist derselbe Architekt, dessen Namen der »Schürmann-Bau« in Bonn trägt, der übrigens, wenn er eines Tages vollendet sein wird, zu den schönsten Bauwerken im Lande gehören wird.

Zurück zum Thema bleibt mir nur zu wiederholen, daß keine Fähigkeit so wichtig ist beim Lückenfüllen in alten Städten - überhaupt bei jeglichem »Neuen Bauen in alter Umgebung« - wie die, den rechten Maßstab zu finden und die treffende Proportionierung. Und keine Tugend ist so wichtig wie Behutsamkeit im Umgang mit dem, was existiert und zur Aura eines Ortes beiträgt. Alles andere ist zweitrangig, das Material zum Beispiel, wenn es nur instinktsicher und mit feinem Fingerspitzengefühl gebraucht wird. Kein Haus steht je für sich allein. Alle stehen prinzipiell in einem vorgefundenen, selten gewollten, oft für gewachsen gehaltenen, jedenfalls existierenden Zusammenhang – und eben dieser Zusammenhang einer Nachbarschaft, einer Straße, eines Platzes ist es, der sich den Bewohnern eingeprägt hat, unbewußt meist, und der das Bild zeichnet, an das sie sich gewöhnt haben. Tatsächlich gehört die Gewöhnung zu den wesentlichen Eigenschaften des Menschen, beeinflußt die Gewohnheit Wohlbefinden oder Unwohlsein. Deshalb möchten die meisten von ihnen am liebsten überhaupt nichts verändert sehen, deswegen fliegen sie so schnell auf die billigsten Kopien.

Trotzdem, schon um unserer Selbstachtung willen sind wir verpflichtet, uns, das heißt die Gegenwart unseres Daseins, in Bauten darzustellen. Schließlich wissen wir doch, daß wir uns an das, worüber wir uns gestern noch heiß geredet, auf das heftigste gestritten oder begeistert haben, schon zehn, zwanzig Jahre später gewöhnt haben werden. Stadt ist kein Zustand, nichts, das ein für allemal fertig wäre, sondern ein fortwährender, aber von uns zu regulierender Prozeß. Alles verändert sich, sogar das Alte, wie eifersüchtig wir es auch zu bewahren versuchen.

Übrigens: Immer denken wir, wenn wir vom neuen Bauen in alter Umgebung reden, an Gebäude. Es könnte auch der Fall eintreten, daß wir über den Verlust eines Gebäudes in Jubel geraten, weil die entstehende Bau-Lücke eine unerwartete Chance darstellt. Es könnte sein, daß eine Baulückenfüllung, an die wir wie selbstverständlich denken, auf einmal eine Baumlückenfüllung wird. Ein Wortspiel, das ich erklären will: Es gab ausgerechnet in New York eine Baulücke, in der 53. Straße zwischen der Fünften und der Madison-Avenue. Das war ein vierzehn Meter breiter und auch fast so tiefer Hof zwischen zwei hohen Gebäuden. Die Baulücke gehörte einem reichen Mann, dessen Name ihr dann mit vollem Recht gegeben wurde: Paley-Park, ein Geschenk an die New Yorker. Ein paar Stufen setzen den Garten von der Straße ab, rechts begrenzt ihn dorthin ein einfaches Gelaß, wo es etwas zu essen und zu trinken gibt, links eines für die Gartengeräte. Ganz hinten rieselt Wasser von einer sieben Meter hohen Wand so breit wie das Grundstück herab, sommers wie winters. Davor stehen in strenger architektonischer Anordnung Bäume, deren Schatten man in der Hitze sucht - kurzum: ein Rastplatz für Fußgänger, sogar Vögel hört man hier zwitschern. Ein Park also, ein nicht idyllisiertes Idyll, eine Art von Oasenbauwerk in alter Umgebung; keine Kopie von irgendetwas, sondern ein Original, eine gottvolle Erfindung.

Und wie nun enden? Ich erinnere mich eines schönen Gedankens, den der Komponist Igor Strawinskij zu seiner »Sinfonie in drei Sätzen« von 1945 notiert hat und der ziemlich genau das umschreibt, was mit unserem Thema gemeint ist und beinahe einen Tip gibt, richtig damit umzugehen. »Brahms«, so steht da zu lesen, »wurde sechzig Iahre nach Beethoven geboren. Der Abstand zwischen beiden ist in jeder Beziehung groß; sie kleiden sich nicht auf dieselbe Weise, aber Brahms folgt der Tradition Beethovens, ohne ihm dabei ein Stück seiner Kleidung zu entlehnen. Denn das Entlehnen einer Methode hat nichts mit dem Bewahren einer Tradition zu tun. Man ersetzt eine Methode durch eine andere (das heißt): Man knüpft an eine Tradition an, um etwas Neues zu machen.«

Ich glaube nicht, daß Strawinskij von Schinkel mehr gewußt hat als jeder Abiturient. Und was lesen wir bei ihm? - »Historisches ist nicht ... das Alte allein festzuhalten oder zu wiederholen, dadurch würde die Historie zu Grunde gehen, historisch handeln ist das ..., welches das Neue herbeiführt und wodurch Geschichte fortgesetzt wird.« Und schließlich der altbekannte Schlüsselsatz Schinkels, der das Motto für unsere Überlegungen hätte abgeben können: »Überall ist man nur lebendig, wo man neues schafft.«

Katharina Steib

Bauen in der alten Stadt als Dialogaufgabe

Wo auch immer ein verantwortungsvoller Architekt ein Gebäude plant, sei es in einer Landschaft oder in einem Stadtgefüge, so reagiert er mit seiner Planung auf das, was er vorfindet. Dabei spielt es eigentlich keine Rolle, ob die vorhandenen Bauten zwei, drei oder schon hunderte von Jahren dort stehen. Wie in einer Gesellschaft ist auch in einer Gebäudestruktur das korrekte Verhalten des Neulings von seiner Bedeutung innerhalb der Gruppe abhängig. Stellt sich ein Wohnbau zu Wohnbauten, so wird er sich mit Vorteil unter seinesgleichen einfügen, wenn auch seine Kleidung durchaus seinem Alter, das heißt seinem Zeitalter, entsprechen darf. Ein öffentliches Gebäude jedoch soll im Kreise der schon Dastehenden ein der Bedeutung seiner Nutzung angemessenes Verhalten zeigen.

So wie es in jeder Gesellschaft besonders charmante Leute gibt, die sich spielend über jede Anstandsregel hinwegsetzen können und dürfen, so gibt es auch besonders geniale Architekten, denen überall quasi alles erlaubt ist. Aber grundsätzlich und im allgemeinen ist ein angemessenes Verhalten in der Gruppe eine gute Richtlinie.

Was hingegen unter Umständen den Architekten zur Verletzung der Anstandsregeln bringen kann, ist eine minderwertige architektonische Qualität der vorhandenen Bauten, auf die Rücksichtnahme nicht erforderlich ist und worauf man in einer Komposition nicht zu reagieren braucht, um diese Bauten weiterhin am Leben zu erhalten. Hofft und wünscht man doch, diese Bausünde würde möglichst bald abgerissen werden.

Wenn sich nun auch das Einfügen eines Neubaus in eine alte Struktur nicht grundsätzlich von irgendeiner anderen Bauaufgabe im neuen Umkreis unterscheidet, so verlangt hingegen der Umbau eines alten Gebäudes deutlich andere Entwurfsansätze als ein Neubau. Hier wird die Frage nach der Qualität des Vorhandenen zwingend, weil ohne Zerstörung kaum ein Eingriff möglich ist, besonders wenn ein Umbau mit einer Nutzungsänderung verbunden werden soll.

Die »alte Stadt« ist – sofern sie nicht ein rein museales Gebäude darstellt – ja immer auch eine »neue Stadt«. Sie ist belebt, sie entwickelt sich weiter. Und das wünschen wir uns auch für unsere alten Städte: daß die Vergangenheit in die Zukunft hinübergetragen werden kann.

Soll nun der Architekt in einem neuen Haus eine neue Umgebung für neue Tätigkeiten gestalten, so sieht er sich mit so gewichtigen Fragen wie zum Beispiel nach der Substanzerhaltung konfrontiert. Für das richtige Vorgehen gibt es keine abrufbare und

unfehlbare Gebrauchsanweisung. Höchstens Beispiele, gute und schlechte, die man analysieren kann. Jeder Umbau eines Denkmals ist ein Einzelfall und fordert eine individuelle Behandlung. Wichtig ist, daß sowohl Architekt wie Denkmalpfleger vor ihren gegenseitigen Aufgaben Respekt haben. Wird ein Umbau vor lauter Einschränkungen nur noch zum Gestotter, so wäre es besser, auf Umstrukturierungen zu verzichten und beim reinen Unterhalt zu bleiben. Andererseits ist auch schon oft etwas unnötig zerstört worden, was später bereut worden ist.

Prinzipiell bin ich dafür, in bestimmten Gebäudezonen dem »Neuen« den Vorrang und auch die nötige Freiheit zu geben und in Bauteilen mit wertvoller Bausubstanz nur sorgfältig zu restaurieren. Hierzu will ich im folgenden drei Beispiele aus zurückliegenden Arbeiten zeigen: 1. Umbau eines denkmalgeschützten Hauses (Paul Sacher Stiftung) am Münsterplatz in Basel; 2. einen Neubau in altem Kontext (Erweiterung des Historischen Museums im Landvogteischloß) in Baden bei Zürich; 3. einen Neubau im Kern der Altstadt (Bürgerhaus in Lörrach).

Abschließend werde ich dann noch ein mögliches Arbeitsvorgehen anhand einer uns momentan beschäftigenden Problemstellung zeigen. Es handelt sich um die Aufgabe, den Innenhof des Natur- und Völkerkundemuseums in Basel zu überdachen. Wir haben mit der eigentlichen Entwurfsarbeit jedoch noch gar nicht begonnen.

1. Paul Sacher Stiftung, Basel (1982-1985)

Zu den bedeutendsten Mäzenen der Stadt Basel gehören Dr. Paul Sacher und seine verstorbene Frau Maja. Er förderte die Musik, seine Frau die bildende Kunst. Maja Sacher hat an ihrem 80. Geburtstag der Stadt Basel das Museum für Gegenwartskunst geschenkt, das wir damals ebenfalls bauen durften. Der heute 90jährige Paul Sacher ist Dirigent. Er leitete das Kammerorchester Basel, das Collegium Musicum in Zürich, er gründete die Schola Cantorum in Basel und vergab im Laufe seines Lebens etliche



Abb. 1: Stich mit dem um 1845 erstellten klassizistischen Haus »Auf Burg« (rechts).





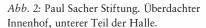




Abb. 3: Paul Sacher Stiftung. Überdachter Innenhof, Blick nach oben.

Kompositionsaufträge an zeitgenössische Komponisten. Bartok hat in seinem Hause komponiert, Martinu lebte dort bis zu seinem Tode, Strawinsky schrieb Werke für ihn.

Heute ist die Paul Sacher Stiftung ein Archiv und eine Forschungsstätte für Musik des 20. Jahrhunderts, Sie enthält Nachlässe und Manuskripte von Strawinsky, Anton Weber, Frank Martin, Ligeti, Berio, Boulez, Henze, Wolfgang Rihm, um nur einige der bekanntesten Komponisten zu nennen.

Das klassische Haus »Auf Burg« am Münsterplatz in Basel, um 1845 erstellt (vgl. Abbildung 1), haben wir für die Zwecke dieser Stiftung umgebaut. Nicht wegen der architektonischen Qualitäten seiner inneren Struktur war dieses Haus unter Denkmalschutz gestellt worden, sondern als Bestandteil des höchstgeschützten Ensembles der Stadt, der Rheinfront und dem Münsterplatz. Es gab im Inneren weder eine großzügige Eingangshalle, noch entsprechende Treppenaufgänge. Die wertvolle Substanz beschränkte sich auf einige gut proportionierte Stuben mit einfachem Stuck und schönen Öfen.

Wir unterscheiden zu restaurierende Gebäudeteile und gezielte neue Eingriffe. Mit der neuen Nutzung sollte das Haus einen gewissen Öffentlichkeitsaspekt erhalten. Der winzige Innenhof wurde zur neu gestalteten Eingangshalle. Klassizismus als Stil und Geisteshaltung versuchten wir zu ergründen, die entsprechende Atmosphäre einzufangen und in zeitgemäßer Form auszudrücken, ohne in eine Kopie von Versatzstücken zu verfallen (vgl. Abbildungen 2 und 3).

Am meisten freut mich, daß dieses Haus sich in seiner geistigen Substanz erhalten,

ja sogar weiterentwickelt hat. Vordem ein kultiviertes Privathaus - Carl Jacob Burckhardt, der Kommissar des Völkerbundes in Danzig ist in diesem Hause aufgewachsen, Charlotte Kestner, die Tochter von Goethes Lotte, verlebte darin ihre letzten Lebensjahre, Professor Werner Kägi schrieb im Eckzimmer gegen den Rhein sein Werk über Jacob Burckhardt - so finden heute in diesem Haus mit alter kultureller Tradition Musikforscher aus der ganzen Welt eine anregende Arbeitsatmosphäre. Es ist zu einer international bedeutenden Forschungsstätte für Musik des 20. Jahrhunderts geworden, die zum kulturellen Ansehen der Stadt Basel beiträgt. Ein Glücksfall: denn wie oft sind alte Häuser zwar als Bausubstanz erhalten geblieben, haben aber ihre Seele verloren.

2. Erweiterung des Historischen Museums der Stadt Baden (1989-1992)

Die Stadt Baden - noch heute mit einem geschlossenen, ziemlich unversehrten Stadtkern – liegt links des Flusses Limmat auf einem Hügel, dort, wo der Fluß vor Urzeiten die Kalkfelsrippen durchbrochen hat und so eine Stelle des Flußübergangs entstand.

Die Brücke als wichtiger Ort in Badens Geschichte, möglicherweise sogar Ursprung der Stadtgründung, wird bewacht vom stolzen Landvogteischloß, das seit Jahrzehnten als Stadt- und Heimatmuseum dient. Dieses Museum sollte durch einen Neubau erweitert werden, an diesem allerempfindlichsten Ort des Stadtgefüges. Felsrippe, Schloß, Brücke und Altstadt wirkten auf uns beim ersten Besuch vor dem Wettbewerb als perfekter Zusammenklang (vgl. Abbildung 4).

Bevor wir an die Entwurfsarbeit gingen, setzten wir zwei, drei Randbedingungen fest. Zwischen Schloß und Neubau sollte eine Fuge, die Einheit von Schloß und Brücke jedoch vorrangig bleiben und der Anbau als Zusatz gelesen werden. Mit dieser Fuge ist auch der großartige Blick von der Altstadt her auf das Schloß mit der kahlen Felsrippe dahinter erhalten geblieben, wie überhaupt dieser Fels den Entwurf des Gebäudes bestimmend geprägt hat. Eine wichtige Randbedingung war auch, dem Landvogteischloß die Priorität der Erscheinung zu belassen, ja sogar, sie hervorzuheben: Vertikalität und Höhe drücken Herrschaft aus. Die ausgeprägte Horizontalität des danebengelagerten Gebäudes betont beide Extreme in ihrer Gegensätzlichkeit und macht sie bewußter (vgl. Abbildung 5).

Da die Limmat früher der wichtigste Verkehrsweg war - von Zürich aus gelangte man per Schiff nach Baden -, sind die quer zum Fluß stehenden Giebelfassaden der prominenten Gebäude, so auch die des Schlosses, als prächtige Stufengiebel ausgebildet. Auch diese durften mit dem Neubau nicht in Konkurrenz treten. Das Kreissegment des Neubaus zeigt grundsätzlich nur zwei Fassaden, die gerade Fassade gegen den Fluß, die gebogene gegen den Berg. Seitenfassaden sind keine vorhanden.

So schmiegt sich der Neubau unauffällig ins Flußbild ein, ist Zusatz zur Komposition. Die Dynamik der Längsbewegung des Flußufers wird durch die Horizontalität



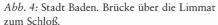




Abb. 5: Stadt Baden, Blick auf den Neubau des Historischen Museums.

und auch durch die Überschiebung von Ufer und Baukörper an beiden Enden nicht unterbrochen, sondern akzentuiert. Im Blick quer zum Fluß von der Altstadt her präsentiert sich der Bau dagegen breitgelagert und selbstbewußt.

Es war nicht einfach, das geforderte Raumprogramm in dem schmalen, steil zum Fluß abfallenden Grundstück logisch zu entwickeln. Der zukünftige Haupteingang sollte im Neubau sein: das war Vorgabe. Für den neuen Eingang bot sich beinah wie selbstverständlich ein terrassierter Zwischenraum, die erwähnte Fuge an. Dorthin gelangt man einerseits direkt von der oberen Straße, der wichtigere Weg hingegen führt von der Stadt her über die gedeckte Holzbrücke, durch das ehemalige Verließ und von da aus auf eine Plattform in der Stützmauer, die als Vorplatz zum Eingang auch Platz für ein Sommercafé bietet.

Die Holzbrücke ist somit Auftakt zum Museumsbesuch und damit gleichzeitig eine Art integrierter Ausstellungsgegenstand. Der Weg bis zum Eingang wird zum komponierten Erlebnis nicht nur von einer Folge verschiedener Raumdimensionen und Materialien, sondern bedeutet auch eine Konfrontation mit verschiedenen Zeiten.

In einer kleinen dreieckigen Eingangshalle zwischen der gebogenen Rückwand des Gebäudes und der Straße bündeln sich die Wege zu den verschiedenen Raumgruppen, zur Wechselausstellung, zur Sammlung im Altbau und zur Sammlung im Neubau, zum Vortragssaal im Untergeschoß und zu den Räumen der Verwaltung.

Wie nun aber dem Besucher die Priorität der Wegführungen klar machen? Gute architektonische Raumgestaltung sollte auf Wegweiser verzichten können. Wege soll-



Abb. 6: Neubau Historisches Museum Baden, Wegführung.

ten also ihrer Wichtigkeit nach mehr oder weniger zum Erkunden verlocken. In dieser »Wegverknüpfungshalle« lockt die Neugier den Besucher durch eine runde Öffnung in die Wechselausstellung auf der Galerie, die wie ein Tisch im Großraum steht. Eine bequeme Rampe führt der Mauerrundung entlang hinunter in die Sammlungsausstellung. Der Besucher erfaßt im Gehen - wenn auch vielleicht unbewußt - die Übereinstimmung von innerer und äußerer Gestalt, die Logik von Form und Funktion. Mit diesem Weg vollzieht er gleichzeitig an verschiedenen Ausstellungsnischen mit Objekten aus der Badener Geschichte entlang eine Zurückversetzung in die Vergangenheit (vgl. Abbildung 6).

»Ad fontes«, zur Quelle und zum Ursprung, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes, denn am Fuß der Rampe befinden sich das Römerbad und eine Nachbildung der runden römischen Quellfassung, der Baden den Namen verdankt. Die Quelle ist der Drehpunkt zum Eingang in den großen Ausstellungsraum, gleichzeitig auch Ausstellungsvitrine für die in der Quelle gefundenen römischen Weihgaben. Lichteinfall und Dachkonstruktion geben diesem großen Raum seine Identität. Der vorbeiziehende Fluß ist allgegenwärtig, und so hat heute auch der Schiffsbau die Spantenkonstruktion des Daches beeinflußt. Bei Sonnenlicht ist die Atmosphäre besonders schön, schwerelos und heiter.

Im breitgelagerten Fensterband präsentieren sich Fluß und Altstadt als lebendige Ausstellungsobjekte und lassen sich direkt mit ihrem verkleinerten Abbild in der Vitrine vergleichen. In diesem weiten Saal - ein Raumtypus, der im kleinteiligen Schloß fehlt - wird auch der Besucher zum Mitspieler im Ausstellungsszenario. Er marschiert zwischen altmodischen Fitness-Maschinen aus den 30er Jahren, er darf sie ausprobieren, und ist Gast an einer Tagsatzungsversammlung im abstrahiert nachgebildeten Tagsatzungssaal. Noch fehlt einiges, um das Interesse anzuregen, aber der Ansatz zu einer integralen, aktivierten Art der Ausstellungsdarbietung ist gemacht.

3. Bürgerhaus in Lörrach (1996–1998)

Das Bürgerhaus in Lörrach besteht bislang nur in Plänen und Modellen. Die Stadt hat vor drei Jahren einen Wettbewerb für ihr neues Bürgerhaus ausgeschrieben und im Sinne der Regio basiliensis auch ein Schweizer- und ein französisches Architekturbüro eingeladen. Diesen Wettbewerb haben wir gewonnen und das Projekt seither weiterbearbeitet. Im September 1996 sind die Bagger aufgefahren und haben mit dem Aushub begonnen.

Lörrach ist eine Kleinstadt, sowohl alt und neu wie die meisten Städte in Deutschland. Im Sommer wird der Stadtkern zum öffentlichen Wohnraum, denn seit er verkehrsfrei ist, reiht sich Restaurant an Restaurant, die alle eifrig von den Einheimischen besucht werden. In Lörrach trifft man sich auf der Straße.

Nach langer und gemeindeinterner Diskussion wurde damals vor dem Wettbewerb beschlossen, das Bürgerhaus mitten in die Stadt zu stellen, statt vor die Stadt, wie es einige parkplatzbewußte Bürger vorschlugen. Damit erhielt das Bürgerhaus den seiner Bedeutung angemessenen Standort, und zugleich konnte mit dem Entwurf auch ein Stück »Stadtreparatur« geleistet werden. Denn gerade bei der Kirche auf dem alten Burghügel klafft eine Lücke in der sonst noch ziemlich ablesbaren alten Stadtstruktur.

Ein Großteil der Häuser auf dem Grundstück durfte laut Wettbewerbsprogramm für den Neubau abgerissen werden. Nur die sogenannte alte Trotte, eines der ältesten Bauwerke Lörrachs, sollte stehen bleiben. Uns schien es falsch, die bisher in eine Gebäudegruppe eingebettete Trotte als Solitär freizustellen. Also versuchten wir die ganze Häusergruppe bei der Kirche zu erhalten und das Bürgerhaus als langgestreckten Baukörper längs der Weinbrennerstraße zu entwickeln. Damit wurde gleichzeitig der Rand der alten Kernstadt wieder definiert (vgl. Abbildung 7). In der Innenstadt entstand nun ein Rundgang von Platz zu Platz, jeder mit einem besonderen Charakter: vom alten zum neuen Marktplatz über einen neu geschaffenen Bürgergarten zum Kirchplatz; von da aus durch verschiedene kleine Gäßchen wieder zurück in die Baslerstraße, die das Rückgrat der alten Stadt bildet.

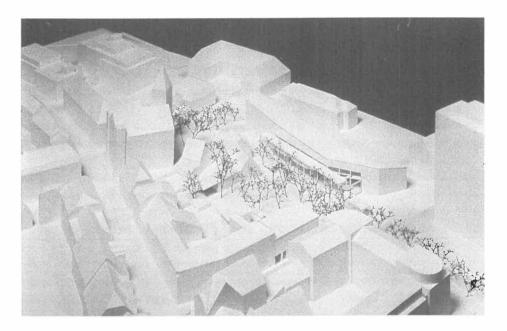


Abb. 7: Modell des Bürgerhauses in Lörrach (Mitte rechts mit Fensterfront).

Entsprechend der Situation ist das Bürgerhaus nach außen geschlossen. Nach innen, zur Mitte der Stadt, ist das Haus geöffnet für Einblicke und Ausblicke. Wir hoffen, daß der davorliegende neueste Stadtplatz in Zukunft von der Bevölkerung ebensogut angenommen werden wird wie der bereits belebte Neue Markt.

4. Überdachung des Natur- und Völkerkundemuseums Basel

Das Museum an der Augustinerstraße wurde 1844-1849 von Melchior Berri errichtet. Es ist ein großer und auch großzügiger Bau im Stil des Klassizismus, der in Basel eher selten vorkommt. Berri hatte damals geplant, die rechte Straßenseite wegzureißen und dem Museum einen pfalzähnlichen Platz gegen den Rhein vorzulagern. Diese Idee ist – vielleicht zum Glück – nicht verwirklicht worden. Sie ist wahrscheinlich der baslerischen Sparsamkeit, aber auch der Liebe zur Tradition zum Opfer gefallen. So steht jetzt dieser Bau etwas überdimensioniert in der alten Gasse.

Heute benötigen das Naturhistorische und das Völkerkundemuseum einen großen Raum für Wechselausstellungen. Als einzige Möglichkeit der Erweiterung bietet sich eine Überdachung des Hofes an. Der Denkmalpfleger hat, wenn auch zähneknirschend, wie er sagt, seine grundsätzliche Einwilligung erteilt.

Wie nun an diese Aufgabe herangehen? Im Klassizismus gab es bereits schon große verglaste Hallen als Gußeisenkonstruktionen. Sich an solche Formen anlehnen zu wollen, wäre falsch. Denn weil dieser Hof in seiner Entstehungszeit nicht mit Überdachung vorgesehen worden war, so darf dies auch nicht vorgetäuscht werden. Darüber hinaus wäre ein Rückgriff in die Vergangenheit nicht im Sinne Melchior Berris, der ein kompromißlos moderner Architekt gewesen ist, was ja sein Vorschlag zur Situation des Museums zeigt. Berri hätte, so wie er aufgrund seiner Bauten eingeschätzt werden kann, einen auf den neuesten Methoden beruhenden Entwurf gestaltet. Und genau das gedenken wir aus heutiger Sicht zu tun.

Mit dem Denkmalpfleger zusammen werden wir die verschiedenen Prinzipien einer solchen Überdachung prüfen. Also: Erstellen wir ein unabhängiges Haus im Hof, oder verbinden wir das Dach mit der Fassade? Wenn letzteres: Auf welcher Höhe der Fassade soll das Dach ansetzen? Alles Fragen, die man im Modell prüfen und vor Ort sich vorstellen muß.

Ganz so unberührt wie der Hof sich darstellt, ist er nicht. Vor Jahren wurde er für einen Kulturgüterschutzkeller mehrgeschossig unterbaut. Der Standort der Fundamente des Daches kann also nicht mehr beliebig gewählt werden. Auch fragen wir uns, ob ein die Symmetrie störender Aufbau auf der Stirnwand original ist oder etwa entfernt werden könnte. Wir hoffen mit dem künftigen Entwurf den Hof nicht nur nicht zu verunstalten, sondern auch ein neues großzügiges Raumerlebnis zu kreieren.

Hans Schultheiß

Mit Geschichtsbildern leben*

Begegnungen mit der historischen Identität einer Stadt

Prolog

Es ist das Jahr 1935, als ein Schreiben des »Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda« aus Berlin über die Landesregierungen und damaligen Oberämter auch der Stadt Waiblingen zugeht. Das Schreiben enthält den Appell, »den deutschen bildenden Künstlern, insonderheit den Malern, grosse und heroische Aufgaben zu stellen«.¹ Als ein Jahr später das Propagandaministerium nachhakt, darauf drängt, »den öffentlichen Bauten ein dem Kulturwillen des 3. Reiches entsprechendes Gepräge zu verleihen«,² reagiert man in Waiblingen: 1938 wird an dem in Richtung Beinstein gelegenen jahrhundertealten Stadttor, dem Beinsteiner Torturm, ein Monumentalbild angebracht.

Das Motiv dazu fand man bei dem Landeshistoriker Friedrich Heyd und dessen Biographie aus dem Jahre 1841 über den württembergischen Herzog Ulrich. Ein Waiblinger, der im Jahre 1519 in der Schlacht bei Esslingen die Fahne des Herzogs im Kampf gegen den Schwäbischen Bund der Reichsstädte getragen haben soll, »kämpfte lange mit einer bewundernswürdigen Tapferkeit, schwer verwundet knieete er hin, riß die Fahne mit den Zähnen an sich und zerfezte sie, um sie nicht ganz in die Hände der Feinde kommen zu lassen, endlich halb todt gefangen genommen und auf einen Karren gebracht, starb er in wenigen Tagen zu Eßlingen.«³

Bei der Vorstellung des fertiggestellten Bildes 1938 heißt es: »Das Waiblinger Gemälde kündet vom Heldengeist der ritterlichen Stauferzeit und vom Opfermut eines tapferen Bürgertums; es stellt heroische Menschen dem heutigen Geschlecht vor Augen, das nach dem Willen des Führers wieder heroisch denken und opferfreudig

^{*} Überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Verfasser im Rahmen des 11. »Stuttgarter Symposions« vom 26.–27. Oktober 1995 zum Thema »Geschichtsbilder« im Stuttgarter Rathaus gehalten hat.

¹ Stadtarchiv Waiblingen 3.41.40 A, Förderung der Kunst am Bau, 2.

² Ebda., 3

³ L. F. Heyd, Ulrich, Herzog zu Württemberg, Bd. 1, Tübingen 1841, S. 587. Heyd nennt als Quelle dieser Vorgänge J. P. Thethinger, Wirtembergiae libri duo, quibus Huldrichi ducis res militiae domique gestae carmine delineantur, Friburg 1545, und merkt dabei an: »Dieser Schriftsteller hascht zu sehr nach jeder Gelegenheit zu rednerischen oder dichterischen Schilderungen, als daß wir ihm folgen dürfen «, S. 546.



Abb. 1: Fahnenträger-Sgraffito am Beinsteiner Torturm (Entstehungsjahr 1938).

handeln soll. «4 Und so will es uns heute rückblickend auch gar nicht verwundern, daß dieses Fahnenträger-Bild nach der verlorenen Schlacht bei Stalingrad geradeheraus zu einem Musterbeispiel des damals inszenierten Helden- und Opfermythos avancierte: Die Stadt propagierte ihren heimischen Fahnenträger als leuchtendes Vorbild und empfahl in einem Brief aus der Heimat allen ihren noch im Feld stehenden Soldaten: »Wenn Ihr aber wieder in Urlaub kommt, ... dann nehmt Eure Buben und Mädel an die Hand und geht mit ihnen zum Beinsteiner Torturm. Zeigt Euren Kindern hier das Bild über dem Eingang, damit sie es sich unauslöschlich einprägen und erzählt ihnen vom tapferen Leben und Sterben unseres Waiblinger Bannerträgers, auf daß sie einmal wie die Väter werden: Furchtlos und treu! Kämpfer fürs Dritte Reich, für Großdeutschland!«5

Zu guter Letzt gab man dem Brief die in Verse gebrachte heldenhafte Empfehlung von zuhause mit: »Gib Dich selbst verloren, doch Dein Banner nicht. Andere werden's schwingen, wenn man Dich begräbt, und das Heil erringen, das Dir vorgeschwebt«.

Das Kriegsende kam, das Bild am Torturm aber blieb. Abbildung 2 nun zeigt den Beinsteiner Torturm heute, wie er seit 1945 gewissermaßen ein Dasein in dekorativer

⁵ Stadtarchiv Waiblingen, Sammlung Heimatbriefe, Brief Nr. 25 vom Juni 1943.



Abb. 2: Blick auf den mittelalterlichen Beinsteiner Torturm heute. Im Vordergrund die Remsbrücke.

Beschaulichkeit führt. Einer städtischen Visitenkarte gleich stand er samt seinem Monumentalbild seither als Durchlaß für Abertausende, die in die Altstadt fuhren und gingen. Und Generationen von Schulkindern erzählte man in all den Jahren sozusagen als Pflichtlektüre im heimatkundlichen Schulunterricht - die Geschichte ihres Waiblinger Fahnenträgers, den man mittlerweile »Erno« nannte, ohne daß dieses Bild jemals wieder mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht worden wäre. 50 Jahre lang, bis 1995, als ...

1. Akt

... eine Ausstellung angekündigt wird. »Ihr Titel klingt eher langweilig«, schreiben die »Stuttgarter Nachrichten«, um dann auszuführen: »doch die Ausstellung ›Der Beinsteiner Torturm und sein Monumentalbilde sorgte in den vergangenen Wochen für die hitzigsten Diskussionen, die meisten Leserbriefe in der »Waiblinger Kreiszeitung« und für die aufgeregtesten Stadträte seit den siebziger Jahren, als die Altstadt umgemodelt werden sollte.«6

Was war geschehen? Im Januar des Jahres 1995 kam es zu Anfragen an die Stadt, was diese denn an Veranstaltungen zur 50. Wiederkehr des Kriegsende anzubieten

⁴ Vgl. Heimatglocken Nr. 56, April 1938, Sonderbeilage zum Remstal-Boten. Über dem Bild des Fahnenträgers befinden sich in einem zweiten Sgraffito weitere Motive zur Waiblinger Stadtgeschichte, neben einem beherrschenden staufischen Ritter u. a. zur Stadtzerstörung im 30jährigen Krieg.

⁶ Stuttgarter Nachrichten, Der Ritter Erno riß Wunden auf, vom 9. 5. 1995.

gedenke, woraufhin der Presse ebendiese Torturm-Ausstellung genannt wurde und bezogen auf das Bild das Stichwort »Nazi-Propaganda« fiel. Auf einen Schlag war das bislang als so schmückend empfundene Sgraffito - so die Bezeichnung für diese Maltechnik - jäh ins Zwielicht gerückt, und in der Stadt begann eine Aufgebrachtheit, die über vier Monate anhalten sollte.

Unser Sgraffito Nazi-Propaganda? - »Ist doch an den Haaren herbeigezogen«, stand in einem ersten Leserbrief der »Waiblinger Kreiszeitung«, und es erschien schlichtweg nicht vorstellbar, daß das liebgewordene Bild am Torturm mit dem berühmten »Erno« von den Nazis angeordnet sein sollte. Ein Bürger zur Zeitung: »Das klingt jetzt so, als wollte man sagen, ihr ahnungslosen Waiblinger, das mit der Nazi-Propaganda habt ihr wohl gar nicht bemerkt?«⁷ Ein weiterer Leserbriefschreiber, bezeichnend und vielsagend zugleich: »Jahrzehntelang konnten wir Waiblinger Bürger uns ungestört an unserem Heldenbilde erfreuen. Ich erinnere mich noch genau, wie wir als Schulkinder vor dieses Bild geführt wurden und wie ein mit dem Parteiabzeichen geschmückter Lehrer uns dieses Bild erklärte. Nicht erinnern kann ich mich allerdings, daß bei dieser Gelegenheit das Bild mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht wurde, Heldenverehrungen gab es zu allen Zeiten, da mußten nicht erst die Nazis drauf kommen. «8 Und selbst wenn, meint schließlich ein weiterer, dabei ein landläufig bekanntes Argument aus der Tasche ziehend, um damit von unnötigem Kopfzerbrechen abzuraten: »Wer fährt schon seit 50 Jahren voller Scham auf den Straßen, deren Bau das nationalsozialistische System in Auftrag gegeben hat?⁹

Das Pendel der Unruhe schlägt auch in eine andere Richtung. Besorgt ruft die Mutter eines jungen Pfadfinders beim Museum an, fragt, ob ihr Sohn denn in einer rechtsradikalen Vereinigung wäre. Ich frage » Warum denn? Wieso?«, worauf sie antwortet, aber ihr Bub wäre doch im »Stamm Erno« - und ietzt wolle sie wissen, was denn genau das wäre.

2. Akt

Es ist der 21. April 1945. Die amerikanische Armee besetzt Waiblingen. Kampflos, nachdem durch beherztes und vernunftgeleitetes Handeln einiger Waiblinger Bürger die Sprengung der Remsbrücke unmittelbar vor dem Torturm unter dramatischen Umständen verhindert werden konnte. So fahren die ersten amerikanischen Panzerwagen durch den Torturm in die Altstadt. Als erstes müssen sämtliche Waffen abgeliefert werden. Wiederum am Beinsteiner Torturm. Und genau hier, zu Füßen des Waiblinger Bannerträgers zerschlagen sodann die amerikanischen Soldaten die beschlagnahmten Gewehre an der Mauerbrüstung der Rems und werfen diese in den Fluß. 10

Die Vorstellung, daß ausgerechnet vor diesem Fähnrich, der doch ganz im Sinne der Nationalsozialisten Durchhaltewillen bis zuletzt verkörpern sollte, sich diese Vernunftszenen einer Kapitulation zugetragen hatten, führten zu folgender Überlegung: In Erinnerung an die kampflose Übergabe der Stadt, wodurch diese vor sinnlosen Menschenverlusten und Zerstörungen bewahrt blieb, könnte man doch das Sgraffito am 50. Jahrestag der Besetzung Waiblingens durch eine große weiße Fahne, Symbol der Kapitulation, zuhängen, Nachdem dieser Gedanke mit Museumsleitung und Stadtspitze besprochen und für sinnvoll und im Hinblick auf die Bedeutung dieses historischen Ereignisses als angemessen bewertet wurde, kam es am Vorabend des 21. April 1995 zur Verhüllung. Ein Akt, dem die städtische Lokalzeitung jedoch erst einmal eher argwöhnisch gegenüberstand - trotz vorliegender Pressemitteilung - und damit die heikle Auseinandersetzung weiter anheizte. Am Tag nach der Verhüllung erfährt der lokale Zeitungsleser in einem launigen Artikel mehr über die technischen Schwierigkeiten der Verhüllung und damit kurzzeitig verbundene Verkehrsbehinderungen als über die eigentlichen Motive. Beispielsweise heißt es: »Kamikazemäßig prescht unten der Busfahrer der Linie 208 Richtung Tor. Es geht nicht, es geht wirklich nicht – der Hubwagen blockiert, der Seitenspiegel ächzt, der Bus muß rückwärts, der Unmut wächst. « Zum eigentlichen Hintergrund werden ein paar Sätze der Presseerklärung zitiert, kolportierend eingeleitet mit: »Ach ja, was das alles soll«, beendet mit der Frage »Alles paletti? «¹¹

»Die Verhüllung«, befand hingegen die »Stuttgarter Zeitung« in ihrer Berichterstattung, »ist somit gleichzeitig auch die Enthüllung eines Propagandainstruments. Daß die Dekuvrierung des Vertrauten nicht jedem Waiblinger gefällt, hat sich schon über Nacht gezeigt. « Unter anderem wurde »Politik ist Scheiße« an den Turm gesprüht. Weiter heißt es: »Aber Empfindlichkeiten, Irritationen, Widerspruch und vielleicht sogar Wut ist genau das, was die Museumsaktivisten auch erwarten.«12

3. Akt

Allerdings, der Proteststurm, der dann auch ins Rathaus fegte, hielt die Stadtoberen einige Tage fast vom Regieren ab. Ein Auszug aus der Beschimpfungsliste:

- »Eine Provokation all derer, die seit Jahrzehnten am handwerklich gelungenen Bild ihre Freude hatten.«

⁷ Vgl. Waiblinger Kreiszeitung (WKZ), Und der Erno hat nicht mal Erno geheißen, vom 15, 2, 1995,

⁸ WKZ, Leserbrief, Es war nicht alles schlecht, vom 17. 2. 1995.

⁹ WKZ, Leserbrief, Handwerkliche Meisterleistung, vom 24, 2, 1995.

¹⁰ Vgl. *Stadtarchiv Waiblingen*, Niederschrift über die Vorgänge vor und nach der Besetzung der Stadt Waiblingen durch amerikanische Truppen am 21. April 1945.

¹¹ WKZ, Die unvollendete Verhüllung, vom 21. 4. 1995.

¹² Stuttgarter Zeitung, Verhüllung am Säuturm, vom 22. 4. 1995.



Abb. 3: Der Beinsteiner Torturm als Großpraline einer örtlichen Konditorei.

- »Wenn Dummheit weh täte, kämen die für diesen Schildbürgerstreich Verantwortlichen nicht ohne Morphium aus.«
- »Der Bericht [in der Waiblinger Kreiszeitung] erlaubt keinen Zweifel. Bei einem Wettbewerb über die dämlichste Schnapsidee, die jemals auf der Waiblinger Gemarkung den Bürgern präsentiert wurde, wäre erster Preisträger der Museums-Mitarbeiter Schultheiß mit seiner Leinwand-Verhunzung des Säuturms.«

»Säuturm« im Volksmund auch deswegen, weil früher die Schweine durch den Turm auf die davorliegenden Wiesen getrieben wurden. Der mittelalterliche Turm, das älteste Gebäude der 1634 im 30jährigen Krieg ansonsten restlos niedergebrannten Stadt, stellt freilich nicht allein deswegen ein Stück Waiblinger Identität dar, welche vielen durch die Verhüllung verletzt schien. Der Torturm ziert manchen Bus der städtischen Linien ebenso wie offizielle Prospekte der Stadt - dies oft auf erster Seite. Zu haben ist er darüberhinaus als ein Stück Spezialität einer örtlichen Konditorei in Form einer Großpraline; in den Geschmacksrichtungen »Vollmilch« und »Zartbitter« übrigens ebenfalls mit einem kleinen »Erno« drauf (vgl. Abb. 3). Turm und Bild waren im städtischen Bewußtsein seit 1938 ineinander aufgegangen und gehörten zusammen.

Den durch die Verhüllung sichtbar gewordenen Riß in dieser Beziehung konnten nun einige Bürger nicht hinnehmen, und so kam es zum...

4. Akt.

in dem Gegenaktivisten zur Tat schritten. In einer Nacht- und Nebel-Aktion zum 1. Mai inszenierten Unbekannte »Ernos« Ehrenrettung: Zehn Tage nach der Verhüllung war er plötzlich wieder präsent. Größer als im Original prangte er vom Turm. Als Verhüllung der Verhüllung (vgl. Abb. 4).

Nun ist dieses Bild - die Aufschrift unter dem Fahnenträger könnte es nahelegen eben nicht seitenverkehrt. Ein Windstoß, höherer Gewalt gleich, war es, der diesen neuen, auf Leintuch gemalten » Erno « nun hochblies und mit dem aufgebrachten Zitat verkehrt herum an den Turm zurückfallen ließ. Es war, als ob die Geschichte sich dagegen wehrte, zurechtgebogen zu werden. Sie drehte sich zurück und hielt dem Betrachter abermals ein Spiegelbild vor, in welchem das in altdeutscher Schrift gehaltene Zitat um so schwerer zu entziffern war.

Denn gerade das Zitat »Hie gut Wirtemberg allewege! «, das hier Herzog Ulrich zugeschrieben wird, war es wohl, welches im Sinne der künstlerischen Re-Aktionisten darauf hinweisen sollte, daß dieser Fahnenträger mit dem Nationalsozialismus rein gar nichts zu tun habe, das Bildnis also zu Unrecht verhängt sei. Und so spiegelt sich in diesem Pressefoto eine ganz besondere historisch lebendige Dynamik. Da sind zum einen die Personen unter dem sowohl verhüllten 1938er wie dem seitenverkehrten 1995er »Erno«. Ein jüngerer Mann, der sich an den Kopf faßt, als wolle er nicht erkannt werden, stiehlt sich verlegen nach rechts aus dem Bild. In der anderen Hand hält er eine lange Stange, mit der er soeben noch vergeblich versucht hatte, das Bild-Duplikat wieder zu wenden, die Schrift lesbar zu machen.

Dennoch, Wind weht auch uns Verantwortlichen ins Gesicht. Stimuliert wohl von der breiten Kritik in der Bevölkerung heißt es in einer offiziellen Presse-Erklärung der Waiblinger CDU-Fraktion: »Auch wenn es richtig sein mag, daß diese Sgraffitos in nationalsozialistischer Zeit am Beinsteiner Torturm angebracht wurden, so erscheint es doch mehr als kühn, hier von nationalsozialistischer Kunst zu sprechen... Daß nun ausgerechnet die Stadt Waiblingen diesen gewaltsamen Bogen schlägt, hätte sich der arme Erno zu seiner Zeit gewiß nicht träumen lassen. Kein Wunder, daß viele Waiblinger Bürgerinnen und Bürger angesichts dieser Aktion am Beinsteiner Tor verständnislos den Kopf schütteln und über diesen zwanghaften Aktionismus regelrecht empört sind.«13

Da wollte auch ein SPD-Rat nicht zurückstehen und befand im städtischen Kulturausschuß, »die ganze Sache wäre in die Hose gegangen«. 14 Als nach zehn Tagen das weiße Tuch wieder abgenommen wurde, begann endlich der

¹³ Staufer-Kurier (Amtsblatt der Stadt Waiblingen), Der unschuldige Erno den Blicken entzogen, vom 27. 4. 1995.

¹⁴ Vgl. WKZ vom 6. 5. 1995.



Abb. 4: Verhüllter Fahnenträger am Beinsteiner Torturm. Darüber die von Unbekannten angebrachte Kopie (Pressefoto: H. Zürn, WKZ vom 3. 5. 1995).

Die alte Stadt 4/96

5. Akt

mit der Eröffnung der längst angekündigten Ausstellung. Jetzt die Fakten, wird sich mancher gedacht haben, öffentlich und für jeden nachprüfbar. Und augenscheinlich wurde, daß es 1938 nicht darum gehen konnte, die überlieferte Tat des Fahnenträgers, so sie denn überhaupt geschehen war, 15 nicht um seiner selbst willen zu ehren, sondern daß solcherart Bilder, Denkmälern gleich, den damaligen Machthabern im besonderen dazu dienten, ihr Volk politisch zu erziehen, in ihrem Sinne versteht sich. Bereits 1935 als eine Waiblinger Gruppe sich an einem historischen Umzug in Esslingen mit eben ihrem »Fahnenträger« beteiligte, der vor dem auf einem Pferd reitenden »Herzog Ulrich« einherging, hieß es in der Eßlinger Zeitung: »Die Waiblinger wollen damit bekunden, daß sie die Ziele einer im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung auf Blut und Boden gegründeten Heimatpflege ... zu erreichen suchen. «16 Und Sinn ein Jahr vor Kriegsbeginn war es eben auch, eine wehrhafte Volksgemeinschaft zu propagieren, einem vaterländischen Opfer Sinn zu geben.

Wie viele seiner Zeitgenossen hatte der Waiblinger Schriftsteller Otto Heuschele aus den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs heraus anläßlich der Waiblinger Heimattage 1934 notiert: »Wir alle haben es erlebt, wie sehr wir dem Volk und dem Vaterland verpflichtet sind. Wir müßten es nun wissen, daß wir ohne Volk und Vaterland ein Nichts wären. Volk und Vaterland werden uns immer das Höchste und Letzte sein, das Größte, was uns Gott nächst seiner allgewaltigen Natur gegeben hat. Volk und Vaterland die Treue halten bis zum Tode ist das Größte, was wir kennen. Aus der Geschichte aber müssen wir die Kraft nehmen, dieses Größte zu leisten. «17

Um in der Ausstellung schließlich auch einiges von dem angestauten Ernst aus der Debatte zu nehmen, erlaubte ein Rollo an einem nachgebauten Torturm ganz nach Belieben ein Ver- oder Enthüllen Ernos. »Mehr Gelassenheit also in der Wahrnehmung von Wahrheiten«, forderte dann der Bericht zur Ausstellung in der Lokalpresse

¹⁵ Der Landeshistoriker Stälin, der drei Jahrzehnte nach Heyd die Fahnenüberlieferung Thetingers (s. A 2) zum zweiten Mal aufgreift, bemerkt dazu, daß in dieser in Hexametern und Prosa abgefaßten Arbeit »die Geschichte öfters der Redekunst dienbar gemacht ist«. Vgl. Chr. F. von Stälin, Wirtembergische Geschichte, 4. Teil, Schwaben und Südfranken, Stuttgart 1873, S. 194. Ein Lied, angeblich von einem Augenzeugen (Matheus Nelin) jener Schlacht im Jahre 1519 unmittelbar danach verfaßt, legt zudem den gegenteiligen Vorgang nahe. Dort heißt es: »ein fenlin haben si dahinden gelan, schantlich send si entrunnen«. Vgl. K. Steiff (Hrsg.), Geschichtliche Lieder und Sprüche Württembergs, Stuttgart 1912, S. 176 f. Der herzogfreundliche Thetinger könnte daher genausogut diese Treue-Episode im Nachhinein als ein »Preis-Lied« seines Herzogs verfaßt haben, zumal sich in jener Schlacht bei Esslingen nicht nur der Herzog selbst absetzte, sondern scharenweise auch seine Soldaten. Dem tatsächlichen Sachverhalt indes kommt in diesem Beitrag ohnehin nur eine untergeordnete Rolle zu.

¹⁶ Eßlinger Zeitung vom 5. 9. 1935.

¹⁷ O. Heuschele, Geschichte ist Verpflichtung, in: Festschrift zum Gedenktag der Zerstörung Waiblingens vor 300 Jahren, hrsg. vom Heimatverein Alt-Waiblingen e.V., Waiblingen 1934.

und dies »an die Adresse aller Beteiligten«. Der Bote müsse eben manchmal Umwege gehen, um seine Botschaft an Mann und Frau zu bringen.¹⁸

Epilog

Gehen wir freilich zum Schluß der Frage nach, woraus sich diese ganzen Aufgeregtheiten genährt haben könnten. Der Soziologe Hans Paul Bahrdt beschreibt in einem Exkurs über »Irrationale Beziehungen zu Symbolen und Bildern«, daß diesen oftmals ein spezifischer »repräsentativer Charakter« zukommen könne und diese »nicht auf etwas Wirkliches zeigen«, sondern lediglich »etwas Wirkliches vorzeigen«. In seinen Betrachtungen bemüht er ausgerechnet auch das Motiv des Fahnenträgers und der Fahne als Feldzeichen, die einstmals wichtiger Orientierungspunkt für Kämpfende gewesen waren: »Fahnenträger und andere Soldaten identifizierten sich so mit ihr, daß sie sich lieber töten ließen, als sie dem Feinde zu überlassen. «¹⁹ Hingegen hätten sie sich an anderen Stellen des Schlachtfeldes oft weniger tapfer verhalten und um Menschenverluste zu vermeiden, den Verlust von Terrain eher in Kauf genommen, obwohl Terrain unter taktischen Gesichtspunkten viel wertvoller gewesen wäre als eine Stange mit besticktem Tuch.

Die Reaktionen auf die Verhüllungsaktion bestätigen diesen irrationalen Unterschied. Das Erinnern an die kampflose Übergabe der Stadt wurde eigentlich an keiner Stelle kritisiert, jedoch das damit verbundene Verschwindenlassen des Fahnenträgers, wenngleich von den Nationalsozialisten instrumentalisiert, und die Fahne in modernen Kriegen längst schon kein Kampfzeichen mehr darstellte. Somit könnte nach Hans Paul Bahrdt der Waiblinger Fahnenträger für eine irrational-ritualisierte Erinnerung an etwas stehen - als ob ein nicht mehr gegenwärtiger Vorgang »versetzt würde in die Gegenwart, als ob er jetzt selbst geschähe. «²⁰ Bahrdt weiter: »Wer ein solches Feld-Zeichen erobert oder beschädigt, trifft die Sache unmittelbar. «21 Analog dazu muß der Blickentzug getroffen haben, überdenkt man folgende ironisch gemeinten Zeilen im Gedicht eines Leserbriefs, »Erno« betreffend: »Ach wäre er doch Deserteur / er wär' uns Vorbild voller Ehr'!«²² Die Verhüllung konnte – übrigens nicht nur für diesen Leser - offenkundig nur eines bedeuten: ein Hochhalten des Gegenentwurfs dazu, des Fahnenflüchtigen, des Deserteurs. Anscheinend ist selbst 50 Jahre nach Kriegsende eine sachliche Auseinandersetzung darüber nicht möglich. Der schon über Jahrzehnte währende Versuch, im Deutschen Bundestag zu einer Rehabilitierung der Deserteure des Zweiten Weltkriegs zu kommen, liefert den dazu passenden Beleg. Ein Wert an sich, verkörpert in Treue, Kameradschaft und Eid auf die Fahne gilt heute bei den Überlebenden offensichtlich mehr als der Eid auf den Führer. Auch wenn erkannt und akzeptiert wird, einem verbrecherischen Regime gedient zu haben, die Desertion wird nicht verziehen. Der Wert Treue und das Opfer dafür ist über das Verbrechen erhaben, dem die Treue gilt.

Übrig bleibt für den Waiblinger Schriftsteller Heuschele dann eben eine tragische Treue, »denn es wird keine Epoche bestehen können, in der der Feige mehr gilt als der Tapfere, und der, der das Opfer zu bringen bereit ist, hinter dem zurücksteht, der sich verweigert. Es ist freilich ein unendlich tragischer Gedanke, daß wir Deutsche unsere Opfer für eine Sache brachten, auf der eine dunkle Schuld liegt. Es ist ein Gedanke, der uns zur Verzweiflung treiben könnte...«²³ Und zur Schuldfrage führt er aus, während er vom Fenster seines Hauses den Vormarsch der Amerikaner auf den Beinsteiner Torturm betrachtet, »daß eben diese Führer des deutschen Volkes die eigentlichen Verräter gewesen seien, sie haben die Treue dieses Volkes mißbraucht, indem sie es seinem besten Selbst entfremdeten«.²⁴

Auch das »Heldenhafte« erscheint in den Reaktionen als ein überzeitlicher Wert an sich. So eifrig »Erno« aus der Geschichte für die Jahre 1933–1945 ausgegraben wurde, so eifrig wird er heute wieder in der Geschichte versteckt: »Wenn man den heldenhaften Kampf des Erno mit dem Nationalsozialismus in Verbindung bringt, ist das zumindest sehr, sehr weit hergeholt. Wenn man dies aber will, kann man es bösartigerweise auch tun. «²⁵ Immerhin, in einem weiteren Leserbrief zu »Erno« heißt es schon: »Denen, die das historische oder anekdotische Geschehen überlieferten, galt er als Beispiel für Mut, Tapferkeit, Aufopferung. Dies sind zweifellos wertvolle menschliche Haltungen, die man sich heute freilich anders als im Bild eines kämpferischen Fahnenträgers vorstellen möchte … Vielleicht regt er uns an, darüber nachzudenken, wie wir uns heute auf anderen Feldern besser bewähren können. «²⁶

Um den örtlichen Auseinandersetzungen weiter auf die Spur zu kommen, will ich im folgenden auch den Begriff der »Historischen Identität« bemühen. »Historische Identität« können wir als das Resultat eines inneren Vorgangs betrachten, mit dem man Vergangenheit für sich selber einordnet und Handreichungen für aktuelles Verhalten bezieht. Nun stützen sich die meisten Menschen zunächst auf Gewohnheiten, um ihren Weg zu finden und sich zu identifizieren. Vertrautheit wird dabei zur Heimat, Heimat zur Geschichte – zur kollektiven Geschichte. Die Sozialpsychologie

¹⁸ WKZ, Rückkehr des tapferen Fahnenträgers Erno aus der Geschichte, vom 9. 5. 1995.

¹⁹ H. P. Bahrdt, Grundformen sozialer Situationen. Eine kleine Grammatik des Alltagslebens, hrsg. von U. Herlyn, München 1996, S. 106.

²⁰ Ebda., S. 107.

²¹ Ebda., S. 107.

²² WKZ, Leserbrief, Wär Erno doch Deserteur, vom 23. 5. 1995.

²³ O. Heuschele, Zwischen Blumen und Gestirnen. Tagebuchblätter Ostern 1945, Gerabronn 1985, S. 107.

²⁴ Ebda., S. 93.

²⁵ WKZ, Leserbrief, Alles Paletti? Oder?, vom 26. 4. 1995.

²⁶ WKZ, Leserbrief, Anregung zum Nachdenken, vom 6. 5. 1995, vom 23. 5. 1995.

kennt das »Historische Gedächtnis«, das in jedem von uns wirksam ist, wenn vielleicht auch unbemerkt. Droht nun diese eigene historische Identität durch neue Sachlagen in eine Schieflage zu geraten, so ändert sie sich nicht sofort. Sie wehrt sich, drängt auf Beharrung, kehrt sich fürs erste eher gegen die neuen Sachlagen. Sicher, es war für mich als Ausstellungsmacher einfacher, als einziger lange Zeit die Fakten, die von niemandem erwartete Eindeutigkeit der Quellen und Belege, die Hintergründe über die Anbringung des Sgraffitos zu kennen und dazu als ein von auswärts Kommender keine Beziehung zu dem Torbild haben zu müssen, die ich meinerseits nun schmerzlicherweise vielleicht – zu revidieren gehabt hätte.

Bedenkt man ferner, daß historische Identität in besonderem Maße gerade durch gegenseitiges und persönliches Geschichtenerzählen aufgebaut, variiert und verfestigt wird, so erscheinen die abwehrenden Reaktionen noch verständlicher. Über das Identitätsthema in der Geschichtstheorie betonte Hermann Lübbe, daß wir uns vor allem durch Geschichtenerzählen »in Abhängigkeit von anderen selbst identifizieren«. Geschichtenerzählen verstricke in kollektive »Historische Identitäten«. Genau dies scheint sich mit dem Fahnenträger so zugetragen zu haben.

Um » Erno « nach 1945 weiterhin als sinnvolles und sinnstiftendes Teilstück der Heimatgeschichte behalten und präsentieren zu können, war es notwendig, die offensichtlichen Bezüge zur NS-Zeit zu kappen. Dies begann bereits im Jahr 1950, als die Erno-Geschichte in einer Sonderbeilage zur 700-Jahr-Feier der Stadt wortwörtlich vom Verfasser des eingangs erwähnten Heimatbriefes an die Frontsoldaten selbst wieder abgedruckt wurde - natürlich ohne die früheren NS-Phrasen. Herausgestrichen wurde auch das Gedicht und der zitierte Soldateneid auf den Führer.

Einen weiteren ideologieunverdächtigen Härtetest bestand die Geschichte im Jahr 1957, als in einem Zeitungsartikel weitere Ausschmückungen hinzugefügt wurden und erstmals der so familiär wirkende Vorname »Erno« ins Spiel gebracht wurde. In weiteren Dramatisierungen verfiel der Waiblinger Stadtarchivar letztlich wiederum in NS-Jargon und sprach davon, daß »Erno« im Jahr 1519 mit dem »letzten Aufgebot zum Einsatz kam, wobei er sein Leben lassen mußte«. Vom »letzten Aufgebot« sprach man insbesondere im Frühjahr 1945. Und wurde man als Hitlerjunge zum Volkssturm einberufen, hatte man auch seinen sogenannten »Zahnsanierungsausweis« im Wehrertüchtigungslager vorzulegen. Möglicherweise hieß es deswegen auch in diesem Bericht, zwölf Jahre nach Kriegsende, »Erno« habe mit seinen »gesunden Zähnen« die Fahne zerrissen. Und sprach Heyd 1841 lediglich von einem schwer verwundeten Fahnenträger, so wird nun erstmals auch der Hergang der Verwundung erzählt: Mit einem einzigen Schwertstreich habe ein Bündischer dem tapferen und nicht weichen wollenden Fahnenträger beide Hände abgeschlagen.²⁷

In Waiblingen wurde so mit dem Bild des Fahnenträgers und seiner nach 1945 weitergestrickten Geschichte eine historische Identität verfestigt. Man könnte annehmen, weil gerade nach 1945 in Ermangelung von Traditionen Handlungskontinuitätsbedarf auftrat. Kurt Röttgers in einem Aufsatz über »Historische Identität«: »Die Geschichten, über deren Erzählungen wir uns identifizieren, sagen nicht nur uns und anderen, als wer wir ab jetzt gelten wollen, sondern ebensosehr, wer wir immer noch sind. «28 – Wer wir immer noch sind: Mit »Ernos« Geschichte aus dem Jahr 1519, in Waiblingen erstmals präsentiert während der NS-Zeit, hat man sich daher unterschwellig auch ein Stück Identität in die Zeit nach 1945, also Kontinuität, erhalten. Selbst die Risikoschwelle des Generationswechsels hat diese Geschichte dabei mehrmals unbeschadet überstanden. Und es fand statt, was Werner Weidenfeld in einer Abhandlung über Historisch-politische Kultur so ausdrückte: »Iede Generation versucht, die jeweilig nachfolgende an die Kontinuitätskette zu legen.«²⁹ In diesem Zusammenhang nur nebenbei: Ein junger Lehrer bedauerte ganz offen, daß diese ganze Angelegenheit ihm eine schöne Unterrichtsstunde kaputtgemacht habe.

Als weitere Gründe könnten hinzukommen, daß in Waiblingen bis zum heutigen Tag - im Gegenatz zu vielen anderen Städten - keine Lokalstudie zur Geschichte des Nationalsozialismus vorliegt.³⁰ Unter Umständen, weil es keinen Aufarbeitungsdruck gegeben hat. Die Stadt wurde durch den Bombenkrieg nicht in Mitleidenschaft gezogen. Mangels eigener Leiden, so könnte man fast annehmen, wurde fünf Jahre nach Kriegsende das Trauma der Zerstörungen emotional nachgeholt: mit einem großen Freiluft-Schauspiel »Die Stadt aus Trümmern«³¹, und dies vom 15 Kilometer entfernt in Schutt und Asche gefallenen Stuttgart. Zu beklagen war »allein« der Tod von etwa 500 Soldaten, die allerdings ganz im Sinne der Schöpfer »Ernos« auch nach 1945 als Helden galten. Erfuhr die Stadt im Jahre 1946 beispielsweise vom Tod eines bislang vermißten Soldaten, hieß es im bürgermeisterlichen Kondolenzschreiben an die Witwe immer noch: »Ihr Gatte hat sein Höchstes gegeben und seine Liebe und Treue zu Vaterland und Heimat mit dem Tode besiegelt, und auch Sie haben das schwerste Opfer, das von Ihnen gefordert werden konnte, gebracht. Seine Vaterstadt wird dem toten Helden für alle Zukunft ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren. «32 – 1519 wie 1946 ff. Ein Versprechen, welches allerdings nicht eingelöst wurde. Bis

²⁷ Vgl. W. Glässner, Der Fahnenträger hieß Erno, in: Heimat glocken, Beilage zur Waiblinger Kreiszeitung Nr. 1 vom 4. Oktober 1957.

²⁸ K. Rüttgers, Historische Identität, in: G. Knopp / S. Quandt (Hrsg.), Geschichte im Fernsehen, Darmstadt 1988, S. 181.

²⁹ Vgl. W. Weidenfeld, Historisch-politische Kultur, in: G. Knopp / S. Quandt (s. A 20), S. 193.

³⁰ Vgl. unter sowie zur mittlerweile angewachsenen Fülle von Literatur das Themenheft dieser Zeitschrift, Jg. 20 (4/1993) »Lokalstudien zum Nationalsozialismus« mit einem Editorial von E. Jäckel.

^{31 »}Die Stadt aus Trümmern«, Schauspiel im Auftrag der Stadt Waiblingen verfaßt von Paul Wanner nach historischen Begebenheiten bei der Zerstörung der Stadt 1634 im Dreißigjährigen Krieg,

³² Abgedruckt in: Die Verdammten. Szenen aus Stalingrad von Otto Herrmann. Begleittext zur Ausstellung, Museum der Stadt Waiblingen 1994, S. 18.

heute sind die Gefallenen und Vermißten der Stadt weder auf einem Gedenkstein noch in einer städtischen Publikation erfaßt und für die Nachwelt festgehalten, was andernorts im Sinne einer wenigstens neutral-dokumentarischen Lokalgeschichtsschreibung fast als Selbstverständlichkeit anmutete. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang vielleicht, daß Waiblingens Bürgermeister der Jahre 1934 bis 1945 in den Jahren 1954 bis 1962 wieder amtierte.

Dieser Bericht wäre nicht vollständig, wenn nicht erwähnt würde, daß es auch einige zustimmende Worte zur Verhüllungsaktion gegeben hat und in den Reaktionen darauf dieses Defizit in der historischen Aufarbeitung deutlich wurde. In einer Stellungnahme heißt es gar: »Es hätte der Waiblinger Tradition im Umgang mit dem Dritten Reich entsprochen, wenn man den 50. Jahrestag des Kriegsendes glatt vergessen hätte.«33

Schlußbemerkung

50 Jahre Kriegsende: Da wollte jedoch auch Bevölkerung und Politik in Waiblingen nicht zurückstehen und forderte Veranstaltungen. Aber eine Ausstellung über den Torturm und »Erno«? Das konnte es ja wohl nicht sein. Gefaßt gewesen wäre man eigentlich auf alles: Konzentrationslager, Todesmärsche, standrechtliche Erschießungen, was eben die Medien so berichteten und bebilderten - und womit man direkt ja eigentlich nichts zu tun hatte. Nicht gefaßt aber war man auf so etwas »Harmloses«, das einen dafür jedoch irgendwie selbst betraf und zur eigenen Überprüfung zwang. Alt wie Jung. Drei Generationen. Geschichte und Bild. Bekannt war es ja der ganzen Stadt.

Auch die Sache mit dem Gedenkstein wäre etwas gewesen. Eine Initiative mit gut gemeinten Vorsätzen wollte zum 8. Mai 1995 einen Gedenkstein enthüllen. Jemand hatte sich vage erinnert, auf einer Anhöhe bei Waiblingen habe 1944 die SS drei russische Zwangsarbeiter erhängt, weil diese von einem Bauern Brot angenommen hätten. Geschichte will Belege. Klang diese Geschichte aber nicht ein bißchen zu sehr nach »böser SS«, »guten Deutschen« und »arme Zwangsarbeiter«? Nachforschungen ergaben, daß es sich zum einen »lediglich« um zwei Zwangsarbeiter handelte, diese zum andern bei Verdunkelung und Bombenalarm in verlassene Häuser eingedrungen und dabei Geld und Wertgegenstände gestohlen haben sollen. Damit war diese Angelegenheit nicht mehr gedenksteinwürdig, jedoch zur Verhüllung hieß es: Es sei wenig hilfreich, daß eigentlich ohne Grund an diesem vielen lieb gewordenen Bild Vergangenheitsbewältigung betrieben werde. Die von der Stadt ausgehende Problematisierung des Sgraffitos sei bedauerlich, es gebe »keinen vernünftigen Grund, das verborgene Gift faschistischen Denkens« gerade an diesem Bild zu demonstrieren, »denn solcher Tapferkeit, wie sie dem Fahnenträger nachgesagt wird, hätten schon alle Staaten, alle Literaturen und alle Religionen Respekt gezollt«.34

Was über die ganzen Monate - Vorabdiskussionen, Verhüllung, Beschimpfungen, Gegenverhüllung, Ausstellung - in den Menschen abgelaufen ist, war von Ausstellungsseite her keineswegs gesteuert, hätte es auch gar nicht sein können. Etwa in dem Sinne, daß mit Überlegungen zur historischen Identität gewissermaßen bewußt jongliert worden wäre. Dies hier ist eine Analyse danach und mit Abstand. Rückblickend war es - in Anbetracht dessen, daß in der Stadt Nachholbedarf in Sachen NS-Geschichtsschreibung bestand - eher ein Handeln aus gewissem Instinkt heraus, das Thema »Kriegsende in Waiblingen« als eine wirkliche Auseinandersetzung in den Köpfen stattfinden zu lassen. Die Sache entwickelte ihre Eigendynamik, wurde etwas Allseitiges, brachte die Geschichte hie und da aus dem und wieder in das Lot. Nicht allein in einen Ausstellungsraum sollte das Thema gepackt werden, sondern in die Öffentlichkeit und diskutiert. Dies jedenfalls ist mehr als gelungen – und konnte nur gelingen durch die stete öffentliche Rückendeckung durch den Oberbürgermeister Waiblingens sowie der Museumsleitung. Nerven jedenfalls hat es allerhand gekostet.

Man konnte davon hören beim Friseur, in der Bäckerei, im Café und auf den Straßen. Und erfreulich ist heute, immer öfter erfahren zu können, daß viele das Bild nun mit anderen Augen betrachten sowie an manchen Schulen neue Unterrichtsentwürfe zum Waiblinger »Erno« entstehen.

³³ WKZ, Leserbrief, Drittes Reich ausgeblendet, vom 24. 2. 1995.

³⁴ Vgl. WKZ, Wenig hilfreiche Vergangenheitsbewältigung, vom 3. 5. 1995.

Ulrich Schröder

Zeit-Räume

Über Raumgewinn und Zeitersparnis

1. Die Dynamik der Moderne

Eine mögliche und unstrittige Betrachtung der Entwicklungsgeschichte der Stadt besagt, daß sie, nachdem sie zuvor das Land im Sinne einer eigenständigen Lebensund Produktionsform aufgelöst hat, nun selbst in Auflösung begriffen ist. Diese Entwicklung ist mit dem Prozeß der Modernisierung aller Lebensbereiche zwar nicht gleichzusetzen, durch ihn aber doch wesentlich und zunehmend geprägt worden. 1

Die fortwährenden Revolutionierungen der naturwissenschaftlichen Forschung und deren Anwendung in der Produktion verweisen ebenso wie die sozialen und kulturellen Veränderungen der postindustriellen oder postmodernen Gesellschaft auf eine reflexive Modernisierung. Es geht nicht mehr um die Nutzbarmachung der Natur, um die Herauslösung des Menschen aus traditionalen Zwängen, sondern wesentlich um Folgeprobleme der technisch-ökonomischen Entwicklung selbst. »Der Modernisierungsprozeß wird reflexiv«,² die verstädterte Gesellschaft als lebensräumliches Pendant zur ersten industriellen Revolution, der Industriegesellschaft, verliert ihre Konturen. Aber wie sehr sich auch die Gegenstände der Modernisierung geändert haben mögen, in ihrem Wesen scheint sie gleichgeblieben zu sein: Durch die Vielfalt unterschiedlicher Interpretationen erscheint die Moderne als ein Grundprozeß, für den sich der Begriff »Mobilmachung« als zentraler Beschreibungs- und Erklärungsausdruck einsetzen läßt.³ Die umfassende Mobilisierung des Geistes, der Körper und der Verhältnisse findet ihren Ausdruck in der Idee des Fortschritts,⁴ der in verschiedenen Formen zu einer immer komplexeren Verzeitlichung geführt hat und Zeit selbst zum Problem werden ließ: auf subjektiver (Zeitmanagement) wie auf objektiver (Zeitpolitik) Ebene und dazwischen auf der Ebene der Stadt in ihrer seltsamen Doppelrolle als Akteur und Opfer dieses Beschleunigungsprozesses.

Veränderungen im Zeitverständnis verweisen auf die Schnittstellen zwischen den Wirklichkeitskonstruktionen der Moderne und deren individueller Verarbeitung. Zeitbewußtsein wird entwickelt in dem Maße, in dem die Arbeit geplant und organisiert wird. Die fortschreitende Arbeitsteilung, die komplexer werdenden Abstimmungsprozesse und die wachsende Bedeutung der Distribution machen eine »stärker von den Zyklen der Natur abgehobene, von allen Mitgliedern der Gesellschaft ohne Ansehen ihrer konkreten Interessen, Zielsetzungen und Funktionen akzeptierbare, inhaltsleere Zeitstruktur«⁵ schon vor der Industrialisierung notwendig. Mit der Entfaltung der kapitalistischen Warenproduktion schließlich wird Zeit mehr als nur Mittel zur Synchronisation ökonomischer und sozialer Prozesse. Sie wird Maßstab für den in den Waren enthaltenen Wert und damit selbst zum Wirtschaftsgut. »Von nun an läßt sich Zeit rationalisieren, d. h. durch entsprechende Organisation von Kapital und Arbeit persparens, pgewinnens und produzieren, ef Die Durchsetzung dieser abstrakten Zeit war bekanntlich kein einfaches und ein nur begrenzt friedliches Unterfangen; der Zwang zum Schulbesuch gehörte ebenso dazu wie die Unausweichlichkeit der Fabrikarbeit und eine der sich durchsetzenden Säkularisierung entgegenkommende Interpretation der Religion, die protestantische Ethik, derzufolge Zeitvergeudung die erste und prinzipiell schwerste aller Sünden ist.⁷

2. Die Stadt als Beschleunigungsraum

Wie wird die umfassende Beschleunigung der Lebensverhältnisse in der Stadt von deren Bewohnern verarbeitet? Zunächst mittels der »modernen« Nervosität, ab 1880 als Neurasthenie wissenschaftlich verortet als »Zeitkrankheit«, gleichzeitig Ausdruck der modernen Zeit und des Leidens an ihr. Nervosität ist die Folge einer massiven Intensivierung und Verdichtung der Impressionen der reizüberfluteten Großstadt, die nicht nur durch eine allgemeine Erhöhung des Tempos gekennzeichnet ist, sondern Zeitabläufe bis in die Familie hinein bestimmt. Der Prozeß der »inneren Urbanisierung« verläuft langsam und konfliktreich. »Mobilität und Dynamik der Urbanisierung hatten keineswegs automatisch ein neues, bewegliches Bewußtsein erzeugt, sondern, vor allem in den Unterschichten, zum Teil auch Stimmungslagen, die sich eher mit Apathie und Resignation umschreiben lassen«. ⁸ Dennoch, das bewegliche Bewußtsein wurde zur Norm, und die verstandesmäßige Durchdringung der Wahrnehmung und der Erfahrungsverarbeitung werden dem Großstädter zum »Schutzorgan gegen

¹ Zu den vormodernen Veränderungen mit Folgen für das Verhältnis von Stadt und Land vgl. H. Häußermann / W. Siebel, Neue Urbanität, Frankfurt/M. 1987, S. 91-118.

² U. Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986, S. 26.

³ P. Sloterdijk, Eurotaoismus. Zur Kritik der politischen Kinetik, Frankfurt/M. 1989, S. 47f.

⁴ Vgl. R. Koselleck, Stichwort »Fortschritt«, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1979, S. 393.

⁵ J. P. Rinderspacher, Gesellschaft ohne Zeit, Frankfurt/M. 1985, S. 32.

⁶ H. Nowotny, Eigenzeit, Frankfurt/M. 1989, S. 57.

⁷ M. Weber, Die protestantische Ethik, Hamburg 1975, S. 167f.

⁸ G. Korff, Mentalität und Kommunikation in der Großstadt, in: Großstadt. Aspekte empirischer Kulturforschung, Schriften des Museums für Deutsche Volkskunde, Berlin 1985, S. 346.

die Entwurzelung, mit der die Strömungen und Diskrepanzen seines äußeren Milieus ihn bedrohen«.9

Die Großstädte sind indes mehr als Räume der Verzeitlichung, sie sind die Orte der Abstraktion. Hinter dem sich äußerlich chaotisch entwickelnden Stadtleben steht das rationale Prinzip der Geldwirtschaft, das eine Versachlichung der Beziehungen der Wirtschaftssubjekte fördert. Dies in dem Maße, wie die verschiedenen Lebensbereiche über das Geldprinzip organisiert und die Beziehungen der am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten anonym werden. Schließlich wird die Großstadt noch in einer weiteren Hinsicht abstrakt: Durch die Ausdehnung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen ist sie nicht mehr identisch mit ihrer stadträumlichen Gestalt. Verständlich wird sie erst in der Summe der über ihre Grenzen hinausreichenden Wirkungen – und umgekehrt der Aufnahmefähigkeit von äußeren Impulsen. Also wird das Kursieren des Geldes »zur funktional bedeutendsten Form der Bewegung, die den Lebensrhythmus insgesamt dynamisiert. « ¹⁰ Damit einher geht die abstrakte Erreichbarkeit und Verfügbarkeit aller Orte und Dinge.

Dieser zu Beginn des 20. Jahrhunderts analysierte Prozeß der »inneren Urbanisierung« und der Herausbildung des städtischen Sozialcharakters hat im Grunde wenig von seiner Aktualität verloren. Die Auflösung der traditionellen sozialen, religiösen und räumlichen Bindungen freilich verlor im Laufe der Zeit ihre bedrohliche Wirkung; die Erfahrung des Verlusts von statischen Gewißheiten wich der Erfahrung der Gestaltbarkeit des eigenen Lebens auf der Basis sukzessiv realisierter, neuer, vorwiegend materieller Sicherheiten: Fortschritt wird zum Glaubensbekenntnis der säkularisierten Moderne, und Geschwindigkeit als deren augenfälligste Eigenart bestimmt die Alltagskultur und die Kunst dieser Zeit – auch diese Tendenz hat bis heute eine kaum gebrochene Wirkungskraft. Zeitgeist also als Bewußtsein der begrenzten Zeit und der Notwendigkeit ihrer optimalen Nutzung. Einige Beispiele aus der unübersehbaren Fülle des Materials (wobei die ersten Zeichen der neuen Zeit bereits im 17. Jahrhundert beobachtet werden können):

a) Der Kaffee als wachhaltendes Getränk findet in der Mitte des 17. Jahrhunderts im Bürgertum der europäischen Städte zunehmende Verbreitung und Wertschätzung, und zwar in expliziter Abgrenzung zu den alkoholischen Getränken der unteren Volksschichten. »Die Vernunft und die Geschäftstüchtigkeit des Kaffeetrinkers werden dem Rausch, der Unfähigkeit und Faulheit des Alkoholtrinkers gegenübergestellt«,¹¹ und diese Gegenüberstellung geschieht im Wissen um den Preis der

künstlichen Wachheit: Denn der Kaffeegenuß kann nur »bei denen für dienlich gehalten werden, welchen mehr darum zu tun ist, ihre Zeit, als ihr Leben und ihre Gesundheit zu sparen.«¹²

- b) Zeitgewinn läßt sich auch in der Entwicklung des Tabakkonsums beobachten: Bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts ist nur die (umständlich vorzubereitende und langsam zu genießende) Pfeife bekannt; sie wird ersetzt durch die Zigarre, welche selbst kaum 50 Jahre später der Zigarette weicht. Eine Zigarettenlänge, wie die neue informelle Zeiteinheit heißt, unterscheidet sich von einer Zigarrenlänge wie die Geschwindigkeit der Postkutsche von der des Automobils.¹³
- c) Ähnlich verhält es sich mit dem Branntwein, der seit der Mitte des 17. Jahrhunderts Verbreitung findet und in teilweise dramatischen Ausmaßen die organischen Alkoholika Bier und Wein verdrängt. »Die Maximierung der Wirkung, die Beschleunigung und die Verbilligung machen den Branntwein zu einem genuinen Kind der Industriellen Revolution. «¹⁴ Anfang des 19. Jahrhunderts folgt eine weitere Beschleunigung (und Individualisierung) durch die Verdrängung der Gaststube zugunsten des Tresens.
- d) Mit den beschleunigten Lebensverhältnissen war die Beschleunigung der Fortbewegung untrennbar verbunden: Fahrrad, Motorrad, Automobil, Eisen-, Straßen- und Untergrundbahnen sind sämtlich Erfindungen des 19. Jahrhunderts und spätestens zur Jahrhundertwende so weit entwickelt, daß ihre Produktion und Installation in die städtische Infrastruktur tägliche Routine ist. In dieser Zeit überschreitet die Industrialisierung ihren ursprünglichen Ort, die Fabrik. Die Industrialisierung von Raum und Zeit beginnt und prägt das Alltagsleben des Städters. Seine kulturelle Ausformung findet das erhöhte Tempo des Lebens im Geschwindigkeitskult, wie er sich vor allem in der zeitgenössischen Literatur und Malerei manifestiert, aber auch alltäglicher in der Begeisterung für neue Schnellfahrversuche und Wettrennen. Wer modern sein will, muß vor allem schnell sein und zu diesem Zweck eine Maschine haben.¹⁵
- e) Zeit wurde nicht nur intensiver, sondern auch extensiver genutzt. Voraussetzung war die wachsende Unabhängigkeit von den natürlichen Lichtverhältnissen. Um 1800 waren die technischen Voraussetzungen für eine zentral versorgte Gasbeleuchtung geschaffen, um 1880 wurden die ersten Zentralstationen zur Erzeugung und Leitungsnetze zur Verteilung von Elektrizität in Betrieb genommen. Die zum Tag gemachte Nacht veränderte den Lebensrhythmus der Stadt durch die Erleich-

⁹ G. Simmel, Die Großstädte und das Geistesleben, in: ders., Das Individuum und die Freiheit, Frankfurt/M. 1993, S. 193.

¹⁰ L. Müller, Die Großstädte als Ort der Moderne, in: K.R. Scherpe, Die Unwirklichkeit der Städte, Reinbek 1988, S. 18 f.

¹¹ W. Schivelbusch, Der Geschmack, das Paradies und die Vernunft, München/Wien 1980, S. 29.

¹² C. von Linné, Gedanken vom Kaffee, zit. n. W. Schivelbusch (s. A 11), S. 53.

¹³ Vgl. ebda., S. 123 f.

¹⁴ Ebda., S. 165.

¹⁵ Vgl. P. Hinrichs / I. Kolboom / H.-J. Neyer, Zwischen Fahrrad und Fließband, in: absolut modern sein. culture technique in Frankreich 1889–1937, Berlin 1986, S. 36.

terung der Nachtarbeit ebenso wie durch die zeitliche Ausdehnung von Geschäftsund Vergnügungszeiten. Die neue Tages- bzw. Nachtordnung kennzeichnete nicht nur den sozialen Abstand zwischen Leisure Class und arbeitender Bevölkerung, sondern ebenso die Differenz zwischen Metropole und Provinz. 16

f) Ein letztes Beispiel für die prägende Wirkung der Geschwindigkeit auf die Alltagskultur findet sich in der Faszination der Stromlinienform, die in den USA zur Zeit der Wirtschaftskrise den Glauben an den (wissenschaftlich begründeten) Fortschritt neu zu bündeln vermochte. Zunächst nur unter technischen Gesichtspunkten zur Verminderung des Luftwiderstandes von Autos und Lokomotiven erprobt, dehnte sich die stromlinienförmige Gestaltung bald auf alle möglichen (und statischen) Gegenstände des täglichen Gebrauchs aus. Zudem erweiterte sich ihr Gestaltungsanspruch über das Fahrzeug hinaus auf das Verkehrssystem, d. h. auf die Gestaltung von Straßen und Kreuzungen im Hinblick auf deren Potentiale zur Widerstandsverringerung, »Stromlinienform« wurde zu einem allgemeinen Begriff, der auf die Eliminierung jeglichen Elements abzielte, das als unnötig, hindernd oder ineffizient galt.¹⁷

Modern zu sein, heißt schnell zu sein. Diese Gleichsetzung hat sich bis heute nicht grundlegend geändert. Sie ist lediglich erweitert worden um die Kategorie der immateriellen Geschwindigkeit, wie sie durch die Entwicklung der neuen Kommunikationsund Informationstechnologien möglich und scheinbar unausweichlich geworden ist. Simultanität und Simulation sind die Stichworte, die eine zeit- und raumunabhängige Verfügbarkeit von Informationen, Dienstleistungen und Waren anzeigen und in unseren Alltag eindringen, selbst in die bislang getrennten Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens. Das mit Mobilfunk, Mobilfax und Laptop ausgestattete Auto verdeutlicht den Trend: Auf der Höhe der Zeit befinden sich die jederzeit an die Datennetze anschließbaren und jederzeit erreichbaren Individuen als avancierteste Vertreter der neuesten Ausprägung von Zeitgestaltung, der Flexibilität. Flexible Nutzung der Zeit ist jedoch keineswegs mit Zeitsouveränität gleichzusetzen. Sie ist im Gegenteil durch die ebenfalls informationstechnologisch begründeten Veränderungen im Produktionsbereich gleichsam erzwungen – durch »die zeitlichen Organisationsprinzipien, die eindeutig dominieren: Kapital, Rohstoffe bzw. teilverfertigte Produkte und Arbeit werden je nach Finanzierungs-, Markt- und Auftragslage, nach dem Prinzip der kurzzeitigen und kostengünstigsten zeitlichen Verfügbarkeit organisiert«. 18 Die gewonnene Freiheit vom ehemals unnachgiebig starren Rhythmus der Fabrikarbeit ähnelt dabei einer weiteren typisch städtischen Emanzipationsleistung: der Befreiung vom engen

Netzwerk der sozialen Kontrolle, beinhaltet dabei jedoch nicht nur die Möglichkeit, sondern auch den Zwang zur Selbstbestimmung. Es scheint, als ob das Maschinenzeitalter sich endgültig anschickte, die Menschen aus seiner starren Ordnung zu entlassen, während sich der »flexibel entstetigte Arbeitsplatz« noch nicht gänzlich durchgesetzt hat. 19

Flexible Entstetigung meint dabei mehr als nur Umfang und zeitliche, teilweise auch räumliche Lage der Arbeitszeit: dazu kann ebenso eine zeitweilige oder dauerhafte Arbeitslosigkeit gehören. Langeweile oder Zeitnot sind die individuell zu tragenden Folgen, die nach beruflichem Status, Ausbildung, Geschlechtszugehörigkeit sowie Alter differieren. Dies ist ein Aspekt, der gegen eine voreilige Bewertung der Flexibilisierung von Arbeits- und Freizeit als neue Stufe der Autonomie spricht. Ein zweiter ist der Umstand, daß mehr oder minder verbindliche Zeitstrukturen und Lebensrhythmen auch eine gesellschaftskonstituierende Bedeutung haben. Demzufolge könnte einer kontinuierlich konsumierenden, produzierenden und mit einem riesigen Informationsangebot ausgestatteten Gesellschaft die Fähigkeit abhanden kommen, durch ihren Lebensrhythmus integrativ zu wirken.²⁰

3. Konstruktion als Mobilmachung. Zur städtebaulichen und architektonischen Moderne

Die säkularisierte Moderne definiert sich durch den Bruch mit aller Tradition. Orientierungsmaßstäbe entnimmt sie nicht mehr Vorbildern einer anderen Epoche, sondern schöpft ihre Normativität aus sich selbst. Das erklärt »die Dynamik der ruhelos bis in unsere Zeit fortgesetzten Versuche, sich selbst festzustellen«. 21 Für die Architekten äußerte sich dieser Zwang zur Selbstbegründung in einer Trennung von allen geschichtlichen Vorbildern. Die ersten und gleichzeitig radikalsten Entwürfe einer neuen Architektur, die vollkommen mit allen alltäglichen und künstlerischen Vorstellungen eines Bauwerkes brechen, finden sich lange vor deren technischer Realisierbarkeit in der französischen Revolutionsarchitektur. Bekanntestes Beispiel ist das Kugelhaus von Ledoux von 1770, das die Erde an nur einem Punkt berührt: »Wo dieser Gedanke auch nur als bloßer spielerischer Einfall möglich sein soll, muß vorher die Architektur mit der Geometrie gleichgesetzt worden sein.«²² Entscheidend ist daher nicht die Verwendung geometrischer Formen, sondern die Gleichsetzung von Geometrie und Architektur. Der Rückgriff auf die abstrakten Körper der Geometrie kann als

¹⁶ Vgl. W. Schivelbusch, Lichtblicke, München/Wien 1983, S. 137.

¹⁷ Vgl. B. H. Fitten, Auftakt und Apex, in: C. Lichtenstein / Franz Egler, Stromlinienform, Museum für Gestaltung Zürich 1993, S. 115.

¹⁸ H. Nowotny (s. A 6), S. 114.

¹⁹ Vgl. H. Nowotny (s. A 6), S. 111.

²⁰ Vgl. hierzu J. Rinderspacher, Wege der Verzeitlichung, in: D. Henckel (Hrsg.), Arbeitszeit, Betriebszeit, Freizeit. Auswirkungen auf die Raumentwicklung, Stuttgart 1988, S. 61.

²¹ *J. Habermas*, Der philosophische Diskurs der Moderne, Frankfurt/M. 1985, S. 116.

²² H. Sedlmayr, Verlust der Mitte, Frankfurt/M. 1985, S. 95.

ein Verfahren zur Neu- und Selbstbegründung der modernen Architektur gesehen werden, das allerdings erst mit der Verfügbarkeit der technischen Konstruktionsmittel seine eigentliche Wirksamkeit entfaltet. Paxtons Kristallpalast, eine Eisen-Glas-Konstruktion aus dem Jahr 1851, und der Eiffelturm von 1889 sind zwei Bauwerke, die den Prozeß der Neudefinition des Bauens illustrieren: sie sind Ausdruck der Konstruierbarkeit der Welt beruhend auf abstrakten, technisch-naturwissenschaftlich begründeten Prinzipien. Die Heftigkeit der zeitgenössischen Kontroversen ist nur in diesem Kontext zu verstehen, und diese Debatten wurden bis ins 20. Jahrhundert mit verändertem Schwerpunkt fortgesetzt. Zunehmend weniger in Frage gestellt wurden dabei das Prinzip der Konstruktion und die Industrialisierung des Bauens. In den Mittelpunkt rückte die Frage nach der Legitimität des Ornaments, welches von den Vertretern des Neuen Bauens entschieden abgelehnt wurde; als Symbol gerade überwundener feudaler Herrschaftsformen oder als irrationale Verkleidung der wissenschaftlichtechnisch begründeten und also vernünftigen neuen Architektur. Diese galt von vornherein als gesund, wenn sie sich nur zweckrational ausrichten und auf die alten Symbole und auf die Bildung neuer verzichten wolle. »Wirtschaftlichkeit, Rationalisierung und Standardisierung waren die neuen Götter«, von deren Inthronisation man sich eine bessere Welt versprach.²³

Die städtebauliche Moderne ist vor allem unter Aspekten der Abwertung und Unterdrückung emotionaler und irrationaler Bedürfnisse sowie der Verwendung und Dogmatisierung eines eindimensionalen Rationalitätsbegriffs untersucht und kritisiert worden. Eine Betrachtung der Programme und Manifeste liefert aber auch Hinweise auf die Wirksamkeit des zentralen Mechanismus' der Modernisierung: der Mobilmachung. Programmatische Äußerungen von Stadtplanern und Architekten sind nicht mit Planungen und noch weniger mit Realisierungen zu verwechseln, aber sie werfen trotzdem ein Licht auf die geistige Situation der Zeit, weil sie im Kern Äußerungen zum und Vorstellungen vom richtigen - und das heißt: zeitgemäßen - Leben enthalten. Als Entwürfe und Utopien sind sie oft über das hinausgegangen, was realisiert wurde oder werden konnte; in ihrer Wirksamkeit sind sie jedoch allemal höher zu bewerten als die Versuche, die auf Langsamkeit und Ortsgebundenheit setzten.

Explizite Beschreibungen des Geschwindigkeitsmotivs für die Städte und Forderungen nach einer Architektur der Dynamik finden sich vor allem zwischen 1910 und 1930. Die kompromißloseste Formulierung fand sich dabei bei den italienischen Futuristen, bestimmt von der bedingungslosen Ablehnung aller Tradition und der ebenso unbedingten Forcierung des Neuen. Wenn je, dann konnte man hier von einer Apotheose der Maschine und der Geschwindigkeit sprechen, weil Technik nicht mehr in ihrer instrumentellen Funktion gesehen wurde, sondern, abgekoppelt von jedem gesellschaftspolitischen Kontext, eine eigenständige Daseinsberechtigung erfuhr. Einige wesentlichen Elemente des Futurismus erwiesen sich dann als leicht in die Ideologie des italienischen Faschismus integrierbar.

Die durch die Geschwindigkeit des Transports und der Kommunikation zusammengeschrumpfte, technische Stadt entspricht dem neuen traditionslosen, künstlichen Menschen. Einige Zitate aus dem Manifest der futuristischen Architektur: »Architektur kann keinem Gesetz historischer Kontinuität unterworfen sein. Sie muß nur neu sein wie unsere Geisteshaltung... Wir müssen die futuristische Stadt erfinden und erbauen - sie muß einer großen, lärmenden Werft gleichen und in all ihren Teilen flink, beweglich, dynamisch sein; das futuristische Haus muß wie eine richtige Maschine sein ... Wir, die wir materiell und geistig künstlich sind, ... müssen Umwelt und Menschen frei und kühn in Übereinstimmung bringen - das heißt, die Welt der Dinge zu einem genauen Abbild der geistigen Welt machen. «24 Entsprechend findet sich in den architektonischen Entwürfen eine starke Betonung aller mechanisch dynamischen Funktionen; der Lebensraum Stadt wird als Bewegungsraum definiert. Verglichen hiermit gibt sich die russische Revolutionsarchitektur moderat, obwohl die russischen Künstler und Architekten ihre Arbeit explizit als Beitrag zur politischen Umwälzung definieren. Das Modell der Maschine spielte auch hier eine entscheidende Rolle, als Metapher für die Modernisierung der Produktionsmittel und der Produktionsverhältnisse, aber auch als Sinnbild von Objektivität und Wissenschaftlichkeit. Im Unterschied zum Futurismus jedoch wurden die »neuen Inhalte und Bauaufgaben... bewußt als soziale Kondensatoren eingesetzt, als architektonische Elemente, die gesellschaftsverändernd wirken wollten.«²⁵ El Lissitzky's Entwürfe für die Wolkenbügel – eine Planung von acht Hochhäusern, deren sich horizontal erstreckende Baukörper von Stelzen getragen werden – veranschaulichen diese grundlegenden Gestaltungsprinzipien: Verwendung der geometrischen Formen, serielle Fertigung (im deutlichen Gegensatz zum individuellen amerikanischen Hochhaus) sowie deutliche Bezugnahme auf die Verkehrsströme. Was allerdings die Symbolisierung der Dynamik der »Stadt der Revolution« betrifft, scheint Lissitzky selbst unentschieden. Einerseits »müsse die neue Architektur der horizontalen Bewegung mehr zuneigen als der vertikalen«, ²⁶ andererseits sei » eine unserer Zukunftsideen ... die Überwindung des Funda-

²³ K. Horn, Zweckrationalität in der modernen Architektur, in: H. Berndt u. a., Architektur als Ideologie, Frankfurt/M. 1971, S. 110, 113.

²⁴ A. Sant'Elia / F. Marinetti, Futuristische Architektur, zit. n. U. Conrads, Programme und Manifeste der Architektur des 20. Jahrhunderts, Braunschweig/Wiesbaden 1981, S. 31 f., 34.

²⁵ G. Kähler, »Schokolade ja, aber Edelbitter«. Dekonstruktivismus, Maschine und Utopie, in: ders. (Hrsg.), Dekonstruktion? Dekonstruktivismus?, Braunschweig 1990, S. 20, 23.

²⁶ W. Kambartel, Lissitzkys »Rekonstruktion der Architektur«, in: N. Nolis, El Lissitzky 1890–1941, Hannover 1988, S. 62.

Zeit-Räume 375

ments, der Erdgebundenheit«.²⁷ Im scheinbar schwebenden Wolkenbügel sind beide Forderungen in Übereinstimmung gebracht.²⁸

Auch einige dem deutschen Bauhaus zuzuordnende Architekten waren stark von den konstruktivistischen und futuristischen Programmatiken beeinflußt – allen voran Ludwig Hilbersheimer, dessen Planungen für eine Hochhausstadt auf zwei Ebenen mit der konsequenten Entflechtung der städtischen Funktionen von Wohnen und Arbeiten auch eine Trennung und damit Beschleunigung der Verkehrsströme vorsahen. Ausdrücklich mit den Erfordernissen des modernen Städtebaus beschäftigt sich seit 1928 die Congrès Internationaux d'Architekture Moderne (CIAM), eine überaus einflußreiche Gruppe europäischer Architekten wie Le Corbusier, Ernst May, Hannes Meyer etc. Bereits in ihrer ersten Erklärung von La Sarraz, 1928, wird die Bedeutung des Verkehrs für die Verknüpfung der städtischen Funktionen des Wohnens, des Arbeitens und der Erholung betont: »Die wachsende Intensität dieser Lebensfunktionen zieht die wachsende Diktatur des Verkehrs unumgänglich nach sich. «²⁹ Fünf Jahre später wird die wachsende Intensität bereits explizit als Problem der Zeitorganisation und die Diktatur des Verkehrs in seiner Ambivalenz begriffen. So bestehe die Gefahr einer größeren horizontalen Ausdehnung der wachsenden Städte darin, den Bewohnern »Entfernungen aufzuzwingen, die in keinem Verhältnis zur verfügbaren Zeit stehen... Die schon jetzt erreichbaren Geschwindigkeiten bedeuteten eine Versuchung zur täglichen Flucht in die Ferne und verbreiteten den Geschmack an einer hemmungsund maßlosen Beweglichkeit. «30 Obwohl unausweichlich und auf dem ieweils höchsten technischen Niveau zu organisieren, bleibt der Verkehr als vierte städtische Funktion doch darauf beschränkt, das optimale Funktionieren von Wohnen, Arbeiten und Erholung zu gewährleisten.

Aber auch dort, wo nicht von Geschwindigkeit, sondern von Sachlichkeit und Funktionalität die Rede ist, geht es implizit um die Zeitnutzung. Baukunst als »raumgefaßter Zeitwille« (Mies von der Rohe), das Haus als »Wohnmaschine« (Le Corbusier), Haus und Hausgerät mehr als »eine Sache der Vernunft als Sache der Leidenschaft« (W. Gropius) - diese Stichworte deuten an, daß auch das Wohnen und vor allem die häusliche Arbeit nach Kriterien der Effizienz, des optimierten Zeiteinsatzes organisiert werden sollten. Die Mechanisierung und spätere Elektrifizierung der Haushaltstätigkeiten gehört ebenso in diesen Kontext wie die Nutzungsflexibilität der Wohnung. Letztere wurde vor allem durch die Übernahme von Einrichtungsprinzipien der Ozeandampfer und Eisenbahnwagen erreicht. Die zusammenklappbaren Möbel

²⁷ El Lissitzky, Russland: Architektur für eine Weltrevolution, Braunschweig/Wiesbaden, S. 46.

³⁰ Ebda., S. 132 f.

waren gerade für die kleinen Wohnungen funktionell und mehr als das: sie symbolisierten das dynamische Lebensgefühl.

Die Periode des deutschen Faschismus unterbrach alle zivilen Planungsutopien vom schnellen Leben in einer dynamischen Stadt, aber eben nur die zivilen. Der Faschismus selbst kann, aller Blut-und-Boden-Ideologie zum Trotz, als eine Phase der radikalen Modernisierung und der totalen Mobilmachung begriffen werden, die nun wirklich von keinerlei Tradition, auch keiner humanistischen, mehr begrenzt wurde. Dies bezieht sich auch auf die Wiederaufbauplanungen für die kriegszerstörten Städte. Die Nachkriegdiskussion um die Stadt der Zukunft ist anfangs geprägt vom Leitbild der autogerechten Stadt, wird aber schon 1960 erweitert um die Vorstellung des mobilen Bauens, Die »groupe d'études d'architecture mobile« (GEAM) fordert in ihrem Programm für ein mobiles Bauen die Anwendung industrieller Fertigungstechniken und die Entwicklung variabler und austauschbarer Konstruktionselemente.³¹ In konsequenter Fortsetzung dieses Gedankens müssen sodann Stadt und Stadtplanung an die Entwicklungen des Verkehrs anpassungsfähig sein.³²

So pointiert ist der Status des Verkehrs vorher nie definiert worden: Er wurde idealisiert und funktionalisiert, aber doch nie zum flexiblen Fixpunkt, an dem die Stadtplanung sich ihrerseits zu orientieren habe. Ein im Sinne der GEAM-Programmatik typisches Projekt ist Yona Friedmanns »Paris Spatial«, eine Raumstadt-Skelettkonstruktion um den Kern von Paris: Ein drei- bis viergeschossiges Raumgitter sollte zur Hälfte mit Wohnungen und Büros ausgefüllt werden, die darunterliegenden Stadtteile dem Verkehr dienen und innerhalb des Raumtragwerks die Zonen für die Fußgänger liegen. 33 Die alte Stadt würde dabei für den Auto- und Busverkehr freigeräumt werden. Auch weitere Projekte der 60er und 70er Jahre entwickeln diese GEAM-Forderung nach Flexibilisierung und Mobilisierung des Bauens konsequent weiter, wobei auch hier wiederum die Begründungszusammenhänge von Interesse sind:

Die Metabolisten, eine in dieser Zeit einflußreiche japanische Architekturschule, planen und realisieren Gebäudekomplexe, die aus einer erweiterungsfähigen Tragwerkskonstruktion mit zahllosen eingehängten Wohnkapseln bestehen. Jede dieser Kapseln ist nahezu autark, d. h. vollständig eingerichtet und installations-technisch erschlossen. Der individuelle Gestaltungsspielraum ist minimal, und entsprechend gering sind die Möglichkeiten des Sich-Einrichtens und der damit verbundenen Neigung zur Seßhaftigkeit.34

²⁸ Über die Kontroversen zwischen den Konstruktivisten und den Rationalisten kann an dieser Stelle ebenso wenig eingegangen werden wie auf die Ursachen des Scheiterns der revolutionären Architektur. Vgl. dazu G. Kähler (s. A 25).

²⁹ CIAM, Erklärung von La Savraz, in: U. Conrads (s. A 24), S. 105.

³¹ Vgl. GEAM, Programm für ein mobiles Bauen, in: U. Conrads, ebda. S. 161.

³³ P. Werner, Über die Utopien der 60er Jahre..., in: Stadt und Utopie, Ausstellungskatalog, Berlin

³⁴ A. Gleininger-Neumann, Kisho Kurokawa, in: H. Klotz (Hrsg.), Vision der Moderne. Das Prinzip Konstruktion, München 1986, S. 172.

Ein ähnliches Modell zur Verwendung vorfabrizierter und auf höchstem technischen Niveau ausgestatteten Wohncontainer verfolgt Wolfgang Döring, der allerdings eine Integration des Individuums in den Planungsprozeß fordert, um Monotonie und Uniformität der »offenen Systeme« zu verhindern. Döring kritisiert die Adaption von Gestaltungsmerkmalen technischer Produkte in die Gestaltung von Gebäuden als »Irrweg des internationalen Stils«. Der Aspekt von Mobilität müsse auf die gesamte Umwelt bezogen werden.³⁵

Die utopisch urbanistischen Entwürfe der Gruppe Archigram erinnern in ihrer Radikalität und Präsentationsform (z. T. als Comic-strip) eher an eine gesellschaftskritische Form von science-fiction als an eine ernstzunehmende Auseinandersetzung mit der technologischen Hochgeschwindigkeitskultur: so die »Walking Cities«, komplexe, hochtechnisierte Städte, die, auf Luftkissen und Teleskopstelzen gelagert, sich zu der Umwelt bewegen können, die hinreichend neue Ressourcen bietet; oder das Projekt »Living 1990«, eine Wohn-Stadt, in der die (herkömmlichen) Lebens-Räume von Computern auf screens simuliert werden, gesteuert von den Bewohnern in ihren »Hoover-chairs«, schwebende Sessel, die auch als Bett-Kapseln und Fortbewegungsmittel funktionieren. Bei den Archigram-Utopien sind Veränderbarkeit und Mobilität die Hauptthemen: »Die Wohnzellen sind nach den Gesetzen der Konsumgesellschaft austauschbar, Erschließungs- und Verkehrselemente wie Aufzüge, Schnellstraßen, Schwebebahnen und Kräne bestimmen die Ästhetik der Agglomeration.«³⁶ Selbstverständlich gibt es Gegenbeispiele, von Erich Mendelsohns Suche nach organischen Bauformen über Ebenezar Howards Gartenstadt bis zur ökologischen Haus- und Stadtplanung. Aber selbst der ökologische Versuch einer Kurskorrektur, der sich auf zwingende Argumente berufen kann, bleibt gegenüber dem herrschenden Verständnis vom urbanen Leben und realer Stadtentwicklung merkwürdig defensiv.

Viele Projekte der technologisch-mobilen Stadt, die eine Antwort auf rapide Bevölkerungszuwächse und die Probleme einer kapitalistischen Bau- und Bodenordnung zu geben versuchen, sperren sich gegen ihre Verwirklichung. Warum? Vielleicht übersteigen sie in ihrer Technomanie und Gigantonomie (noch) das sich selbst ständig ändernde »menschliche Maß«, vielleicht verbauen sie mit ihrer Glorifizierung des artifiziellen Raums und des beziehungslosen Subjekts dem Menschen seine Fluchtwege aus dem ohnehin beschleunigten Alltag. Sofern Modelle des mobilen Wohnens Anwendung finden, stehen sie jedenfalls außerhalb jedes utopischen Kontextes: Containersiedlungen für Asylanten und Obdachlose signalisieren eine (verspätete) gesellschaftliche Reaktion – und eben keine Antizipation.

4. Zeitpolitik und Stadtentwicklung

Auch wenn die spektakulären und totalitären stadträumlichen Visionen des technologischen Fortschritts gescheitert sind: eine verminderte Wirksamkeit des Komplexes Geschwindigkeit – Flexibilität – Mobilität läßt sich daraus kaum ableiten. Auch die wissenschaftlich-technischen Innovationen des ausgehenden 20. Jahrhunderts verändern die Stadt in ihrem Wesen, in ihrer Gestalt und nicht zuletzt in ihrer Gestaltbarkeit.

Noch einmal zum Thema Beschleunigung - »Modernisierung vollzieht sich als das Werk... der großen Wissenschaft, der großen Kapitale, der großen Technik, der großen Medien. Diese sind die wesentlichen Träger des neuweltlichen Prozesses - und man verstellt sich die Einsicht in ihre Qualität, solange man sie unter dem Titel Produktivkräfte diskutiert«. 37 Diese Einsicht wird bestätigt durch ein Grundmerkmal der herrschenden Technikkultur, derzufolge die meisten Innovationen zur Geschwindigkeitssteigerung eingesetzt werden: Beschleunigung der Wissensproduktion, der Kapitalströme, der technologisch bestimmten Naturbeherrschung und Umweltkontrolle, der Informationsflüsse. Diese umfassende Mobilisierung aller Ressourcen hat für die Entwicklung der Stadt weitreichende Konsequenzen: Die augenfälligste Beschleunigung ist bei den Transporttechniken zu beobachten. Die für das wirtschaftliche Wachstum der Städte schon immer entscheidende Bedeutung von der Anbindung an regionale und nationale Verkehrswege ist heute um die europäische und internationale Ebene erweitert worden. Der Anschluß an neue Transporttechniken (Schnellbahntrassen, Güterverteil-Zentren, Großflughäfen) ist, wo er sich nicht gleichsam selbstverständlich ergibt, Gegenstand kommunalpolitischer Bemühungen. Eine zusätzliche Bedeutung erhält die Verkehrsinfrastruktur durch neue Produktions- und Lagerhaltungskonzepte großindustrieller Betriebe, in deren Folge Zuliefererfirmen ihre Produkte schnell, flexibel und pünktlich anliefern müssen; eine Forderung, die nicht nur nach schnellen Verbindungen, sondern vor allem nach kalkulierbaren Transportzeiten verlangt und unter den gegebenen Auslastungen nur schwer erfüllbar ist.

Optimierung der zeitlichen Erreichbarkeit von Personen und Waren ist so gesehen ein notwendiger Bestandteil der städtischen Standortpolitik; sie kann jedoch auch Grundlage einer Firmenpolitik sein, die sich nicht regionaler Märkte und Produzenten bedient, sondern im Gegenteil die für die eigene Produktion benötigten Waren und vorgefertigten Produktteile weltweit bezieht oder Teile der eigenen Produktion auslagert. Dieser Prozeß der Ausdifferenzierung der Produktionsstandorte und der Bezugsquellen setzt indes nicht nur die Möglichkeit des schnellen und preiswerten Warentransports voraus, sondern vor allem die allzeitige Verfügbarkeit von Informationen: über alle Umstände, die Einfluß auf eine Optimierung des Produktionsprozesses

³⁵ W. Döring, Perspektiven einer Architektur, Frankfurt/M. 1973, S. 38 f., 106.

³⁶ V. M. Lampugnani, Architektur und Städtebau des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1980, S. 216.

³⁷ P. Sloterdijk (s. A 3), S. 144.

Zeit-Räume 379

haben und die helfen können, den Vorsprung vor der Konkurrenz auszubauen. Das Wissen um nationale Steuergesetze, um nationale oder regionale Wirtschaftsförderungsprogramme, um tarif- und arbeitsbezogene Gewerkschaftspolitik, um Kooperationsmöglichkeiten mit staatlichen Forschungseinrichtungen etc. ist in einem doppelten Sinn zu einer entscheidenden Ressource unternehmerischer Politik geworden - in der Verhandlungsfähigkeit gegenüber den Kommunen/Ländern als potentiellen Standorten und in der Innovationsfähigkeit gegenüber konkurrierenden Unternehmen. Die Telekommunikation beschleunigt die Konzernzentralen auf Lichtgeschwindigkeit. »Die Beschleunigung erhöht die Flexibilität, sie schafft Verfügbarkeit über Raum ... und schafft Voraussetzungen für ständige Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Gelegenheiten.«38 Die Verfügbarkeit des Raums dokumentiert sich vor allem in der Auslagerung von Produktionsabteilungen, die auf niedrigem technologischen Niveau arbeiten und entsprechend wenig auf die Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte angewiesen sind: Die großindustrielle Serienfertigung findet zunehmend in den Entwicklungsländern statt. Technologisch aufwendige Produktionsanlagen, die auf die flexible Fertigung anspruchsvoller Produkte in kleinen Serien ausgelegt sind und entsprechend leicht umrüstbar bzw. programmierbar sein müssen, werden dort gebaut, wo o. g. Voraussetzungen am günstigsten sind. Am Stammsitz des Unternehmens verbleiben am ehesten noch die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, weil sich in den großstädtischen Zentren die Betriebe des tertiären Sektors, die auf technische und gedankliche Vorleistungen für die Produktentwicklung, auf die finanzielle und organisatorische Absicherung von Unternehmensstrategien spezialisiert sind, befinden.³⁹

Die kaum zu unterschätzende Bedeutung, die der wissenschaftlichen Forschung und deren möglichst zeitnaher technischer Umsetzung zukommt, äußert sich zunächst augenfällig in der Verkürzung der Produktzyklen. Die Zeiträume, in denen ein Artikel unverändert hergestellt wird, werden beständig kürzer, der Modellwechsel auch von produktionstechnisch komplexen Produkten immer häufiger. In einer Gesellschaft, in der die schnelle Verfügbarkeit über die technologisch fortschrittlichsten Produkte auch als Methode einer auf Distinktion angelegten Identitätspolitik verstanden werden kann, bedeutet eine Verkürzung der Produktzyklen zugleich auch eine Verkürzung der Nutzungsdauer, oder anders, eine Erhöhung des »Verschleißquotienten«.

Verkürzungen von Produktzyklen und von Branchenzyklen, selbst die Folge von Beschleunigungsprozessen, führen ihrerseits zu neuen Beschleunigungen: neue Produkte in immer kürzeren zeitlichen Abständen, größere Flexibilität und wachsende Ortsunabhängigkeit betrieblicher wie individueller Arbeit und schließlich Evolution im Zeitraffer. Und in dem Maße, in dem die Innovationen den Alltag bestimmen, wird

dieser auch von dessen Kehrseite, dem Prozeß des Veralterns bestimmt: »Wenn Technologien, Firmen und Regionen heute schneller altern und offensichtlich »veralten«, ebenso wie berufliche Qualifikationen von Menschen und ihr lebenszeitlich erworbenes Wissen, so liegt die Vermutung nahe, daß sich die Norm des Alterns in Abhängigkeit von der Innovationsfähigkeit verändert. Je schneller innoviert wird, desto schneller wächst die Anfälligkeit für Obsoleszens.«⁴⁰

Standortpolitik auf dieser Ebene ist also mehr oder minder dazu gezwungen, die Rahmenbedingungen für den allgemeinen Beschleunigungsprozeß zu optimieren, für das ungehinderte Fließen der Waren-, Personen-, Finanz- und Informationsströme. Veränderungen in der Branchenstruktur, in den Produktionstechnologien und in der Logistik haben jedoch auch sehr konkrete stadträumliche Folgen. Vor allem scheint der historische Prozeß, in dessen Verlauf sich die Stadt räumlich funktional ausdifferenzierte, noch lange nicht abgeschlossen. Die Tendenz zur monofunktionalen Raumnutzung erfährt durch Spezialisierungs- und Ausdifferenzierungsprozesse der Produktion und Forschung im Gegenteil nachhaltigen Auftrieb:

- Schnellbahnen, Autobahnen und Flughäfen erfordern nicht nur mehr Fläche, sondern aus Sicherheits- und Emissionsgründen auch vergrößerte Abstandsflächen.
- Neue Forschungs- und Produktionsverfahren mit sicherheitstechnischen Auflagen führen zur Ausweisung spezialisierter Gewerbegebiete.
- Die Zunahme verschiedenartig zu behandelnder Arten des Sondermülls bedingt den Aufbau von hochspezialisierten Entsorgungsbetrieben an ausgewählten sicheren Standorten.
- Kontaminierte Fabrikgebäude und -areale werden nur selten einer neuen Nutzung zugeführt, weil die Aufarbeitung entweder zu teuer oder technisch nur begrenzt möglich ist.
- Die Notwendigkeit der just-in-time-Belieferung führt auf engem Raum mit hervorragenden Verkehrsanbindungen zum Aufbau »räumlicher Produktionsmuster von Endproduktherstellern und Systemlieferanten«.⁴¹
- Steigende Kapitalintensität und zunehmende Automatisierung der Produktion führen zu einem wachsenden Flächenbedarf, der durch die Neigung zur flexiblen Erweiterungsfähigkeit weiter verstärkt wird und in bestehende Strukturen kaum integrierbar ist.

Verstärkt wird diese Tendenz durch Entwicklungen, die nicht direkt mit dem Produktionsbereich, wohl aber mit dem Verkehrssystem verbunden sind:

 Die in den 80er und 90er Jahren entstandenen Neubaugebiete, und hier besonders die wenig verdichteten, sind vorwiegend im weiteren Umland der Agglomerationen

³⁸ D. Henckel, Beschleunigung und Flexibilität. Lokalzeit versus Weltzeit, in: Loccumer Protokolle Nr. 14/1992, S. 110.

³⁹ H. Häußermann / W. Siebel, Neue Urbanität, Frankfurt/M. 1987, S. 51.

⁴⁰ H. Nowotny (s. A 6), S. 68.

⁴¹ H. Floeting / D. Henckel, Lean production, Telematik, just-in-time, in: Stadt Bauwelt 120/1993, S. 2625.

entstanden, in denen der eigentliche Wohnungsbedarf herrschte. In diesen Gebieten ist die Autoabhängigkeit der Bewohner deutlich höher als in den Baugebieten der 60er und 70er Jahre.

 Die an den Stadträndern und im Umland entstandenen und entstehenden Einkaufszentren (mit zunehmender Integration von Freizeiteinrichtungen) sind monofunktionale Räume in Reinform, die die autogerechte Erschließung gleichermaßen voraussetzen wie verstärken. Die Ausweitung dieser Flächen ist, stärker noch als im industriellen Bereich, durch die Substitution von Arbeit durch Kapital und Boden gegeben; Selbstbedienung in möglichst ebenerdigen Gebäuden führt zu einer kontinuierlichen Zunahme der Einzelhandelsflächen.

Der Trend geht also – wenngleich aus unterschiedlichen Gründen – eindeutig zum wachsenden Flächenverbrauch, wobei an die funktionale Gliederung der Städte angeknüpft, diese aber weiter ausdifferenziert wird. Diese Entwicklung läßt sich auch als ein Prozeß begreifen, in dem Zeit und/oder Arbeit durch Fläche ersetzt wird, beim Supermarkt wie in den automatisierten Produktionsanlagen oder den Schnellbahnund Schnellstraßensystemen. Die umgekehrte Strategie - Flächenersparnis durch erhöhte Zeit- oder Arbeitsinvestitionen - läßt sich schwer durchsetzen, weil Zeit knapp und Arbeit teuer ist. Lediglich durch die hohen Investitionskosten in die neuen High-tech-Fabriken wird eine zeitliche Ausdehnung und Flexibilisierung der Nutzungsdauer realisiert, weil die Alternative - eine zweite Fabrik, die zeitgleich mit der ersten genutzt wird - noch teurer wäre. Eine andere Möglichkeit, die räumlichen Ressourcen besser zu nutzen, wäre deren Eignung für mehrere Funktionen. Aber was für die Wohnung begrenzt möglich ist, nämlich ihre Nutzung als Wohn-, Freizeit- und (Büro-) Arbeitsraum, läßt sich nicht auf die Fabriken und Einkaufszentren übertragen. Und schließlich ist die ausdifferenzierte Funktionalität von Stadträumen nicht nur der Politik von internationalen Konzernen und deren öffentlicher Zuliefererindustrie geschuldet, sondern auch den diversifizierten Bedürfnissen der Stadtbewohner: »Genau in dem Maße, wie aus Lebensrollen Zeitarrangements werden, vervielfachen sich mithin die Ausstattungsebenen, zugleich auch die angeeigneten und ausgestatteten Flächen... Die Flucht geht aus der Wohnung in Richtung Stadt - allerdings eine entmischte Freizeitstadt, die als Erscheinung, als Ausdehnung wie als Zeitverbrauch der Benutzer die Innenstädte massiv überformt.«42

Allzeitige Verfügbarkeit von Informationen, Flexibilisierung von Arbeitszeiten in verschiedenen Formen, veränderte Erwartungen an die Verfügbarkeit von formellen und informellen Dienstleistungen und neue Freizeitbedürfnisse haben Auswirkungen auf die Betriebszeit der Stadt. Diese Auswirkungen sind abhängig von der Struktur der ortsansässigen Betriebe, der Qualifikations- und Altersstruktur der Bevölkerung, von

kulturellen Traditionen und herrschenden Mentalitäten, aber diese Faktoren bewirken lediglich regionale Ungleichzeitigkeiten bei der Auflösung der starren Zeit, wie sie für die fordistische Produktionsweise typisch war. Bei vielen der zumeist kleinen Unternehmen, die sachbezogene Dienstleistungen anbieten, ist zeitliche Flexibilität Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg, bei den personenbezogenen Dienstleistungen und kulturellen Freizeitangeboten verhält es sich kaum anders, und auch die städtischen Infrastruktur- und Dienstleistungsangebote werden sich einer Ausdehnung und/oder Flexibilisierung der Betriebszeiten kaum entziehen können – und sei es nur, weil sich die aus der Flexibilisierung der Arbeitszeit ergebenden Zeitkonflikte an die Betreuungsinfrastruktur der Stadt (Ganztagsschulen etc.) weitergegeben werden.⁴³

Die Auflösung der herkömmlichen Zeitstrukturen ist, wie gesagt, ein widersprüchlicher Prozeß, bei dem Gewinne (Zeitautonomie) und Verluste (abnehmende Kalkulierbarkeit der eigenen Zeit und abnehmende »Kompatibilität« zu den Zeiten der anderen) dicht beieinanderliegen. Die Stadt, die ohne Unterbrechung »in Betrieb ist«, ist mehr denn je die Stadt der hochqualifizierten, mobilen und jungen Individualisten, und auf eben diese Gruppe zielt in der Regel städtische Standortpolitik. Heute zu Lasten anderer Bereiche der städtischen Entwicklung die verfügbaren Ressourcen auf den High-tech-Bereich und die Schaffung überregionaler Aktivität zu konzentrieren, bedeutet faktisch, die Spaltung der Stadt zu betreiben. »Eine derartige Politik ist in einem solchen Grade selektiv, daß sie soziale Differenzierungen verstärken und Ausgrenzungen in Kauf nehmen muß«.44 Die Forcierung der internationalen Stadt (gegenüber der normalen Arbeits-, Versorgungs- und Wohnstadt sowie der marginalisierten Stadt der Randgruppen) bedeutet auch die Dominanz der Weltzeit, der auf Vernetzung und wechselseitige Abhängigkeiten beruhenden universellen Zeitordnung gegenüber der Lokalzeit. Diese Dominanz reicht bis in die Wohnungen. Schon die installierte Technik besorgt die Entwertung der lokalen Anwesenheit nach innen. In der Anwesenheit eines Terminals oder Monitors kann ein Heraussaugen der Würde des Hier und Jetzt aus der lokalen Gegenwart gesehen werden. 45

5. Bremsversuche

Die Stadt ist, soviel sollte deutlich geworden sein, in mehrfacher Hinsicht zum Beschleunigungsraum geworden: in technischer und ökonomischer, in sozialer und kultureller Hinsicht. Das Ergebnis, die Technologie-Hochgeschwindigkeits-Gesell-

⁴² D. Hoffmann-Axthelm, Die dritte Stadt, Frankfurt/M. 1993, S. 170, 173f.

⁴³ Eine Analyse der zeitlichen Flexibilisierungsprozesse und deren Folgen für die kommunalen Dienstleistungen für mehrere Städte im Vergleich ist nachzulesen bei: D. Henckel u. a., Zeitstrukturen und Stadtentwicklung, Stuttgart 1989.

⁴⁴ H. Häußermann / W. Siebel (s. A 39), S. 138.

⁴⁵ Vgl. D. Hoffmann-Axthelm (s. A 42), S. 174.

schaft, ist oft und mit guten Gründen kritisiert worden, auch im Hinblick auf die Stadt und das Stadtleben: »Das wirklich ›gelebte Viertel hat nichts mehr mit einem Stadtbezirk zu tun, sondern ist bloß noch ein Netz von Wegen und Distanzen, «46 Der Siedlungsraum, eine Infrastruktur des Verkehrs, dient nur noch als Weichbild beschleunigten Herumirrens, »das Neuartige ist die unerhörte Entwicklung der Transitenlandschaften ..., Flughäfen und andere Orte der Ausscheidung, die zunehmend unsere ehemaligen Orte der Wahl ersetzen «⁴⁷ – soweit Paul Virilio als prominenter Kritiker der Beschleunigung, der diese als militärisch-politische Strategie (und somit als kaum beeinflußbare) begreift. Aber unabhängig von diesem Begründungszusammenhang gilt: Wenn Beschleunigung die Signatur der Moderne ist, müßte diese verlangsamt werden, um die unbeabsichtigten und die in Kauf genommenen unerwünschten Nebenwirkungen zu vermeiden. »Nicht der Fortschritt, sondern die ihm durch Leichtfertigkeit verschaffte Beschleunigung ist die Wurzel des Übels.«48 Diese Leichtfertigkeit scheint auf mehreren Ebenen fest institutionalisiert. In den Kernbereichen der Gesellschaft, in der Wissenschaft, der Technik und der Produktion, werden Strategien der Verlangsamung bestenfalls unter sicherheitstechnischen Aspekten erwogen. Im Bereich der Stadt- und Regionalplanung werden sie zwar ernsthaft diskutiert, aber nur zaghaft und zudem oft erfolglos umgesetzt: Experimente mit begrenzter Reichweite, die die zentralen Beschleunigungsprozesse unberührt lassen und leicht einen kompensatorischen Inselcharakter haben. Im Bereich der persönlichen Lebensführung schließlich sind sie zumeist nur um den Preis der Aufgabe beruflichen und gesellschaftlichen Erfolgs zu erreichen. Solange eine Autofirma mit John Steinbeck (»Die Straße wurde ihre Heimat und Bewegung ihr Ausdrucksmittel«) wirbt und eine andere mit ihrer Fähigkeit, die Multifunktionalität einer Wohnung auf den Automobilbau zu übertragen (»Autos, die ebenso wie ein Haus ein Ort des Lebens sind, wo Funktionalität und Ästhetik sich gegenseitig ergänzen«) - solange scheint weder Einsicht noch Neigung vorhanden, sich auf ein langsameres Leben einzulassen. Ist also das »Wurzellose« der neue Humanismus, wie J. von Puttkamer es formuliert, ein Humanismus, der von Wandel und Entwurzelung spricht und dem Wachstum ein Loblied singt?⁴⁹

⁴⁶ P. Virilio, Der Beschleunigungsstaat oder vom Wohnsitz zum Schleudersitz, in: Stadt-Bauwelt 60/1978, S. 1803. Autoren

Manfred Sack (1928); Dr. phil. Studium der Musikwissenschaft und Kunstgeschichte in Berlin. Von 1959 bis 1993 Redakteur, seitdem Autor der ZEIT in Hamburg. Verfasser zahlreicher Bücher. Mehrere Auszeichnungen; Mitglied zweier Akademien.

Ulrich Schröder (1951); Diplom-Pädagoge. Seit 1971 in der Kulturarbeit und Erwachsenenbildung in Hannover tätig. Mitarbeit in der AG Stadtleben, die seit 1983 öffentliche Veranstaltungen zu Stadt, Politik und Kultur organisiert.

Hans Schultheiss (1953); Studium der Fächer Geschichte, Deutsch und Erziehungswissenschaften an der Universität Freiburg. 1986–1992 wiss. Angestellter am Historischen Institut der Universität Stuttgart und bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Seit 1993 Stadthistoriker der Stadt Waiblingen. Uraufführung seines Theaterstücks »Die Männer von Brettheim« an der Württ. Landesbühne Esslingen 1995.

KATHARINA STEIB (1935); Architekturstudium an der Eidgenössischen TH Zürich. Dozententätigkeit an Technischen Hochschulen sowie Experten- und Preisrichtertätigkeit in Deutschland und in der Schweiz. Seit 1996 Lehrstuhl für Konstruktion und Entwerfen an der TU Berlin. Zusammen mit Wilfried Steib eigenes Architekturbüro seit 1957 und Realisierung zahlreicher Bauten der öffentlichen Hand, die aus Architekturwettbewerben hervorgegangen sind.

Karl-Wilhelm Welwei (1939); Studium der Geschichte und Klassischen Philologie; nach längerem Schuldienst Habilitation 1970 und seit 1972 Professor für Alte Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Ord. Mitglied des Deutschen Archäologischen Instituts. Veröffentlichungen zur Geschichte und Verfassung der Polis, zur römischen Republik und zum frühen Prinzipat. Forschungsschwerpunkte: Gesellschafts- und Sozialgeschichte der Antike, Sklaverei in Griechenland und Rom, Geschichte der Germanen.

⁴⁷ P. Virilio, Der negative Horizont, München 1989, S. 87, 114.

⁴⁸ H. Blumenberg, Lebenszeit und Weltzeit, Frankfurt/M. 1986, S. 321.

⁴⁹ J. von Puttkamer zit. n. L. Wilezok / H. M. Schmidt, Verlustobjekt Erde, Köln 1993, S. 65.

Besprechungen

IULIUS POSENER, Berlin auf dem Wege zu einer neuen Architektur. Das Zeitalter Wilhelms II.. München / New York: Prestel 1995, Abb., 650 S., DM 98,-.

Spätestens 1910, als Karl Schefflers Buch »Berlin« erschien, war es in Preußen zum allgemeinen Konsens geworden, für die Stadt an der Spree die Führerschaft zu reklamieren - als Hauptstadt des Kontinents. Auch Scheffler hält Berlin für diese Rolle geeignet, gerade weil sie eine Kolonialstadt sei, den Städten Amerikas eher vergleichbar als den alten Großstädten Europas: ein Parvenu unter diesen Metropolen. rücksichtslos ausgreifend, gewalttätig und in einer Art von Niemandsland gegründet, fern von dem Gebiet der europäischen Kultur.

Um ein komplexes Verständnis von Kultur geht es auch Julius Posener. Dem Zeitalter Wilhelm II. gilt sein Augenmerk, vor allem seinen Geistesströmungen, die bis in die Gegenwart hineinwirken. Posener glaubt zu erkennen, daß man durch den (wirtschaftlichen) Aufstieg einen Ausgleich der (sozialen) Probleme erreichen wollte, deren sich zumindest die liberal Gesonnenen lebhaft bewußt waren. Das hieß nicht mehr, als durch mähliche Reformen - zum Beispiel im Wohnungswesen - den gerade angelaufenen Apparat in Schwung zu halten und zugleich seine Überhitzung zu vermeiden. Damit waren zugleich Sinn und Grenze der Reformbereitschaft definiert. »Hier wird das Wesen des wilhelminischen Kompromisses mit anerkennenswerter Offenheit zur Schau gestellt: Man muß die Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse verbessern. um konkurrenzfähig zu bleiben.« Wobei allerdings offensichtlich wird, »daß in der wirtschaftlichen Entwicklung der Epoche Expansion und Konsolidierung die Komponenten der gleichen Resultierenden sind: des Monopolkapitalismus«. Weit über eine architekturgeschichtliche Darstellung hinaus versucht er das Paradigma einer Epoche herauszuarbeiten. »Dieses Bestreben, durch Geschmacksbildung eine einheitliche Kultur wieder einzuführen - man kann es kaum anders nennen -, zeigt den Optimismus, der hinter dem wilhelminischen Kompromiß steht. Wir sehen, daß gebildete Leute sich über das Ausmaß der Kulturzerstörung keine Illusionen gemacht haben. Über ihre Gründe machen sie sich Illusio-

Eine vergangene Zeit ist wie ein Spiegel, der immer nur die Züge dessen wiedergibt, der hineinblickt. Wenn aus einem großen Brei etwas selektiv herausgeklaubt und mit irgendetwas anderem in Verbindung gebracht wird, ist das durchaus problematisch. Wenn Posener das tut, dann mit Umsicht, Souveränität und Kritik. Er spannt einen facettenreichen Schirm auf, dessen Schatten auch auf die unbestrittenen Helden fällt. So war beispielsweise Hermann Muthesius ein kultureller Vorkämpfer sehr eigener Art. Beseelt vom Glauben an die künftige Größe Deutschlands und die einende Kraft der Kultur schreibt er 1915: »Es gilt mehr als die Welt beherrschen, mehr als sie zu finanzieren, sie mit Waren und Gütern zu überschwemmen. Es gilt, ihr das Gesicht zu geben. Erst das Volk, das diese Tat vollbringt, steht wahrhaft an der Spitze der Welt, und Deutschland muß dieses Volk werden.« Poseners Stärke ist der Kontext, in dem er jede Erscheinung überzeugend zu verorten weiß. Er bleibt dabei immer unprätentiös, bereitet ein auf weite Strecken enormes Lesevergnügen und erzeugt auf subtile Art das Verlangen nach Mehr. Er schlägt Brücken über die Disziplinen hinweg, offenbart die geheimen Linien zwischen Geschmack und Gesellschaft, Kultur und Politik. In den Texten und Werken seiner Protagonisten glaubt Posener eine durchgängige Botschaft her-

auslesen zu dürfen: »Das letzte Ziel unserer Kultur wird erreicht sein, wenn die Bürger eine eigene Kultur gewonnen haben, und wenn die weniger bemittelten Schichten ebenfalls dieser Kultur gewonnen sind. Man geht nicht zuweit, wenn man das ein politisches Ziel nennt.«

Das Jahr 1904 definiert Posener als Scheidelinie. Zuvor überwog das Dunkle in Form von Gründerzeitarchitektur, Neobarock, Überladenheit, Geschmacklosigkeit. »Die Helligkeit begann mit dem Landhaus, der modernen Fabrik: also mit Muthesius und Behrens, mit der Gartenstadt, mit dem Werkbund.« 1910 veranstaltet Berlin einen städtebaulichen Wettbewerb, der bereits ein weitaus größeres Gebiet zum Thema hat als das gesamte Stadtgebiet nach den Eingemeindungen von 1920. Gleichgültig, ob Möhring, Jansen oder Eberstadt, sie alle formulieren Antithesen zur steinernen Mietskasernen-Stadt, nachdem die Hobrecht'schen Straßenzüge nun endgültig bebaut waren. Ihre Außenbezirke planen sie als von Grün umgebene »Gartenstädte«. Bedeutsam scheint die Tendenz zur Auflösung der Stadt, die sich hier materialisiert und die die romantischen Traditionen Lennés und Schinkels konsequent weiterführt. Bei allem Wohlgefallen bleibt Posener aber auch ihnen gegenüber kritisch: »Hier wollen wir lediglich neben der großstadtfeindlichen Tendenz dieser Planungen ihre Gegenwartsfeindlichkeit erwähnen; sie waren in einem zweifachen Sinne Flucht: Flucht aus der Steinwüste und Flucht aus dem Raster, in beiden aber eine - freilich nur vorgespiegelte - Flucht aus der Zivilisation.«

Eine eigentümliche, aber im höchsten Maße geglückte Mischung: 22 in sich abgeschlossene Essays, jeweils mit einem sehr umfänglichen Abbildungsteil und einer hervorragend ausgewählten Dokumentation von Originaltexten, Von Personenportraits (beispielsweise Friedrich Naumann oder Hans Poelzig) bis hin zu abstrakten Begriffen (wie »Das Prinzip Wachstum« oder »Kulturarbeiten«) reichen die Themen dieser Perlenkette. Poseners Schwerpunkt sind die Jahre zwischen 1904 und 1918. Es ist der offenkundige Drang nach dem Neuen, der sich in dieser Zeit, wenngleich noch nicht völlig sichtbar, niederschlägt. Das, was man vorfand, diente gleichsam

als negative Folie. Während der 90er Jahre erhob sich das Verlangen nach Moral in der Architektur. Man erkannte, wie Henry van de Velde es ausdrückte, daß die herrschende Architektur eine Lüge sei, alles Pose, keine Wahrheit, und daß eine größere Reinheit des Ausdrucks nötig sei. Das heißt, daß ein allgemeines Bedürfnis bestand, den künstlerischen Ausdruck mit neuen, aus der Zeit geborenen Möglichkeiten in Einklang zu bringen oder, mit anderen Worten, die Methoden des Fühlens mit den Methoden des Denkens zu versöhnen.

Die Baugeschichte hat diese Zeit eklatant vernachlässigt. Gerade in Berlin schufen Menschen am Ende des 19. Jahrhunderts - in ihren oft nüchternen, zweckgebundenen Konstruktionen -Elemente der Zukunft. Aber sie wurden sich dessen nicht bewußt. Während eines ganzen Jahrhunderts lag die Architektur erstickt in toter, eklektischer Atmosphäre, trotz fortwährender Versuche, ihr zu entrinnen. Während jener Zeit spielte die Konstruktion die Rolle des Unterbewußtseins der Architektur und enthielt Dinge, die sie ankündigten und zum Teil offenbarten. lange bevor sie Wirklichkeit werden konnte. Die öffentlichen Bauten, vor allem die Gerichtsbauten, tragen noch ein Janusgesicht: »In ihrem Pathos sind sie nicht eigentlich bürgerlich: Sie sind Zeugen des Wilhelminismus im engen Sinne, der Ostentation des Kaiserreiches.« Auch die »private« Architektur trumpft auf, ob nun ornamental oder um klassische Nüchternheit bemüht. »Die programmatischen Neuerungen im Wohnungsbau seit etwa 1905 dagegen sind stilistisch neutral. Ihre Meister legen keinen Wert darauf, als Neutöner aufzutreten. Ie mehr das Bürgertum sich von den Fesseln überkommener Programme löst, je unkonventioneller das Wesentliche der bürgerlichen Architektur in den Jahren nach 1904 wird, um so weniger scheint es für Bauherren wie Architekten notwendig zu sein, sich noch nie dagewesener Formen zu bedienen. « Mehr und mehr erkennt der Leser hier eine neue, in der Entstehung begriffene Haltung, die mit allen bestehenden Maßstäben zu brechen gewillt ist und doch fest in ihrem Bann steht. Was damals entstand und in gewisser Weise (modifiziert) heute weiter wirkt, ist kein »Stil« im Sinne

der Formcharakterisierung des 19. Jahrhunderts, sondern vielmehr ein Versuch, zu dem Leben vorzudringen, das unbewußt bereits in allen schlummerte.

Der Rückzug ins Private einer bürgerlichen Existenz prägte das Bild einer Epoche; an ihrem Ende aber wurde es mehr und mehr aufgebrochen. Mit dem ersten Weltkrieg veränderten sich vorher kaum je erschütterte Lebensformen. In der Architektur schlug sich das sehr schnell nieder, mit radikalen Reduktionen und kubischen Gefügen. Was sich nun mitunter addierend aneinanderfügte, war zugleich als ein Zeichen demokratischer Gleichheit gemeint. Was der Taylorisierung des Bauwesens unterlag, diente sinnlich nachvollziehbar der Befreiung von den Bürden der Vergangenheit. Was sich des Repertoires der Maschinen und Dampfer bediente, signalisierte die Aufbruchsbereitschaft des neuen Nomaden. des Reisenden mit leichtem Gepäck, Mit Assoziationsketten wie dieser wurde ein Leben der Moderne suggeriert, das dem eines Reisenden auf einem Luxusdampfer gleicht - minimierte Raumansprüche zwar, dafür aber licht und hell und alles inclusive. Es kam, wie wir wissen, alles ganz anders...

Berlin ist nach wie vor vom Bild jener Metropole geprägt, die ihren eigentlichen Stempel um die Jahrhundertwende erhielt. Das mag man mit Fug bemängeln; aber - gibt es denn ein wirklich tragfähiges Konzept, das völlig anders ist? Berliner Stadtvorstellungen waren insoweit fruchtbar, als sie der zugrundeliegenden Großstadtidee eingepflanzt werden konnten - das gilt für das kritische Potential etwa von Martin Wagner oder der Gartenstadtbewegung ebenso wie für die großen Wohnsiedlungen der zwanziger Jahre. Erst in den fünfziger Jahren wurde damit gebrochen. »Berlins Bedeutung als Ort der neuen Architektur mag also damit etwas zu tun haben, daß es als Kolonialstadt die Freiheit zum Neuen besaß und gleichzeitig als europäische Stadt mit einer hinreichend langen Geschichte an den Bindungen der europäischen Kultur teilhatte.« Julius Posener, dem großen alten Mann der Architekturgeschichte, ist es gelungen, verborgene Wurzeln und immanente Zusammenhänge sichtbar zu machen. Ein Werk, das weit über die ohnehin großzügig abgesteckten Grenzen des Metiers hinausreicht, verfaßt von einem Autor, den zu ehren man nicht versäumen sollte. Sein obus magnum ist eine Delikatesse.

Berlin

Robert Kaltenbrunner

Besprechungen

Klaus von Beyme, Hauptstadtsuche. Hauptstadtfunktionen im Interessenkonflikt zwischen Bonn und Berlin, Frankfurt am Main: Suhrkamp (edition suhrkamp) 1991, 132 S., DM 12,—.

In der Hauptstadtfrage ist Deutschland noch immer geteilt. Obgleich formal entschieden, schwelt hier, nur mühsam kaschiert, ein dauerhafter Konflikt zwischen Bonn und Berlin bzw. den jeweiligen Befürwortern und Gegnern. Mehr als drei Jahre nach dem Bundestagsvotum zeigt sich ungebrochen eine »manipulative Stimmung«.

Klaus von Beyme, der namhafte Politologe aus Heidelberg, ist der neuen Hauptstadt auf der Spur. Zu diesem Behufe wühlt er im aufgeworfenen Dreck und bleibt doch distinguiert. Wenn er Stellung bezieht, dann behutsam und sachlich. Kein Zweifel, daß für ihn die deutsche Kapitale Berlin heißen muß. Beliebte Einwände nach dem Muster, die vergleichweise erfolgreiche Bonner Politik der letzten vierzig Jahre erhärte den Status quo, läßt er nicht gelten: »In der Hauptstadtfrage sind die Sachzwänge, die vorgeschoben werden, hausgemachter Art. Keine auswärtige Macht schreibt den Regierungssitz vor. Die Rücksicht auf die Nachbarländer gibt kein klares Bild. «

Wie aber kommt man nun unwiderruflich zum Ziel? Die historischen Beispiele, die er bei seiner Suche bemüht, sind interessant, vermögen aber nur halb zu überzeugen. Daß Washington im Jahr 1790 Hauptstadt wider Willen und Petersburg 1703 nur per Dekret zu einer solchen wurde, illustriert lediglich, wie schwierig diese Entscheidung jeweils war, bietet aber keine Handlungsanleitung. Und Beyme meint an anderer Stelle selbst, daß »die Geschichte keine klare Option für Berlin oder Bonn ergibt, weil eine ge-

wachsene Hauptstadt in Deutschland nicht entstanden« sei. Also – wie weiter?

Zunächst wird man sich wohl von bestimmten Bildern der allgewaltigen Kapitale trennen müssen: »Eine gewaltenteilige Konzeption parlamentarischer Systeme hat den Hauptstadtbegriff entsubstitutionalisiert.« Einer »Sowohl als auch«-Entscheidung, d. h. einer Zweiteilung der Hauptstadt erteilt er eine Absage; zwar diene die Herz-Kopf-Metapher auch in anderen Ländern der Konfliktschlichtung (als Beispiele nennt er Barcelona-Madrid; Petersburg-Moskau); pragmatisch aber sei das nicht. Eine gewisse Bündelung der Funktionen ist unabdingbar. Seiner Ansicht nach muß zwar die Judikative nicht am gleichen Ort angesiedelt sein, wohl aber bedürfen Legislative und Exekutive eines engen wechselseitigen Verbundes.

Wesentlicher Bestimmungsfaktor, und für Beyme das ausschlaggebende Argument, ist die kulturelle Dimension der Metropole. Natürlich sind viele Faktoren zur Hauptstadtwerdung notwendig. Seine »These bleibt jedoch, daß keine andere Funktion so stark nach Einigung mit der politischen strebt wie die kulturelle«. Zwar sei eine Symbiose von Geist und Macht, wie man sie in Paris beobachten könne, wohl nicht zu erwarten, aber immerhin eine größere gegenseitige Toleranz. So etwas würde in Berlin allemal besser befördert als in Bonn. Neben den kulturellen geben für den Autor die städtebaulichen Gründe den Ausschlag für Berlin (wohingegen politische oder gesamtgesellschaftliche Aspekte nur eine nachgeordnete Rolle spielen). »Tief scheint der Gegensatz zwischen den egalitären Idealen der Demokratie und den elitären Tendenzen der Hauptstadtplanung, ob sie nun in Berlin oder in Bonn vorgenommen wurden. « Und dennoch, so Beyme, biete die Stadt im märkischen Sand mehr als der rheinische Rivale, wobei es aber gilt, die »räumlichen Möglichkeiten Berlins gegen die verbaute Enge Bonns« auszuspielen. Eine weitere Facette des Konflikts offenbart sich selbst: Die einzige »Gruppe der westdeutschen Eliten«, die geschlossen für Berlin eintritt, sind die Architekten und Stadtplaner. Kein Wunder, gibt es hier doch augenscheinlich mehr Möglichkeiten. kreativ Neues zu schaffen.

Beyme versucht das Ressentiment zu entkräften, Berlin stünde zu nahe am Chaos, am »geistigen Bürgerkrieg« und an der Destabilisierungsfront, was den reibungslosen Ablauf von Regierungsarbeit stören könnte. Dabei bedient er sich vornehmlich ökonomischer Argumente und weist auf die anstehenden Umstrukturierungen hin. Mit einem Schuß Polemik wundert er sich darüber, daß »gerade die Konservativen wenig Vertrauen in die Marktwirtschaft« zeigen, und führt aus, daß Kreuzberg »schwerlich zur revolutionären Gegenhauptstadt werden« könne. Im Gegenteil beschwört er die lebensweltlich erfahrbaren Gefühle, welche die Metropole als (Not-)Gemeinschaft freisetzt.

Das vorliegende Buch ist ein verhaltenes Plädover für Berlin als Hauptstadt eines vereinten Deutschlands. Ihm haftet allerdings der Makel an, vor der Bundestagsentscheidung im Juni 1991 verfaßt worden zu sein. So steht einer leicht verständlichen und unmittelbar nachvollziehbaren Darstellung ein doppeltes Problem gegenüber: einerseits, daß insbesondere die Darlegung der städtebaulichen Zusammenhänge (schon in der zu Rate gezogenen Literatur) insgesamt oberflächlich, ja laienhaft bleibt, und andererseits, daß der Inhalt in weiten Bereichen obsolet ist. Was dazu führt, daß Bevmes Buch ein Dokument von primär zeitgeschichtlichem Wert ist, obwohl viele denkenswerte Ansätze darin enthalten sind. Es wäre ob des Themas einer eingehenden Überarbeitung wert.

Berlin

Robert Kaltenbrunner

DITTMAR MACHULE / OLAF MISCHER / ARNOLD SYWOTTEK (Hrsg.), Macht Stadt krank? Vom Umgang mit Gesundheit und Krankheit, Hamburg: Dölling und Galitz 1996, 318 S.

Der vorliegende Sammelband, der im Anschluß an Veranstaltungen zum 100. Jahrestag des Ausbruchs der Cholera-Epidemie 1892 in Hamburg entstand, möchte »an die Risiken, die uns in der urbanen Gesellschaft umgeben«, und an den Umgang mit ihnen erinnern (S. 9). Historiker, Medi-

ziner, Soziologen, Architekten, Stadtplaner und Naturwissenschaftler beschäftigen sich in ihren Beiträgen mit so vielfältigen Aspekten städtischen Lebens wie der Hygiene, des Alterns, der Gesundheitsfürsorge, der Lärm- und Luftbelastung, der Müllentsorgung und der Verkehrsentwicklung und -planung. Übergreifende Aufsätze werden dabei vielfach durch Einzelfallstudien über Hamburg anschaulich ergänzt. Sicherlich kann man bei der Komplexität des Gegenstandes kaum Vollständigkeit erreichen; doch hätten Felder wie die Entwicklung des Krankenhauswesens und der medizinischen Versorgung, aber auch Zusammenhänge zwischen Armut bzw. Arbeitslosigkeit und Krankheit angesichts gegenwärtiger Veränderungen durchaus einbezogen werden sollen.

Als Defizit erscheint auch, daß zwar ein Beitrag von der »Stadthygiene und ›Stadtgesundunge in Hamburg nach der Choleraepidemie 1892 - Die Sanierung der Südlichen Neustadt« handelt, aber die Ursachen dieser Seuche, die zu einem guten Teil auf gesundheitspolitischen Versäumnissen von Bürgerschaft und Senat beruhten, nicht thematisiert werden. Hier vermißt man einen Artikel des englischen Historikers Richard J. Evans, der sich als vorzüglicher Kenner der hamburgischen Sozial- und Gesundheitsgeschichte im 19. Jahrhundert ausgewiesen hat.

Zu den lehrreichsten Beiträgen zählen m. E. Klaus Sauls und Arne Andersens Betrachtungen über die »Lärmpest« und »Rauchplage« in deutschen Städten, weil an diesen beiden Beispielen sehr genau Entstehung und Verlauf von Umweltbelastungen, Bürgerproteste, behördliche und industrielle Abwieglungsstrategien und ihre unbefriedigende juristische Behandlung in historischer Rückschau erkennbar werden und Schlüsse auf ähnlich gelagerte heutige Probleme möglich sind. Nicht selten wurden lästige Kritiker, wie etwa Anhänger des 1908 gegründeten, aber schon drei Jahre später wieder eingegangenen Deutschen Antilärmvereins, mit dem Einwand zum Schweigen gebracht, die empfundenen Belästigungen seien subiektiv und wissenschaftlich nicht nachweisbar bzw. noch zu wenig erforscht. Wenn auch dies nicht half, bot sich immer noch die Möglichkeit, Petenten als schrullige Käuze und Ouerulanten abzustempeln, die weltfremde Forderungen erhoben und eine »Tvrannei der Nervösen« errichten wollten.

Ohne Zweifel konnten durch eine Reihe technischer Verbesserungen manche Umweltbelastungen im Laufe der Jahre reduziert werden. Doch insgesamt fehlte es, wie die historischen Beispiele zeigen, am nötigen öffentlichen Druck auf Planer, Bürokraten und Gerichte. Mit einer gewissen Gleichgültigkeit wurden Lärm, Staub, Ruß und andere Emissionen von vielen als unvermeidliche Begleiterscheinungen wirtschaftlichen Fortschritts und urbanen Lebens angesehen. Freilich flüchtete, wer es sich leisten konnte, schon frühzeitig in weniger belastete Wohngebiete wie etwa Alfred Krupp, dessen Gußstahlfabrik weite Teile der Stadt Essen mit dröhnendem Lärm erfüllte und in Rauch einhüllte. Mit der Massenmotorisierung seit den fünfziger Jahren erreichte diese Fluchtbewegung gigantische Ausmaße.

Auf diesem Hintergrund wirkt die Behauptung der Herausgeber, »zur städtischen Lebensweise mit ihren überkommenen Risiken« gebe es keine Alternative (S. 10), doch etwas zu apodiktisch. Immerhin zeigt der amerikanische Sciencefiction-Autor J. G. Ballard eine auf: »Plötzlich habe ich diese fürchterliche Ahnung – plötzlich sah ich das, wenn ich sagen sollte, wie die Zukunft aussehen wird, so war es nicht wie New York oder Tokio oder Rio de Janeiro. Die Zukunft würde wie eine Vorstadt von Düsseldorf sein« (zit. n. Hanjo Berressem, S. 313).

Rösrath Johann Paul

CHARLES PARROTT / GRETCHEN SANDES Joy, Lowell Then And Now. Restoring the Legacy of an Mill City, ed. by Lowell Historic Preservation Commission 1995; GERHARD FEHL / DIETER KASPARI / MARLENE KRAPOLS (Hrsg.), Umbau statt Abriß! Transformer Au Lieu De Demolir! Ombouwen In Plats Van Afbreken!, Aachen: Rudolf Georgi 1995.

Aus Massachusetts bekam ich ein Buch mitgebracht, aus Aachen eins zugeschickt. Beidemale geht's um das gleiche Thema: die erfolgreiche Umnutzung von Gebäuden und ehemaligen Industrieanlagen, die in einem historischen, räumlichen und technikgeschichtlichen Zusammenhang stehen. Beidemale bestimmten Betriebe der Textilindustrie die Entwicklung.

Gerhard Fehl, Dieter Kaspari und Marlene Krapols dokumentieren - dreisprachig - Erhaltungsarbeiten in der EUREGIO Maas Rhein, also in Eupen, Verviers, Aachen oder Stolberg über Vaals und Maastricht bis nach Heerlen und Kerkrade. Dabei werden genauso Gebäude von Textilmanufakturen aus dem 17. Jahrhundert wie auch Zechenanlagen des 20. Jahrhunderts vorgestellt. Es geht hier also um eine Region und »ihre« exemplarischen Zeugen der Industriegeschichte, nicht streng um einen einzigen Topos, wie z. B. Textilindustrie oder Wohnen oder Energieerzeugung. Da die Herausgeber von der Planungsgeschichte und -theorie und nicht von der Denkmalpflege herkommen, interessieren auch mehr diejenigen Anlagen, die auf die Struktur der Region bzw. der jeweiligen Stadt zurückwirken, denn einzelne restauratorische »Schmuckstückchen«. Wenigstens lassen sich die Abbildungen auf diese Art und Weise lesen; die Texte beschäftigen sich jedoch vorwiegend mit dem, was früher war und was daraus geworden ist. Darüber lassen sich sicherere Aussagen treffen als über die zukünftige Entwicklung. Die Bearbeiter legen ihren Schwerpunkt auf große Anlagen und anschauliche Maßnahmen - die Publikation stellt den Katalog zu einer Wanderausstellung zum gleichnamigen Thema für die Region dar. Auch deshalb die weite räumliche Streuung. Um die Orte zu »erfahren«, braucht man schon ein motorisiertes Verkehrsmittel.

Charles Parrott und Gretchen Sandes Joy bleiben dagegen am Ort: in Lowell. Hier wurden die Restaurierungs- und Umnutzungsanstrengungen

auf den zentralen Bezirk einer ehemaligen Textilindustriestadt konzentriert. Sie betreffen sowohl die ehemaligen großen Mills wie auch Banken (erstaunlich viele), Warenhäuser und Wohnblocks. Glaubt man den Bildern, dann ist Lowell wieder auferstanden. Und zwar Schritt für Schritt, durch die Instandsetzung und Restaurierung Haus für Haus. Das Gesamtkonzept - und so eins muß es gegeben haben, denn heute zählt der zentrale Bezirk zu den National Historical Parks - erscheint hier als aus denkmalpflegerischen Einzelmaßnahmen benachbarter Gebäude und Anlagen »zusammengesetzt«. Im Ergebnis ist die alte Stadt erhalten. Ob das neue »alte« Lowell auch lebt, wird aus den Bildern leider nicht so deutlich. Da, wo das »Früher« gezeigt wird, sind die Straßen voll mit Menschen; die aktuellen Fotos sind menschenleer.

Beidemale wird trotzdem deutlich, daß genau durch Erhaltung und Umnutzung Orte ihren besonderen Charakter wahren können, etwas Eigenes darstellen, wiedererkennbar und interessant werden. Unabhängig vom geforderten Respekt für das historische Erbe. Daß das dann noch zusätzlich Touristen, Besucher und Industriearchäologie-Enthusiasten neugierig macht, steht auf einem anderen Blatt. Beide Publikationen sind wie kommentierte Inventare aufgefaßt, nach Bezirken gegliedert und reich bebildert. Die Arbeit zur EUREGIO verwendet auch Pläne und Details, spricht damit eher Leute vom Fach an, während zu Lowell anschauliche Fotos über das Früher und das Ietzt überwiegen. Besucher können beide Publikationen wie Führer zu den einzelnen Gebäuden und Standorten benutzen. Die Ortsangaben sind eindeutig. Ich wünsche mir mehr davon.

Renate Kastorff-Viehmann Dortmund